

Sonja Riedemann
Eigentlich Streik

Svenja Schulze
Kein Ende vor
der Wende!
Rot-Grün in NRW

Frank Unger, Andreas Wehr
Links neu durchdenken

Axel Horstmann
Point of no return
oder turning point in
der Gesundheitspolitik?

Ausgabe 1 | 98
Heft 99
9,50 DM
Januar |
Februar 1998

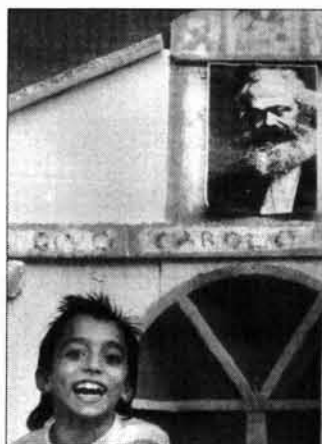
SOZIALDEMOKRATIE IM ÜBERGANG



150 Jahre Manifest

20./21. März 1998
Haus der Jugend,
Deutschherrenufer 12,
Frankfurt am Main

Unkostenbeitrag: DM 20,-
(ermäßigt DM 10,-)



Gemeinsamer Kongreß
der Zeitschriften
Sozialismus und
**spw – Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft**

Übernachtungsplätze im
Haus der Jugend stehen in
begrenztem Umfang zur
Verfügung (ca. DM 40,- incl.
Frühstück und Mittag);
Übernachtungswünsche bitte
bei der Anmeldung angeben!

Anmeldung

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/280 505 66
Fax 040/280 505 68

Redaktion spw
Fresienstr. 26
44289 Dortmund
Tel. 0231/40 14 11
Fax 0231/40 24 16

Freitag, 19.00 Uhr:
**150 Jahre danach –
das Manifest und
die reale Entwicklung:**

»Einsicht in die Bedingungen,
den Gang und die allgemei-
nen Resultate der proletari-
schen Bewegung«

Samstag
9.00-11.00 Uhr:
**Entwicklungs- und Krisen-
tendenzen der kapitalisti-
schen Produktionsweise:**

»Empörung der modernen
Produktivkräfte gegen die
modernen Produktionsver-
hältnisse«

11.00-13.00 Uhr:
**Entwicklungstendenzen
der Klassenverhältnisse
und sozialen Kämpfe:**

»Die Geschichte aller bisheri-
gen Gesellschaft ist die
Geschichte von Klassen-
kämpfen«

14.00-16.00 Uhr:
**Kapitalismus und Sozialis-
mus im 21. Jahrhundert –
Prognosen, Potentiale,
Perspektiven:**

»Eine Assoziation, worin die
freie Entwicklung eines jeden
die Bedingung für die freie
Entwicklung aller ist«

16.30-19.00 Uhr:
**SozialistInnen, Arbeiter-
bewegung, Parteien –
Erfahrungen & Konse-
quenzen:**

»Praktisch der entschieden-
ste, immer weitertreibende
Teil der Arbeiterparteien
aller Länder«

Einleitende Thesen:
Michael Krätke

Elmar Altvater
Klaus-Peter Kisker

Ursula Beer
Sebastian Herkommer

Joachim Bischoff
Uwe Kremer

Frank Deppe
Peter von Oertzen
Sybille Stamm

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
Edegard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Diether Dehm (Großtaft)
Katriin Fuchs (Verl)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Peter von Dertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Andreas Wehr (Berlin)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
Mirja Düwel
Ralf Krämer
Christoph Meyer
Reinhold Rünker
Georg Schülze
Joachim Schuster
Claudia Walther
Frank Wilhelmy
Rainer Zugehör

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
Telefax 02 31/40 24 16
E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de
Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

Geschäftsführung:

Olaf Schade
Hans-Peter Schütz
Joachim Schuster
Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte auf Diskette mit einem
Ausdruck geliefert werden
(MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1998.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Meerbusch

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
1-3 Tausend, Februar 1998

MAGAZIN

Axel Horstmann

Point of no return oder turning point in der Gesundheitspolitik? 4

Stefan Wogawa

Nur ein treuer Gefolgsmann Hitlers
Rechtsradikalismus in der Bundeswehr 6

Joachim Schuster

Crossover-Kongreß: Vom Machtwechsel zum Politikwechsel 7

spw-intern

..... 10

Claudia Walther

90 Jahre IUSY 11

Susana dos Santos Hermann

Auf dem Weg nach Deutschland 12

BONN APART

Frank Wilhelmy

Tanz in das M.A.I.? 14

ARBEIT – ZEIT UND GELD

Ulrike Neumann

Die Rechtmäßigkeit der Quote
Ein Lehrstück, das noch nicht abgeschlossen ist 15

SOZIALDEMOKRATIE IM ÜBERGANG

Reinhold Rünker

Sozialdemokratie im Übergang
Einleitung zum Heftschwerpunkt 17

Roman Dütsch

„Hauptsache es kommt gut rüber“
Die SPD auf dem Weg zur Medienpartei 19

Svenja Schulze

Kein Ende vor der Wende! Rot-Grün in NRW 21

Frank Unger, Andreas Wehr

Links neu durchdenken 24

REGISTER 1997

spw-Jahresregister 1997 29

SOZIALDEMOKRATIE IM ÜBERGANG

Susi Möbbeck

Was bleibt vom Berliner Programm? 33

Ulf-Birger Franz

Die Krise, der Neoliberalismus und die Suche
nach einer neuen Prosperitätskonstellation 36

Thorben Albrecht

Blair's Britain 39

JUGEND – INTELLEKTUELLE – SPD

Tilman Fichter

Eliten- und Theoriebildung in der SPD nach 1945 42

Eckhart Seidel

Noch nicht gefunden: Die verlorene Jugend 47

Sonja Riedemann

Eigentlich Streik 50

EUROPA UND DIE LINKE

Rainer Zugehör

Gipfel der Beschäftigungsblockade 55

THEORETIKER/INNEN

Diether Dehm

100 Jahre Brecht – 80 Jahre Taktik der Niederlage 57

Point-of-no-return oder turning-point in der Gesundheitspolitik?

Was Zahnlücken mit dem 27. September 1998 zu tun haben ...

von Axel Horstmann*

Von Stillstand konnte, was die sozialpolitische Systemveränderung angeht, keinesfalls die Rede sein. In der faktisch schon zu Ende gegangenen Legislaturperiode hat die Bundesregierung einen großen Schritt hin zum Systemwechsel in der GKV getan.

Längst werfen die Rituale des heraufziehenden Bundestagswahlkampfes ihre Schatten voraus und scheinen gleichsam im Wiederholungszwang jenen der Auseinandersetzung von 1994 zu folgen. Entscheidungen, die die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung verändert haben, sind in der laufenden Legislaturperiode vollzogen worden. Von Stillstand konnte, was die sozialpolitische Systemveränderung angeht, keinesfalls die Rede sein. Die fordernden Rufe der Standortkassandras verstummen, je dicker sich die Kreide über die Stimmbänder der neoliberalen Ideologen legt; kurzum, kollektiven Optimismus unter dem Wahlvolk zu verbreiten, lautet die aktuelle Parole. Es soll sich bis zum 27. September das Gefühl breitmachen, nicht umsonst Opfer für den Kampf um den Platz an der internationalen Standortsonne erbracht zu haben.

Lagerwahlkampf in des Kanzlers Sinne läßt sich auf „Miesmacherei der Opposition versus Zukunftsoptimismus der Regierungskoalition“ reduzieren. Diese nicht zum ersten Mal aufgestellte wahltaktische Falle im Blick behaltend, soll im folgenden am Beispiel der Gesundheitspolitik gezeigt werden, daß es sich am 27. September 1998 tatsächlich um einen Richtungsentscheid handelt. Kaum eine Säule des Sozialstaates eignet sich besser als die der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), um an ihr die Wahl zwischen point-of-no-return oder turning-point aufzuzeigen.

Gesundheitspolitik als kalkulierte Akzeptanzkrise

In der faktisch schon zu Ende gegangenen Legislaturperiode hat die Bundesregierung einen großen Schritt hin zum Systemwechsel in der GKV getan. Gelungen ist ihr dies mit einer gut durchdachten Mischung aus Reformstillstand dort, wo es dem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem genutzt hätte (Bsp. Positivliste für Medikamente, die weiterhin von der Krankenkasse bezahlt werden sollen) und weitreichenden Leistungseinschränkungen zu Lasten der Versicherten (Bsp. Zuzahlungen). Das dahinterstehende Kalkül ist eindeutig:

Wenn die Beitragssätze steigen und gleichzeitig immer mehr Leistungen zusätzlich aus eigener Tasche bezahlt werden müssen, ändern sich die Verteilungsrelationen und es sinkt die Akzeptanz der GKV, die zwangsläufig in eine Legitimationskrise gerät. Als Ausweg gegen scheinbar nicht mehr zu kontrollierende Kostenexplosionen bietet sich dann eine weitergehende Teilprivatisierung des Gesundheitsrisikos an.

Nebenbei bemerkt: Nach genau demselben Muster ist in nur wenigen Monaten die Gesetzliche Rentenversicherung in ihre historisch wohl schwerste Legitimationskrise getrieben worden. In beiden Fällen ist sowohl die Massenarbeitslosigkeit als auch die Erosion des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses wesentliche Ursache für die Finanzierungsprobleme dieser sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Kurzfristig wirksame Reformen sind seitens der Bundesregierung verhindert worden, denn die Sanierung der Sicherungssysteme wird nicht wirklich gewollt – und alles was jetzt beispielsweise zur Einschränkung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gesagt wird, kann getrost als publizistisches Balgen ums Profil abgetan werden.

Die nicht zu leugnenden Finanzprobleme sind in nahezu identisch verlaufenen Kampagnen bewußt in Kauf genommen und gegen die Fundamente der GKV ge- und benutzt worden. Sie dienen und dienen als Legitimation für tiefe, systemverändernde Eingriffe, die sinnfälligerweise das Etikett 1. und 2. Neuordnungsgesetz trugen. Neben verschiedenen Einzelgesetzen und dem sogenannten Beitragsentlastungsgesetz haben vor allem die Neuordnungsgesetze die Fundamente der GKV unterspült:

- So ist durch die diversen Zuzahlungsregelungen die paritätische Fi-

nanzierung der GKV durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber faktisch aufgehoben worden.

- Das bisher gültige Prinzip in der GKV, wonach allen Versicherten eine qualitativ gleiche gesundheitliche Versorgung zuteil wird, ist durch die Leistungsausgrenzung der ab Jahrgang 1979 Geborenen beim Zahnersatz aufgebrochen worden.

- Das Bedarfprinzip mutiert immer schneller zum Bedürftigkeitsprinzip, denn während die Normalverdiener bei steigender Beitragslast für ihre gesundheitliche Versorgung immer mehr aus eigener Tasche bezahlen müssen, hat die einnahmege-schwächte GKV immer mehr Leistungen für die bedürftigen „Härfälle“ zu übernehmen. Auch so organisiert man Akzeptanzkrisen!

- Die Einziehung von Privatversicherungselementen in die GKV, bei gleichzeitigem Wettbewerb der Krankenkassen untereinander, hat fatale Folgen für bestimmte Versicherten-gruppen. Indem die Rahmenbedingungen zur Selektion der Versicherten-gruppen reizen, werden „gute Risiken“ umworben und „schlechte Risiken“ ausgesondert. Auf der Strecke bleibt das solidarische Prinzip, daß die Gesunden für die Kranken einstehen.

Der Risikostrukturausgleich und die aktuellen Auseinandersetzungen

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Auseinandersetzungen über den Risikostrukturausgleich (RSA) zu sehen. Dieser sorgt dafür, daß die Einkommens-, Alters- und Geschlechterstruktur der Versicherten keine wettbewerbsverzerrenden Einflußgrößen darstellen, seit den Versicherten vor fünf Jahren im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes die freie Wahl ihrer Krankenkasse ermöglicht wurde. Kein Wunder also, daß der für die einkommensschwachen Versicherten meist zuständigen AOK die größten Ausgleichszahlungen im RSA zukommen. Ebenso wenig verwunderlich ist die Tatsache, daß seit Eröffnung des Wettbewerbs auch der Kampf um die Abschaffung des RSA tobt. Waren es bisher vor allem die Vertreter der „reichen“ Krankenkassen, so hat nach Bekanntwerden der katastrophalen Finanzlage der Ostkassen und der Regionalisierungsvorstöße Bayerns und Baden-Württembergs die Auseinandersetzung um den RSA eine neue Dimension erreicht. Unter dem Stichwort „Wettbewerbsföderalismus“ soll ein gesamtdeutscher RSA zu Fall ge-

* Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

bracht werden. Auch wenn dieses Ziel zumindest bis zur Bundestagswahl kaum realisiert werden dürfte, stellt allein die eingeschlagene Richtung der Diskussion einen weiteren Sargnagel für das Solidaritätsprinzip in der GKV dar.

Auseinandersetzungen wie diese sind aber lehrreich, deuten sie doch an, welche Richtung die derzeitige Bundesregierung nach einer gewonnenen Bundestagswahl einzuschlagen gedächte. Die Seehoferschen Gesetze zur Neuordnung des Gesundheitswesens und zu Lasten der Versicherten werden nur kurzfristig zur Stabilisierung des die Lohnnebenkosten beeinflussenden Beitragssatzes beitragen können.

Der gleichzeitige Verzicht auf systemstabilisierende strukturelle Reformen sowie die in den Neuordnungsgesetzen angelegten Anreize für die Anbieterseite, sich weiter kräftig aus der GKV zu bedienen, würde dazu führen, daß spätestens nach der Bundestagswahl der neuerliche Druck auf die Beitragssätze zunahme und dazu genutzt würde, die Erosion der GKV mit neuem Schwung fortzusetzen.

Diese Entwicklung, die sich übrigens auch für die gerade noch verhinderte Beitragssatzsteigerung in der Gesetzlichen Rentenversicherung voraussehen läßt, muß keine Zwangsläufigkeit besitzen, wenn, ja wenn es einen Politikwechsel in Bonn gibt.

Jedoch mache sich niemand etwas vor: Auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird erstens Zeit brauchen, um die bereits eingetretenen Verwerfungen in der GKV rückgängig machen zu können. Sie braucht zweitens Zeit, um die für eine zukunftsfeste, solidarisch organisierte GKV notwendigen strukturellen Reformen organisiert zu bekommen.

Ein Wahlversprechen, daß lediglich auf die weitgehende Rücknahme bisheriger Neuordnungsgesetze hinausläufe, wäre unredlich und ginge am notwendigen strukturellen Reformbedarf der GKV vorbei.

Politikwechsel in der Gesundheitspolitik braucht langen Atem

Für einen Politikwechsel scheinen mir drei Phasen von Bedeutung zu sein: Erstens müssen kurzfristig die das soziale Fundament der GKV unterspülenden Elemente gesetzlicher Neuregelungen zurückgenommen werden. Dazu zählen insbesondere die heutigen Zuzahlungen, der Automatismus von Beitragssatz- und Selbstbeteiligungserhöhung, die Kostenerstattungsregelungen sowie die Privatisie-



rung der Zahnersatzversorgung. Ferner müssen im Rahmen eines 100-Tage-Sofortprogramms erste Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzentwicklung der GKV ergriffen werden.

Zweitens sind mittelfristig Reformen durchzusetzen, die in die bisherige Struktur gesundheitlicher Versorgung zugunsten von mehr Effizienz und Prävention eingreifen. Dies ist zwingend geboten, da der Gesundheits-„Markt“ eine besondere Struktur aufweist; in ihm verfügen die Leistungsanbieter allein wegen der Definitionsmacht über „Krankheit“ über eine ganz andere Stellung als die Patienten. Den Konsequenzen der Anbieterdominanz für die Finanzierung der GKV kann wirksam nur durch ein Globalbudget begegnet werden. Es soll allen Beteiligten den Anreiz für die effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen bieten.

Allerdings hat es u.a. zur Voraussetzung, den Krankenkassen als Sachwalterinnen der Versicherten eine ausreichende Flexibilität bei den Verträgen mit den Anbietern sowie den Versorgungsformen gesundheitlicher Leistungen zu gewähren. Den Orientierungsrahmen bilden hier die Vorschläge für eine zweite Stufe des Gesundheitsstrukturgesetzes, die die ALänder gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet haben, die jedoch bisher zu wenig bekannt geworden sind.

Dazu gehören im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung

- die Förderung vernetzter gesundheitlicher Versorgungsstrukturen zwischen Ärztegropen, Krankenhäusern und anderen Heilberufen,
- die Einführung effektiver mengen-, preis- und qualitätssteuernder

Regelungen im Arznei-, Heil- und Hilfsmittelbereich, z.B. durch Budgets und eine Positivliste,

- die Stärkung der hausärztlichen Versorgung.

Dazu gehört im Bereich der Finanzierung der GKV die Verbreiterung der Einnahmenseite, insbesondere durch eine Erhöhung der Versicherungspflicht- und der Beitragsbemessungsgrenze mindestens auf das Niveau der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Langfristziele, die bereits in der ersten sozialdemokratischen Legislaturperiode begonnen werden sollten, betreffen Vorhaben wie die Finanzierung aus einer Hand im Krankenhaussektor (Aufhebung der heutigen dualistischen Finanzierung durch Krankenversicherungen und Länder), den Übergang zu einem System vernetzter gesundheitlicher Versorgung oder die Einbeziehung neuer Versichertengruppen in die GKV (z.B. Beamte und Freiberufler).

Bei der Bundestagswahl 1998 geht es um die Frage, ob der längst betretene Weg in die Zwei-Klassen-Medizin an einen point-of-no-return gelangt, wir uns also in Kürze mit kaum revidierbaren Zuständen wie in den USA auseinanderzusetzen haben, oder ob es uns gelingt, zum turning-point für eine solidarisch organisierte GKV zu gelangen.

Für letzteres zu streiten, scheint mir äußerst lohnenswert zu sein. Dabei wird es nicht zuletzt auch darauf ankommen, unsere Ziele mit Hilfe adäquater Kommunikation zu transportieren. Dies sollte so schwer nicht sein. Zwar kann sich kaum jemand etwas unter monistischer Krankenhausfinanzierung vorstellen, wohl aber unter Zahnlücken ...

spw

Auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird Zeit brauchen, um die bereits eingetretenen Verwerfungen in der GKV rückgängig machen und die für eine zukunftsfeste, solidarisch organisierte GKV notwendigen strukturellen Reformen durchsetzen zu können.

„Nur ein treuer Gefolgsmann Hitlers“

Rechtsradikalismus in der Bundeswehr

von Stefan Wogawa*

Diejenigen, die den zutiefst antidemokratischen Rechtsradikalismus öffentlich machen, werden von einem Regierungspolitiker als Verfassungsfeinde diffamiert. Verkehrte Welt.

Während Verteidigungsminister Volker Rühle starrsinnig von einem rechtsradikalen „Einzelfall“ zum nächsten stolpert, übt er sich in argumentativer „Vorwärtsverteidigung“. Rühle hat, assistiert von politischen Trittbrettfahrern, endlich die wahren Schuldigen an der gegenwärtigen Misere ausgemacht: Provokateure, Bundeswehrfeinde, die sich ein Forum schaffen wollen, und die Medien, die Klaus-Jürgen Hedrich, Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, noch schnell als „Protagonisten aus dem linken Spektrum, die sich nie mit Deutschlands freiheitlicher, pluralistischer und demokratischer Grundordnung haben anfreunden können“, denunziert. Hier offenbart sich nicht zuletzt ein gestörtes Verhältnis Hedrichs zu eben jener Grundordnung: Diejenigen, die den zutiefst antidemokratischen Rechtsradikalismus öffentlich machen, werden von einem Regierungspolitiker als Verfassungsfeinde diffamiert. Verkehrte Welt.

Er wolle sich vor seine Soldaten stellen, verkündet indessen Rühle pathetisch in zahllosen Fernsehinterviews, doch nicht wenige Beobachter meinen, daß der Minister eigentlich nur noch sich selber schützt. Rühle weist polternd eine Pauschalverurteilung der Bundeswehr zurück, einen „Generalverdacht“, den niemand ausgesprochen hat, und denkt dabei wohl vor allem an seine politische Zukunft.

Rechtsradikale Vorfälle: keine Einzelfälle

Unterdessen kommen immer neue unappetitliche Vorfälle ans Licht. Schon Anfang Dezember hatte die

Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeld, Zahlen veröffentlicht: Danach wurden 1997 in der Bundeswehr 160 besondere Vorkommnisse mit rechtsextremistischem Hintergrund gemeldet, von denen rund 85 Prozent Grundwehrendienstleistende betrafen. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß in 24 dieser Vorkommnisse Zeit- und Berufssoldaten verwickelt sein müssen, die sich nicht in die eindimensionale Argumentationslinie der Hardthöhe von den „desorientierten Jugendlichen“ einordnen lassen. Daß es diese Beteiligung von Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr an rechtsradikalen Vorfällen gibt, zeigen Beispiele aus den vergangenen Jahren:

- Ein Unteroffizier der Bundeswehr wurde im Juni 1994 in Brandenburg als Chef einer rechtsextremen „Wehrsportgruppe Dragon“ verhaftet. Das Ziel der Gruppe habe darin bestanden, so ein Potsdamer Staatsanwalt, Ausländer und Asylbewerberheime zu überfallen.¹

- Im Juli 1994 mußten Rekruten der Luftlandekompanie 260 in Koblenz auf Befehl ihres Zugführers, eines Oberleutnants, das 1984 durch ein Truppendienstgericht für den Gebrauch in der Bundeswehr verbotene Nazi-Fallschirmjägerlied „Hinter den Bergen“ singen.²

- Bundeswehr-Mitglieder des „Freundeskreises Offiziere der Panzertruppe“ agierten im Frühjahr 1995 als Mitherausgeber der Publikation „Die Schulen der Panzertruppen des Heeres – 1918 bis zum Aufbau der Bundeswehr“. Die Schrift glorifiziert den Überfall auf Polen als „überzeugende Bewährungsprobe für die Panzerwaffe“, den Überfall auf die Sowjetunion als „Beweis für die Güte der deutschen Erziehung“. Der „Geist der deutschen Panzertruppe“ sei, so der Text weiter, trotz „Reeducation“ nach dem Krieg in die Bundeswehr übertragen worden, „nur in anderen Uniformen“.³

- Der derzeitige Vorsitzende der NPD, Udo Voigt, war für zwölf Jahre Zeitsoldat bei der Bundeswehr, zuletzt als Luftwaffenoffizier im Range eines Hauptmanns. Schon bei seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr, die Voigt 1984 verließ, hatte er hohe NPD-Ämter inne.⁴

Rechtsaußen-Orientierungen in obersten Führungsetagen

Noch bedenklicher erscheinen Vorgänge, die die obersten Führungsebenen der Bundeswehr betreffen. Es

gibt Anzeichen, daß bestimmte Kreise der Generalität einer obskuren Subkultur zuzuordnen sind, in der rechtsnationale Ansichten kultiviert, diffuse historische Vorstellungen und ein Traditionsbewußtsein mit einem völlig unkritischen Verhältnis zu Wehrmacht und Nationalsozialismus gepflegt werden. Zumindest in Teilen gibt es deutliche Affinitäten zu undemokratischem und menschenverachtendem Denken und alarmierende Orientierungen nach Rechtsaußen.

- „Der Verfassungsauftrag der Bundeswehr heißt Verteidigung ohne wenn und aber, nicht Frieden“, erklärte 1993 der Chef des Stabes der *Northern Army Group* der NATO, Generalmajor von Kielmannsegg und deutete damit das Grundgesetz auf groteske Art um. „Natürlich soll der Soldat möglichst viele der Werte, die er verteidigen soll, auch in den Streitkräften erleben“, so Kielmannsegg weiter, „aber eben durchaus nicht alle“.⁵

- Der frühere Leiter der Verteidigungsakademie der NATO in Rom, Generalleutnant Franz Uhle-Wettler, engagierte sich nach seiner Pensionierung für die Republikaner und veröffentlichte Beiträge in einer rechtsextremen Zeitschrift, die ein Viertes Reich fordert und den bewaffneten Kampf zur Beseitigung des Staates diskutiert.⁶

- Sein Bruder, Generalmajor Reinhardt Uhle-Wettler, früher stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision in Bruchsal, hielt nach seiner Pensionierung bei einer Festveranstaltung zur Gründung der Republikaner-Abspaltung „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ den Hauptvortrag. In vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Zeitschriften sprach Uhle-Wettler sich für eine Vernetzung der Rechten und die Verbreitung von Informationen im Untergrund aus und regte eine „Quecksilbertaktik“ an.⁷

- Ende Mai 1995 wandte sich der Befehlshaber des Wehrbereiches VI und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision, Generalmajor Rainer Jung, gegen eine Umbenennung der Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen, für die vorher bereits der Petitionsausschuss des Bundestages votiert hatte. „Es gibt nichts, was man ihm vorwerfen könnte, außer daß er ein treuer Gefolgsmann Hitlers war“, äußerte Jung in einem Interview.⁸ Dietl, Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP, stand am 9. November 1923 in München bereit, unter Bruch seines Eides mit einer Reichwehrkompanie auf

* Stefan Wogawa, Soziologe, wiss. Mitarbeiter bei START e.V., einer gewerkschaftsnahen Forschungs- und Beratungsagentur in Erfurt

Seiten Hitlers in den nationalsozialistischen Putsch einzugreifen. Später war er für den Tod zahlreicher deutscher Strafsoldaten in Finnland und Norwegen verantwortlich.

- Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, verlangte bei einem Vortrag im September 1995, der deutsche Soldat müsse „auch fern der Heimat versuchen, Krisen von seinem Land fernzuhalten“. Deutsche Soldaten hätten „ähnliches in diesem Jahrhundert nur zweimal vor 1945“ und nun wieder seit 1992 erlebt. Intern gab Naumann zu, er habe Aktionen deutscher Truppen 1900 zur Niederwerfung des sogenannten „Boxer-Aufstandes“ in China und 1904 gegen die Hereros in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, gemeint.⁹ Beide Militäroperationen hatten durch extreme Brutalität von sich reden gemacht. Kaiser Wilhelm II. hatte im Juli 1900 in seiner berüchtigten „Hunnenrede“ die Soldaten aufgefordert, rücksichtslos gegen die Chinesen vorzugehen und keine Gefangenen zu machen. Überlebende Hereros, Männer, Frauen und Kinder, waren im August 1904 von deutschem Militär in die Wüste getrieben worden.

Verharmlosung schadet

Alle diese Vorfälle sprechen eine deutliche Sprache: Es gilt, die Situa-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



tion in der Bundeswehr nicht weiter zu verniedlichen. Sie zeigen zudem, daß die geforderten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über die politischen Orientierungen der Soldaten längst überfällig sind. Die ministeriellen Maulkörbe für kritische Wissenschaftler des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, der Führungsakademie und der Universitäten der Bundeswehr müssen endlich aufgehoben werden. Verharmloser und Vertuscher rechtsradikaler Umtriebe sind für die Bundeswehr wie für die gesamte Gesellschaft weitaus gefährli-

cher als eine rückhaltlose Aufklärung. spw

- ¹ Vgl. taz vom 6.6.1994.
- ² Vgl. Neues Deutschland vom 6./7.8.1994.
- ³ Der Spiegel Nr. 22/1995.
- ⁴ Vgl. Hundeder, Franziska: Feuer unterm Dach der Demokratie, in: IG Medien Forum Nr. 11-12/1997, S. 8-12, hier: S. 9.
- ⁵ Wochenpost Nr. 17/1994.
- ⁶ Vgl. Hundseder, a.a.O., S. 8.
- ⁷ Vgl. ebenda.
- ⁸ Ostthüringer Zeitung vom 31.5.1995. Siehe auch Julius Leber. Soldat, Demokrat, Widerstandskämpfer, in: Die Bundeswehr Nr. 4/1995, S. 54f.
- ⁹ Der Spiegel Nr. 44/1995.

Es gibt Anzeichen, daß bestimmte Kreise der Generalität einer obskuren Subkultur zuzuordnen sind, in der rechtsnationale Ansichten kultiviert, diffuse historische Vorstellungen und ein völlig unkritisches Traditionsbewußtsein gepflegt werden.

Rund 200 Linke aus unterschiedlichen Parteien und Zusammenhängen diskutierten Mitte Dezember in Bochum über Inhalte und Perspektiven eines möglichen Politikwechsels in 1998. Am Beginn des Kongresses standen Einschätzungen aus den europäischen Nachbarländern Frankreich, Großbritannien und Italien, in denen ein Regierungswechsel vor kurzem stattgefunden hat und nun Sozialdemokraten bzw. linke Bündniskonstellationen die Regierung stellen.

Linke Regierungserfahrungen in Europa

Luciana Castellina, unabhängige kommunistische Europaabgeordnete aus Italien, referierte über die Auseinandersetzungen innerhalb der italienischen Linken über die Frage, wie die politische Mitte dauerhaft für ein Bündnis mit der Linken gewonnen werden können. Ein zentrales Projekt müsse ihrer Auffas-

sung nach die Gewährleistung eines Ausgleichs zwischen den hochproduktiven, exportorientierten Industriesektoren und einem öffentlich finanzierten, an gesellschaftlichen Anforderungen orientierten Dienstleistungssektor bilden.

David Osler von der Zeitschrift Red Pepper berichtete über die Erfahrungen mit der Blair-Regierung. Mit dem Wahlsieg seien nicht nur neue Chancen, sondern auch neue Probleme entstanden. Positiv seien die Tendenzen zur Demokratisierung und Regionalisierung. In der Sozialpolitik gebe es jedoch erhebliche Defizite, die inzwischen dazu geführt haben, daß Labourabgeordnete gegen ihre eigenen Regierung votiert haben. Zudem gäbe es Bewegung in der Parteienlandschaft, die sich u.a. im Entstehen neue sozialistischer und links-grüner Zusammenschlüsse äußere.

Francoise Duthu von Les Verts zog eine insgesamt positive Bilanz der er-

Vom Machtwechsel zum Politikwechsel

Bericht vom Crossover-Kongreß in Bochum

von Joachim Schuster*

sten Monate der französischen Links-Regierung. Dabei hob sie das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und den Ausstieg aus ökologisch problematischen technologischen Großprojekten besonders hervor. Insgesamt betonte sie die histori-

* Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft (ispw) in Bremen, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet für spw in der Koordinierung von Crossover.

Forum fünf befaßte sich mit Perspektiven in der *Bildungspolitik*, einem der wichtigsten Innovationsbereiche. Im Gegensatz zu bloßen Modernisierungsforderungen, die die Bildungspolitik letztlich einer Standortlogik unterordnen wollen, wurde versucht, Konturen einer zweiten Bildungsreform zu entwickeln, die an den Zielen der ersten Reform von 1968 ff. ansetzt und gleichzeitig den Modernisierungs- und Expansionsbedarf im Bildungswesen aufgreift.

Vollbeschäftigungspolitik und strategische Perspektiven

Der Sonntag stand abschließend ganz im Zeichen einer strategisch-perspektivischen Diskussion. VertreterInnen aus gesellschaftlichen Bewegungen und der Wissenschaft formulierten gemeinsam mit Crossover-Beteiligten Anforderungen an einen Regierungswechsel und zugleich auch an die derzeitigen Oppositionsparteien. Dabei wurde viele der in den Foren aufgestellten Forderungen wieder aufgegriffen. Die Diskussion litt ein wenig daran, daß die eigentlich spannende Frage, wie und mit welchen Inhalten die Crossover-Kräfte im nächsten Jahr gemeinsam versuchen sollten, in die Auseinandersetzungen um die

Bundestagswahl einzugreifen, in den Hintergrund gedrängt wurde. Statt dessen stand einerseits die sehr spannende Frage nach den Inhalten einer linken Vollbeschäftigungspolitik im Vordergrund. So wurde die These vertreten, daß Vollbeschäftigung – auch bei einem veränderten Begriff eines Normalarbeitsverhältnisses – nicht erreichbar sei, und dementsprechend die Linke weitergehende Konzeptionen entwickeln müsse, die ein ausreichendes Einkommen auch unabhängig von Erwerbsarbeit ermöglichen müsse. Damit wäre die Zentralität der Erwerbsarbeit insgesamt angezweifelt. Dieser Auffassung wurde vehement mit der *Argumentation widersprochen*, daß die Erwerbsarbeit nach wie vor im Mittelpunkt der Lebensplanung der Einzelnen stehe und auch die soziale Regulation nach wie vor auf der Erwerbsarbeit aufbaue. Zentral für eine linke Vollbeschäftigungspolitik sei daher die Neudefinition des Normalarbeitsverhältnisses, wobei die gleichberechtigte Teilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen beiden Geschlechtern von zentraler Bedeutung sei.

Ein zweiter Strang der Abschlußdebatte befaßte sich mit der Frage, inwieweit sozialistische oder zumindest

kapitalismusüberwindende Perspektiven mit den von Crossover formulierten Eckpunkten einer radikalen Reformpolitik verbunden werden müßten oder könnten. Leider kam die Debatte an diesem Punkt aber nicht über den schon in der Linken jahrelang geführten Streit über die Reichweite von Reformpolitik hinaus.

Aus meiner Sicht kann als Fazit des Kongresses festgehalten werden: Es ist durchaus gelungen, Eckpunkte einer Reformalternative zur vorherrschenden konservativen Politik aber auch zu weiten Bereichen der Politik und Programmatik der derzeitigen Oppositionsparteien zu formulieren. Die Debatten bewegten sich auf einem sehr hohen Niveau und Konkretionsgrad. Es zeigte sich, daß die inhaltlichen Übereinstimmungen von Linken aus verschiedenen Strömungen und Parteien in vielen Grundsatzfragen erstaunlich breit sind. 1998 wird es darauf ankommen, diesen inhaltlichen Input in den Parteien und in den gesellschaftlichen Bewegungen und Auseinandersetzungen weiter zu verankern. So könnte aus dem möglichen Machtwechsel 1998 vielleicht doch auch ein Politikwechsel werden.

Es zeigte sich, daß die inhaltlichen Übereinstimmungen von Linken aus verschiedenen Strömungen und Parteien in vielen Grundsatzfragen erstaunlich breit sind. 1998 wird es darauf ankommen, dies politisch einzubringen.

spw

„Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung.“

Die Versammlung der Erfurter Erklärung am 3./4. Oktober 1997 in Erfurt hat beschlossen, zu einem bundesweiten Ratschlag einzuladen:

Mut für eine neue Politik. Bochum stärkt Erfurt!

6. und 7. März 1998 in der Ruhr-Universität Bochum

Freitag, 6.3.98, ab 18 Uhr: Beginn mit einer Kulturveranstaltung in der Großen Mensa der Ruhr-Universität, mit prominenten RednerInnen und Kulturschaffenden, u.a. Stoppok und Jazz for Fun.

Samstag, 7.3.98: großer Ratschlag mit verschiedenen Foren zu Aktionsmöglichkeiten für eine andere Politik.

Insbesondere soll diskutiert werden, ob es realistisch ist, ausgehend von der Erfurter Erklärung ein breites Bündnis relevanter gesellschaftlicher Kräfte zu gewinnen, das gemeinsam eine bundesweite Demonstration in Bonn oder in Berlin durchführt und dafür mobilisiert. Falls das für nicht erfolgversprechend gehalten wird, steht alternativ eine große Saalveranstaltung zur Debatte.

Der Ratschlag wird veranstaltet von InitiatorInnen der Erfurter Erklärung und dem AStA der Ruhr-Uni Bochum. Anmeldungen an das Büro Erfurter Erklärung, Kulturverein Mauernbrechen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel. 0361-5961220, Fax 0361-6599899, dann wird noch eine detaillierte Einladung zugeschickt.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

• am 11.01.98 traf sich die *spw*-Redaktion zu einer Klausursitzung zur Planung ihrer Arbeit und der weiteren Hefte in diesem Jahr. Das nächste Heft, die Jubiläumsnummer 100, wird den Schwerpunkt „Sozialismus“ haben, Nr. 101 den Schwerpunkt „Sozialstaat“, 102 „Innovation von links“, 103 „Macht/Demokratie/Protest“ und 104 „Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft“. Für Vorschläge und Angebote für Artikel – insbesondere für die Schwerpunkte im 2. Halbjahr – sind wir wie immer offen und dankbar.

Auch die personelle Zusammensetzung der Redaktion hat sich erneut verändert: Thorsten Cabalo, Joan Mirbach, Silvia Rosendahl und Stefan Schostok werden aufgrund anderweitiger, insb. beruflicher, Arbeitsbelastung die Redaktion verlassen. Ihnen allen herzlichen Dank für ihre z.T. mehrjährige Mitarbeit. Als neue Redaktionsmitglieder wurden Mirja Düwel und Rainer Zugehör aufgenommen. *Mirja Düwel* ist 32 Jahre alt und kommt ursprünglich aus Hannover. Jetzt lebt und arbeitet sie

als Lehrerin in Dortmund. *Rainer Zugehör*, geb. 1970, wohnt in Bonn und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Werner Schuster und als freier Journalist.

• Im Zuge der Vorstellung von Personen, die die Arbeit von *spw* tragen, ist diesmal die *Geschäftsführung der spw-GmbH* an der Reihe. Die GesellschafterInnen können wir nicht vorstellen, weil es sich um ca. 100 Personen handelt, wodurch schon deutlich wird, daß es hier nicht um eine „normale“ GmbH geht, sondern daß dies die gesellschaftsrechtliche Form ist, in der das politische-publizistische Projekt *spw* organisiert ist. Dies zeigt sich auch daran, daß die GesellschafterInnen unabhängig von der Höhe ihrer Kapitaleinlage auf Gesellschaftsversammlungen jeweils nur eine Stimme haben.

Aber zurück zur Geschäftsführung. Sie setzt sich gegenwärtig aus 4 Personen zusammen, die allesamt ehrenamtlich tätig sind:

Olaf Schade, Jahrgang 1968, lebt in Hattingen und arbeitet z.Z. als wissenschaftlicher Mitarbeiter der NRW-

Landtagsabgeordneten Svenja Schulze. Als Jurist kümmert er sich v.a. um die gesellschaftsrechtlichen Fragen.

Alfred Voges, 32 Jahre alt, lebt in Steinfurt und ist dort für die SPD Mitglied im Rat der Stadt. Er arbeitet in der Vertriebs- und Organisationsabteilung einer Versicherung und war bis vor kurzem Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW. Er beschäftigt sich insb. mit den finanziellen Angelegenheiten der GmbH.

Hans-Peter Schulz, Jahrgang 1954, lebt und arbeitet als Lehrer in Wuppertal und war in der Studierendenpolitik und bei den Jusos aktiv.

Dr. Joachim Schuster aus Bremen ist auch Mitglied der *spw*-Redaktion. Er ist 34 Jahre alt, betreibt das Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft und ist Mitglied im SPD-Landesvorstand. In der Geschäftsführung kümmert er sich u.a. um Buchprojekte und um die Verbindung zu den anderen Gremien der *spw*.

Da Hans-Peter Schulz seine Aktivität zum Jahresende 1997 vorerst eingestellt hat und – zusammen mit dem langjährigen Geschäftsführer Andreas Bach, der uns immer noch bei speziellen Finanzfragen mit Rat und Tat zur Seite steht – mit einem Essen mit Dank für seine geleistete Arbeit verabschiedet wurde, ist die Geschäftsführung daran interessiert, eine weitere Person für die Mitarbeit zu gewinnen, die sich vornehmlich um Werbung kümmern sollte. Interessierte sollten sich beim *spw*-Verlag melden.

Die *spw*-Redaktion

Frankfurter Kreis Frühjahrstagung

6. bis 8. März 1998 im Willy-Brandt-Haus in Berlin, Wilhelmstr. 141

Die Tagung beginnt am Freitag mit dem Abendessen um 18 Uhr und endet am Sonntag mit dem Mittagessen.

Am Freitag abend wird **Rudolf Scharping** erwartet und für eine Diskussion zur Verfügung stehen.

Zentrales Thema der Tagung ist die Diskussion um das **Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 1998**. Dazu werden u.a. die GenossInnen **Michael Müller** MdB, **Ottmar Schreiner** MdB und **Sigrid Skarpelis-Sperk** MdB die bisher erarbeiteten Entwürfe bzw. den Diskussionstand darstellen.

Weitere Informationen und Anmeldungen beim Büro Detlev von Larcher MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228-1683659, Fax 0228-1686658



Es war eine sehr eindrucksvolle Geburtstagsfeier zur Eröffnung des 22. Kongresses der Sozialistischen Jugend-Internationalen in Lillehammer.¹ Hier erinnerte Friedrich Roll² in seiner Rede daran, daß die Gründung der IUSY u.a. auf einen Vorschlag von Rosa Luxemburg im Jahre 1905 zurückging. Die IUSY, die dann 1907 in der Gewerkschaftszentrale in Stuttgart gegründet wurde, sei allerdings für Jahrzehnte eine völlig andere gewesen als die heutige: International war damals gleichbedeutend mit europäisch. Nur eine Handvoll Länder-Organisationen waren bei der Gründung beteiligt. Heute umfaßt die IUSY 134 Mitgliedsorganisationen aus 103 Ländern aller 5 Kontinente.

Ein Geburtstag aber und die Reflexion über die eigene Mitgliedsstärke allein machen noch keinen guten Kongreß aus. Auch daß der allseits geschätzte argentinische IUSY-Generalsekretär Alfredo Lazzeretti nach 4 Jahren verabschiedet wurde, ist zwar für die IUSY ein einschneidendes Ereignis, aber für den Kongreß nicht allein ausschlaggebend.

Es sind drei Faktoren, die diesen XXII. IUSY-Kongreß bemerkenswert machen:

1. Die regionale Erweiterung, insbesondere durch neue Organisationen aus Afrika. Zehn (!) afrikanische Organisationen sind neu aufgenommen worden oder haben den Vollmitgliedschaft-Status erworben.

2. Erstmals in der IUSY-Geschichte ist mit der Schwedin Lisa Pelling eine Frau zur IUSY-Generalsekretärin gewählt worden und erstmals sind Frauen zu 42% im Vorstand vertreten.

3. Bemerkenswert ist der Leitantrag *The Future of Work*, der im Zentrum der inhaltlichen Diskussion stand.

Regionale Erweiterung

Neben der Tatsache der vielen neu aufgenommenen Mitgliedsorganisationen ist bemerkenswert, daß anders als in den vorherigen Jahren die Gele-

genheit genutzt wurde, zumindest in den regionalen Arbeitsgruppen (Regional Committees) intensiv über den Leitantrag, die Vorstandsbesetzung und anderes zu diskutieren. Hier schlug tatsächlich die quantitative Erweiterung bei den afrikanischen und asiatischen Mitgliedsorganisationen in qualitative Beteiligung um. Das galt jedoch noch lange nicht für das Plenum: immer noch sind es wenige Organisationen, wie beispielsweise die deutschen Jusos oder die schwedische SSU, die in inhaltliche Diskussionen eingreifen. Die Sprachschwierigkeiten tragen nicht alleine dazu bei, sind aber ein wichtiger Faktor: das in Afrika weit verbreitete Französisch ist erst seit kurzem im IUSY-Geschehen relevant, portugiesisch wird ohnehin als eine Art spanischer Dialekt behandelt. Bei den Neuaufnahmen, aber auch bei den Ausschlüssen, zeichnet sich neben der bereits erwähnten regionalen Erweiterung auch eine leichte Linksverschiebung ab. Längst werden inzwischen auch ex-kommunistische Organisationen aus Ost-Europa aufgenommen (was übrigens nicht mit einer Links-Verschiebung gleichzusetzen ist); kurz nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa war dies nicht selbstverständlich.³

Frauenpolitische Stärkung

Lisa Pelling wird es als neue IUSY-Generalsekretärin nicht einfach haben, in die riesigen Schuhe des scheidenden Alfredo Lazzeretti zu treten. Aber das würde für jede und jeden Nachfolger(in) gelten. Lisa Pelling kommt vom eher linken Flügel (sofern man in Schweden überhaupt von Flügeln oder Fraktionen sprechen darf) der nicht gerade als radikal geltenden SSU in Schweden. Ihre Antrittsrede war sehr politisch, setzte die weltweite Verteilungsfrage von arm und reich in den Mittelpunkt. Die notwendige Durchsetzungsfähigkeit ist ihr zuzutrauen. Da sie bereits länger in der IUSY Feminist Working Group mitgearbeitet hatte, ist Frauenbeteiligung bei ihr nicht nur als rein formales, sondern als inhaltliches Kriterium zu verstehen.

Interessant, aber auch bedauerlich ist, daß die 42%ige Frauenbeteiligung beim Vorstand nicht durch die Westeuropäischen Organisationen, sondern – von Schweden abgesehen – durch die sog. Drittwelt-Länder zustande kam (Chile, Libanon, Albanien, Slowenien, Algerien – aber auch Argentinien und Neuseeland), aus An-

90 Jahre IUSY

Geburtstagskongreß in Lillehammer

von Claudia Walther*

reiz, einen Vorstandsplatz sicher zu haben.

Im Leitantrag ist, nicht zuletzt durch umfangreiche Änderungsanträge, die Handschrift der Feminist Working Group recht gut sichtbar: ob es um Lohngleichheit, Antidiskriminierung oder Reproduktionsarbeit geht. Allerdings beteiligen sich auch die Frauen wesentlich weniger an Plenumsdebatten, als wir das im nationalstaatlichen Rahmen, etwa von den Jusos her, kennen.

Leitantrag „The Future of Work“

Der Leitantrag kann sich, trotz kleinerer Schwächen, sehen lassen. Er wurde – bei der IUSY eine neue Sitte der Demokratisierung – frühzeitig in Vorstand, Gliederungen, Arbeitsgruppen vorbereitet und mit zahlreichen Änderungsanträgen beschlossen. Ausgehend von der Ambivalenz und Herausforderung globaler und technischer Entwicklungen wird jeder neoliberalistischen Politik eine klare Absage erteilt und werden Forderungen zur weltweiten gerechten Verteilung von Arbeit und der Aneignung ihrer Produkte formuliert. Arbeitszeitverkürzung steht inzwischen auch bei der IUSY als eine zentrale Forderung – was aufgrund der weltweit sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen nicht selbstverständlich ist. Das Recht auf Arbeit, angemessene Löhne, Ausbildung, Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern sowie die Bekämpfung von Kinderarbeit gehören selbstverständlich auch dazu. Darüberhinaus werden die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Weltregionen näher betrachtet. Vor allem aber wurde mit diesem Antrag ein wichtiger Schwerpunkt gesetzt und Abschied von der alten Bauchladentradition

Ausgehend von der Ambivalenz und Herausforderung globaler und technischer Entwicklungen wird jeder neoliberalistischen Politik eine klare Absage erteilt und werden Forderungen zur weltweiten gerechten Verteilung von Arbeit und der Aneignung ihrer Produkte formuliert.

* Claudia Walther, Politologin und Mitglied der spw-Redaktion, hat zwei Jahre für die IUSY in Wien gearbeitet. Heute lebt sie in Aachen und ist beim Euregionalen Freizeit- und Informationswerk für Jugendarbeit als Geschäftsführerin beschäftigt.

genommen, 20 Solidaritätsresolutionen auf dem IUSY-Kongreß zu verabschieden, ohne um gemeinsame politische Forderungen zu streiten.

Und sonst noch ...

Zum neuen IUSY-Präsidenten wurde Umberto Gentiloni von der PDS Italiens gewählt, der damit Nicola Zingaretti von derselben Organisation ablöst.

Heiko Kretschmer ist für die Jusos als Vize-Vorsitzender im IUSY-Vorstand. Insgesamt ist der Vorstand sehr zufriedenstellend besetzt. Neue Feminist Working Group-Koordinatorin, die leider nicht dem Vorstand angehört, wurde Marije Laffebber von der niederländischen PvdA. Anzumerken ist noch, daß drei der Regional Committees sich nicht auf eine(n) Koordinator(in) einigen konnten: das Europäische Komitee (das im Ge-

gensatz zu ECOSY gesamteuropäisch organisiert ist), das Komitee Mittelmeerraum und das Afrika-Komitee. Ob das nun für oder gegen eine Stärkung der Regionen spricht, wird sich zeigen...

Last but not least ist das neue IUSY-Jubiläumsbuch zu erwähnen, das pünktlich zum Geburtstags-Kongreß erschienen ist: *The power of Solidarity*.⁴ Und, wie könnte es anders sein, Willi Brandt zielt als Ex-Präsident der Sozialistischen Internationalen das Titelbild.

Auch von der spw: Herzlichen Glückwunsch!

spw

- ¹ Der XXII IUSY World Congress fand vom 13.-16. November 1997 in Lillehammer, Norwegen statt.
- ² Friedrich O.J. Roll war IUSY-Generalsekretär von 1974-76 und ist heute Mitarbeiter bei der SPE-Fraktion des Europäischen Parlaments.
- ³ Neue Vollmitglieder sind nun Organisa-

tionen aus Gabun, aus den Philippinen und der Dominikanischen Republik, aus Bosnien-Herzegowina, Botswana, den Fidschi-Inseln, Mosambique und schließlich der ANC aus Süd-Afrika, (dessen Vollmitgliedschaft bereits vom Council – Beratungsorgan zwischen den Kongressen – vorgeschlagen wurde). Neue Mitglieder mit Beobachter-Status wurden Organisationen aus Eritrea, Benin, Weißrußland, Bolivien, Bulgarien, Zypern, Äquatorial Neu-Guinea, Gambia, Mali, Fatah-Jugend Palästinas, Polen, Venezuela. Beratende Mitglieder (das ist die dritte Stufe der Mitgliedschaft) wurden neue Organisationen aus Birma, Niger und Zimbabwe. Es wurden auch Organisationen suspendiert: die nationalistische sozialdemokratische Jugendunion Bulgariens, die Sozialdemokratische Jugend Sloweniens und die regierungstreuen Jugendorganisationen Tuniens. Ausgeschlossen wurden Kolumbien, Guatemala, Süd-Korea aus jeweils unterschiedlichen Gründen.

⁴ *The Power of Solidarity. 90th Anniversary of IUSY. The last ten years of IUSY history.* Wien 1997. Zu bestellen bei der IUSY, Neustiftgasse 3, A-1070 Wien. Oder über den JUSO-Bundesverband.

Auf dem Weg nach Deutschland

von Susana dos Santos Herrmann*

Buchbesprechung zu: Christoph Meyer, Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954-1972), Olzog-Verlag, Landsberg am Lech 1997, ISBN 3-7892-9389-X, 490 S., DM 68,-

Als Willy Brandt 1989 nach dem Fall der Mauer davon sprach, daß jetzt zusammenwache, was zusammengehört, fragten sich zumindest die jüngeren BundesbürgerInnen, ob die beiden so unterschiedlichen Gesellschaften von BRD und DDR wirklich zueinandergehörten. 40 Jahre nach Gründung der beiden deutschen

Nachkriegsstaaten war der jungen Generation das Zusammengehörigkeitsgefühl durch die fehlende gemeinsame Vergangenheit abhanden gekommen. Es war eingetreten, was Deutschlandpolitiker der 50er Jahre befürchtet hatten, wie etwa der erste Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser: Der „Wille zur Wiedervereinigung in allen Kreisen der Bevölkerung“ (Kaiser) war 1989 nur in Teilen der Gesellschaft vorhanden: der älteren Generation und – so die Wahrnehmung der Linken – dem konservativen bis revanchistischen Teil des politischen Spektrums.

Einheit als Projekt fortschrittlicher Außenpolitik

In seinem Buch „Die deutschlandpolitische Doppelstrategie“ tritt Christoph Meyer den Beweis an, daß das nicht immer so war, daß die deutsche Einheit sogar Projekt einer fortschrittlichen, auf Ausgleich bedachten Außenpolitik war:

In den ersten Nachkriegsjahren war die deutsche Bevölkerung in ihrer breiten Mehrheit der Ansicht, daß, „was zusammengehört und zusammen war, ... auch wieder zusammenkommen“ werde (Heinrich Lübke). Gerade die SPD, aber auch die Gewerkschaft-



v.l.n.r.: Wilhelm Wolfgang Schütz und der Präsident des Kuratoriums, Paul Löbe (SPD) überreichen Willy Brandt eine Brandenburger-Tor-Anstecknadel (16.3.1959)

* Susana dos Santos Herrmann, Köln, Historikerin und freie Journalistin, Mitglied des SPD- und des Juso-Unterbezirksvorstands Köln

ten, machten das Thema der Wiedervereinigung zu ihrem und trugen es so in die politische Debatte und in das gesellschaftliche Bewußtsein. Aus der Opposition heraus legte die SPD den Finger immer wieder in die Wunde und warf Adenauer vor, sich nicht mit ausreichender Vehemenz bei den Alliierten für die Einheit Deutschlands einzusetzen. Damit stärkten die Sozialdemokraten übrigens zugleich die Position Jakob Kaisers, der mit seinen deutschlandpolitischen Initiativen Adenauers Strategie der Westintegration um jeden Preis schon mal empfindlich störte. 1954 schien den Deutschlandpolitikern die Chance gekommen, ihre Vorstellungen zu realisieren. In Berlin tagten vom 25. Januar bis zum 18. Februar die Außenminister der Siegermächte. Doch alle Hoffnungen wurden enttäuscht, da alle Seiten, im West-Ost-Konflikt gefangen, unfähig waren, aufeinander zuzugehen.

Das „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“

Mit einem Schlag war den Vereinigungsaktivisten – allen voran Jakob Kaiser – klar geworden, daß sie nicht auf Erfolge im (geheim-)diplomatischen Gerangel setzen konnten. Die Politik der Appelle war gescheitert.

Für die Standardhistoriographie ist 1954 das Jahr des endgültigen Durchbruchs der Westintegration mit all ihren Folgen von Bundeswehrgründung, Aufrüstung, Verschärfung des kalten Krieges – und einem deutschlandpolitischen Stillstand. Diese Geschichtsschreibung beschränkt sich jedoch auf die diplomatische Seite der Entwicklung. Das ist eindeutig zu kurz gegriffen, denn die Vereinigungspolitiker, die sich nicht auf Sonntagsreden einschränken lassen wollten, gaben nicht auf und entwarfen Alternativen, die Meyer in seinem Buch erstmals wieder ans Tageslicht gebracht hat.

Wenige Monate nach der Berliner Konferenz griff Kaiser eine alte Idee seines Beraters Wilhelm Wolfgang Schütz auf und rief zur Gründung eines „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ auf. Dieses sollte durch Aktionen, politische und kulturelle Veranstaltungen den gesellschaftlichen Willen zur Wiedervereinigung wachhalten

und organisieren. Dem Kuratorium gehörten hochgestellte Persönlichkeiten aller Parteien und Verbände an. Nach der konstituierenden Sitzung am 14. Juni 1954 übernahm Schütz die Geschäftsführung. Der zum Protestantismus konvertierte Sohn eines jüdischen Fabrikanten genoß das volle Vertrauen Kaisers. Schütz konnte daher seine Position bald zur politischen Betätigung nutzen.

Doch zunächst galt sein Engagement der Organisation von großen öffentlichen Aktionen zum Tag der Deutschen Einheit. Neben den üblichen Kundgebungen ließ man an der deutsch-deutschen Grenze auf den Höhen Mahnfeuer brennen; Fahnenstafeln von Jugendlichen brachen Wochen vor dem 17. Juni auf, um Banner mit der Aufschrift „Unteilbares Deutschland“ an die Grenze zu bringen. Kurzum: Der Wille zur Einheit sollte demonstrativ aufrechterhalten werden. Und das nicht nur aus einem sentimentalen Gefühl heraus: Schütz war der festen Überzeugung, daß sich auch in der zwischenstaatlichen Politik viel durch politischen Druck von unten erreichen ließe.

Vordenker der „neuen Ostpolitik“

Doch Schütz war mehr als nur ein guter Organisator. Der Geschäftsführer des Kuratoriums erwies sich immer wieder als sein eigentlicher politischer Kopf, der den Aktionen eine bestimmte Stoßrichtung zu geben vermochte. Früher als andere erkannte er, daß die Vereinigung beider deutscher Staaten niemals gegen die Sowjetunion zu erreichen sei und daß man sich nach den gescheiterten Versuchen der Nachkriegsjahre auf einen langen Zeitraum bis zur Einheit einstellen müsse. Aufgrund dieser Erkenntnisse entwarf Schütz 1958 ein Modell einer „Neuen Ostpolitik“ und einer „Politik der kleinen Schritte“. Für die Zeit geradezu revolutionär ist die Forderung nach Verhandlungen mit der DDR-Führung, um Erleichterungen für die Bevölkerung zu erreichen. Das war nichts anderes als die theoretische Vorwegnahme der Ostpolitik Willy Brandts. Für diesen als Politiker besonders nützlich war zudem die Tatsache, daß Schütz durch seine berufliche Tätigkeit als Geschäftsführender Vorsitzender des Kura-

Weil Verantwortung sich auszahlt

investiert Ethik seit 1988 in eine lebenswerte Zukunft. Sie können Ihr Geld **ökologisch und sozial** verträglich anlegen.



Ihre Vorteile:

- gute Rendite
- hohe Sicherheit
- erfahrenes Fondsmanagement
- geringe Kosten
- unabhängiger Anlageausschuß
- Mitsprachemöglichkeit der AnlegerInnen
- eigene Forschungsstelle

es Investment Köln

Ethik

Ethisches Investment Köln
Seyengasse 2 • 50678 Köln
Tel. 0221 / 9 31 25 20
Fax 0221 / 3 31 83 83

toriums zugleich dafür Sorge trug, daß diese Gedanken in der Gesellschaft verbreitet wurden. Somit bereitete er auch den Boden für die notwendige Umorientierung in der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik.

Auch wenn die Aktivitäten des Kuratoriums Ende der 60er im Zuge der 68er Bewegung immer weiter abnahmen, muß Schützens „Deutschlandpolitische Doppelstrategie“ des Drucks von außen und der langsamen Bewegung nach innen als letztlich erfolgreich angesehen werden. Schon lange vor Mauerfall gab es eine rege Begegnung zwischen BRD- und DDR-Bevölkerung. Schließlich wußte auch Helmut Kohl 1990, daß die Einheit nur mit Zustimmung der UdSSR zustandekäme. Schütz ging wohl noch weiter: Frieden ist in Europa nur mit Rußland zu erreichen.

Insofern hat Meyers ausführlich recherchiertes und gut geschriebenes Buch auch noch eine aktuelle politische Dimension.

Früher als andere erkannte Schütz, daß die Vereinigung beider deutscher Staaten niemals gegen die Sowjetunion zu erreichen sei und daß man sich nach den gescheiterten Versuchen der Nachkriegsjahre auf einen langen Zeitraum bis zur Einheit einstellen müsse.

spw

Tanz in das M.A.I.?

von Frank Wilhelmy*

Seit über 2 Jahren wird in einer Form, die man schon als Geheimdiplomatie bezeichnen kann, über ein äußerst bedeutsames internationales Vertragswerk verhandelt, das M.A.I. (Multilateral Agreement on Investments, Multilaterales Investitionsabkommen). Es soll zunächst im Club der 29 Industriestaaten, der OECD, ausgehandelt und dann auf die WTO (Welthandelsorganisation) übertragen werden, bzw. es steht dem Beitritt von Nicht-OECD-Mitgliedern offen. Es geht vordergründig um Investitionsschutz, Rechtssicherheit und die Zusammenfassung der vielen bilateralen (mehr als 1600) Investitionsabkommen weltweit, tatsächlich wird aber nicht weniger verhandelt als „eine neue globale Verfassung“, wie es der Generalsekretär der WTO, Renato Ruggiero, einmal ausdrückte.

Bill of Rights der Globalisierung

Um die Tragweite des MAI abschätzen zu können, hier eine unvollständige Liste von Konsequenzen und Gefahren des kurz vor Vollendung stehenden Vertragswerkes:

- Umfassende Definition von Investition: Von der aufgebauten Fabrik, der bloßen Aktienbeteiligung, über Erwerb geistigen Eigentums an einem Rocksong z.B. bis hin zum Gentechnikpatent, alles fällt unters völkerrechtlich verbindliche Abkommen,
- Klagerecht für Unternehmen: Staaten werden künftig von Unternehmen für jede angebliche oder tatsächliche Verletzung des MAI schadenersatzpflichtig bzw. belangbar. Umgekehrt gilt dies ausdrücklich nicht.
- Nichtdiskriminierungsgebot, Meistbegünstigung und umfassender Marktzugang. Ausländische Investoren müssen wie inländische behandelt werden. Was als netter Nichtdiskriminierungsgrundsatz daher kommt, bedeutet nicht Gleichberechtigung, sondern Besserstellung der konkurrierenden Investoren, nämlich dann, wenn sie in den Genuß inländischer Subventionen kommen, aber in ihrer Praxis im Ausland nicht die strengeren Umwelt- und Sozialgesetze befolgen müssen. Außer-

dem dürfen nach wie vor ausländische Investoren zusätzlich bevorzugt behandelt (Investitionsanreize) werden.

- Vergaberecht und Staatsunternehmen: Während sich „Monopole“ und Staatsunternehmen streng wettbewerbsorientiert verhalten müssen – also z.B. keine sozial orientierte Preis-Subventionspolitik betreiben dürfen, könnten gleichzeitig politische Vergabekriterien wie z.B. Frauenförderung und Tariftreue sehr bald der Vergangenheit angehören.
- „Roll-Back-Klausel“: Alle staatlichen und föderalen Gesetze und Regelungen, die dem MAI entgegenstehen, müssen eliminiert werden.
- „Stand-Still-Klausel“: Kein neues Gesetz, das dem MAI widerspricht, darf erlassen werden.

Undsowweiterundsofort. Nicht weniger als sämtliche nationalen Regulierungskompetenzen, ökologischen Standards und sozialen Schutzrechte – soweit sie sich direkt oder indirekt auf Investitionen oder Investitionsbedingungen beziehen – geraten somit in den Abwärtsstrudel von Unterbietungswettbewerb im Globalkapitalismus. Nahezu jeder politische Eingriff ins Marktgeschehen fiel mindestens indirekt unter irgendeine investitions-hemmende oder wettbewerbs-verzerrende MAI-Klausel und könnte von einem mächtigen Multi beklagt werden. So wird z.B. um die Definition von indirekten Enteignungen gerungen, die, natürlich verboten, bzw. voll zu entschädigen, alle möglichen Folgen von politischen Regulierungen betreffen könnten.

Und andersherum, was könnten Investoren alles treiben? Ein isländischer Fischer macht ein Büro in Portugal auf und kassiert saftige EU-Prämien auf Fang oder Fangverzicht. Ein Investor aus Bahrain kauft sämtliche norwegischen Ölfelder auf (weswegen Norwegen bisher nicht beitreten mag). Ein deutscher oder amerikanischer Medienkonzern kontrolliert das Fernsehen, die Kultur oder gleich die komplette Kommunikationsinfrastruktur in sagen wir Tschechien oder Kenia. Jede Gegenwehr wäre verboten oder unbezahlbar teuer. Was wertvoll und in Gemeinbesitz ist, muß privatisiert werden, aber der Rückweg, die Sozialisierung, muß voll entschädigt werden.

Ende des Schlafs der Gerechten

Unglaublich ist, daß seit zwei Jahren verhandelt wird, ohne daß die Öffentlichkeit informiert oder beteiligt wurde. Dem fraktionsunabhängigen Abgeordneten Kurt Neumann, der als erster deutscher Parlamentarier seit einem Jahr kritische Fragen an die Bundesregierung richtete,

wurde noch im Dezember mitgeteilt, es sei „nicht beabsichtigt, einen Entwurf des MAI der Öffentlichkeit“ zu unterbreiten. Mittlerweile allerdings sind auch die SPD, die PDS und die Grünen aufgewacht. Es hagelt zur Zeit parlamentarische Anfragen. Die SPD-Abgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk macht Druck im Wirtschaftsausschuß, der den Wirtschaftsminister Rexrodt dazu verurteilt, keine offiziellen Stellungnahmen zum MAI mehr abzugeben, solange der Ausschuß nicht umfassend informiert sei. Werner Schuster will das MAI entwicklungs-politisch unter die Lupe nehmen. Und Michael Müller erklärte aktuell, daß die SPD das MAI ablehnen werde. Dies ist schwer zu hoffen, aber bei der SPD weiß man nie... Der jüngste SPD-Parteitag hatte noch die Ablehnung des MAI, wie sie in einem Änderungsantrag zum Leitantrag gefordert wurde, von der Beratung abgesetzt.

Chancen der Verhinderung

Klar ist, der Vertrag müßte vom Europäischen Parlament, dem Bundestag und auch dem Bundesrat ratifiziert werden. Genug Gelegenheit also, das Abkommen zu Fall zu bringen. Wahrscheinlich wird der Öffentlichkeit noch ein wenig Zeit geschenkt, denn die Ministerratstagung der OECD wird, so ist zu hören, nur eine politische Erklärung verabschieden und nicht den Vertrag. Dies liegt an massiven Konflikten zwischen der EU und den USA. Es geht vor allem um vier Fragen: Die EU kämpft gegen die völkerrechtswidrigen Sekundärboycottmaßnahmen der USA im sogenannten Helms-Burton- und D'Amato-Act (alle Firmen, die mit Kuba, Libyen und Iran handeln, bekommen US-Handelsverbot) – freilich nicht wegen Kuba, sondern der Geschäftsinteressen nicht zuletzt der Bundesrepublik im Iran wegen. Die EU ist außerdem am Schutz ihrer fortschreitenden Binnenmarktintegration interessiert (sog. REIO-Klausel) und schließlich wünscht vor allem Frankreich eine Ausnahme zum Schutz des nationalen Kulturgutes. Die USA hingegen fordert Bestandsschutz ihrer föderalen Wirtschaftsgesetzgebung und hält eisern am Helms-Burton-Gesetz aus Gründen „nationaler Sicherheit“ fest.

Die beantragten Ausnahmelisten zum MAI werden immer länger, trotzdem besteht die Gefahr, daß in einem großen Deal EU und USA die Streitfragen gegeneinander aufrechnen und zu Potte kommen.

Weltweiter Widerstand ist also angesagt. Die Chancen dafür wachsen. In Kanada und in anderen OECD-Ländern gibt es breite Koalitionen von Gewerkschaften und NRO's (Nichtregierungsorganisationen). In Deutschland haben die NRO's Germanwatch und WEED (Homepage mit Infos: www.comlink.apc.org/weed) gerade eine Informationsoffensive zum MAI begonnen.

Es geht vordergründig um Investitionsschutz, Rechtssicherheit und die Zusammenfassung der vielen bilateralen Investitionsabkommen weltweit, tatsächlich wird aber nicht weniger verhandelt als eine „neue globale Verfassung“.

* Dr. Frank Wilhelmy, Politikwissenschaftler, Bonn, Mitglied der spw-Redaktion

Vielleicht steigt endlich auch der schnar-chende DGB ein, der aktuell von den Vertretern des Sekretariats der bei der OECD akkreditierten Gewerkschaften gebrieft wird.

Das Merkmal „Frau“ hat ... keinerlei Bezug zum Leistungsgrundsatz – ebensowenig wie etwa die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder der Gesichtspunkt der Schwerbehinderung. (OVG Lüneburg am 11. August 1995)

Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden. (Berliner Grundsatzprogramm der SPD am 20. Dezember 1989)

1. Alles, was Recht ist

Endlich: Am 11.11.1997 ist es soweit. Nicht, daß die fünfte Jahreszeit beginnt. Das spielt in Berlin sowieso kaum eine Rolle. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheidet nach fast genau zwei Jahren im Rechtsstreit Hellmut Marschall gegen das Land Nordrhein-Westfalen: Die EG-Gleichbehandlungsrichtlinie „steht einer nationalen Regelung nicht entgegen, nach der bei gleicher Qualifikation von Bewerbern unterschiedlichen Geschlechts ... weibliche Bewerber in behördlichen Geschäftsbereichen, in denen im jeweiligen Beförderungsamte einer Laufbahn weniger Frauen als Männer beschäftigt sind, bevorzugt zu befördern sind, sofern nicht in der Person eines männlichen Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen ...“

Die Sprache ist schlimm (weibliche Bewerber) und schwer verständlich, der Inhalt aber durchaus positiv. Nun steht fest, daß eine Bevorzugung von Frauen durch leistungsbezogene Quoten jedenfalls dann nicht gegen europäisches Recht verstößt, wenn eine „Härteklause“ für Männer besteht. Das ist aber in den meisten Gleichstellungsgesetzen der Länder so und auch im nordrhein-westfälischen Beamtenengesetz, um das es hier ging.

Erinnern wir uns: Am 17. Oktober 1995 hatte der EuGH im berühmten Fall „Kalanke“ den § 4 des Bremer Gleichstellungsgesetzes für unvereinbar mit dem europäischen Recht erklärt. Diese Vorschrift enthielt keine Härteklause. Seitdem hatten eine ganze Reihe von unteren Gerichten dem EuGH Quotenregelungen mit Härteklause vorgelegt, um diese für unver-

Durchgesetzt werden müßte mindestens ein Verhandlungsmoratorium, später die Ablehnung des MAI, es sei denn, man könnte die Verhandlungen koppeln an die Durchsetzung

einbar mit dem europäischen Recht erklären zu lassen. So auch das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Durch Vorlagebeschluß vom 21. Dezember 1995 schickte es den Fall Marschall nach Luxemburg.

Nach der Kalanke-Entscheidung glaubten auch viele Frauen, daß der Gleichstellungsansatz über die Quote endgültig gescheitert sei. Die Umsetzung der Quotenregelungen kam nicht voran, wobei sich männlich geprägte Verwaltungen nur zu gerne hinter der angeblichen Notwendigkeit versteckten, doch erst den neuen Spruch des EuGH abzuwarten. Die jetzige für viele unerwartete Entscheidung kann helfen, Resignation und Stillstand zu überwinden.

Zu optimistischem Überschwang besteht aber kein Anlaß: Bereits am 02. Dezember faßt das Berliner Verwaltungsgericht einen Beschluß, in dem es wieder einmal die Beförderung einer Frau stoppt. Das geschieht in einem „Eilverfahren“, in dem die Akte schon ein Jahr bei Gericht schmort. Es sollte wohl erst die vermeintlich quotenfeindliche Entscheidung des EuGH abgewartet werden. Dann hätte sich das Problem ja praktisch von selbst erledigt. Nun ist es aber anders gekommen. Doch: Man(n) weiß sich zu helfen: Das Verwaltungsgericht kann eben „nicht erkennen, daß hinsichtlich der Gewährleistung der Einzelfallgerechtigkeit irgendwelche Erwägungen angestellt worden sind.“ Deshalb erklärt es die Bevorzugung der Frau für „mehr als zweifelhaft.“ Vor allem – und jetzt wird das Kampffeld gewechselt – äußert es grundsätzliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Quotenregelungen überhaupt. Es könne „Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 GG [Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.] nicht so verstanden werden, daß es nunmehr rechtens sein soll, Frauen wegen der zurückliegenden Benachteiligungen anderer Frauen zu Lasten männlicher Personen zu bevorzugen.“ Die Frage, wie die genannte Bestimmung des Grundgesetzes sonst zu verstehen sein könnte, wird umgangen. – Einen Tag

weitreichender Umwelt- und Sozialstandards, sowie z.B. an die Einführung der Tobin-Tax. Soweit sind wir aber lange nicht.

spw wird weiter berichten. spw

Die Rechtmäßigkeit der Quote

Ein Lehrstück, das noch nicht abgeschlossen ist

von Ulrike Neumann*

zuvor hat übrigens das Bundesarbeitsgericht seine Rechtsprechung bestätigt, daß die Quote mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

2. Der Kampf ums (Gleichstellungs-) Recht

Wenn rechtliche Regelungen – auch im Kampf um die Überwindung männlicher Privilegien – Waffenstillstandslinien sind, so müssen wir lernen, daß diese nicht für die Ewigkeit festliegen. Gerade in den juristischen Apparaten wird nach Niederlagen immer wieder versucht, die patriarchalische Interpretationshoheit erneut herzustellen. Wenn Frauen hier versuchen wollten, das einmal Erreichte nur zu verteidigen, wäre die Niederlage vorprogrammiert: Wenn wir nicht voranschreiten, werden wir zurückgeworfen! Die Durchsetzung emanzipatorischer Interpretationsweisen erfordert eine offensive Bezugnahme auf die Grundrechte und Staatsziele der Verfassung.

3. Die Realität des Erwerbslebens

„Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen gleich bewertet und zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden. Wer Familien- und Gemeinschaftsarbeit leistet, darf im Erwerbsleben nicht benachteiligt werden. ... Die Erwerbsarbeit hat zentrale Bedeutung für das Bewußtsein und das Selbstbewußtsein der Menschen. Sie vermittelt Selbständigkeit und soziale Anerkennung, bestimmt Lebensbedingungen und Entfaltungs-

Rechtliche Regelungen – auch im Kampf um die Überwindung männlicher Privilegien – sind Waffenstillstandslinien, die nicht für die Ewigkeit festliegen. Gerade in den juristischen Apparaten wird nach Niederlagen immer wieder versucht, die patriarchalische Interpretationshoheit erneut herzustellen.

* Ulrike Neumann, MdA, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

chancen, erleichtert gesellschaftliches und politisches Engagement, sichert materielle Unabhängigkeit.“ (Berliner Programm)

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat in der Europäischen Union in den letzten 20 Jahren zugenommen. Das gilt auch für den Westteil Deutschlands, während im Ostteil die Frauenbeschäftigung zurückgegangen ist, aber immer noch über der im Westen liegt. Dabei ergibt sich, „daß es in allen Ländern vor allem Frauen mit Kindern sind, bei denen die Erwerbsbeteiligung stark gestiegen ist.“ (Friederike Maier: Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den Staaten der Europäischen Union, Aus Politik und Zeitgeschichte B 52/97, S.15) Die gestiegene Beschäftigungsquote beruht nicht etwa auf der Verdrängung von Männern, sondern zu einem wesentlichen Teil auf befristeten, auf schlechter bezahlten und auf Teilzeit-Arbeitsverhältnissen bis hin zu 620-DM Jobs. „Ein Großteil der Beschäftigungsgewinne der Frauen beruht darauf, daß sie diskriminiert und zu anderen Bedingungen beschäftigt werden als Männer.“ (Friederike Maier)

Nur in Teilbereichen, vor allem des öffentlichen Dienstes, ist der Anteil der Frauen an den „besseren Jobs“ gestiegen. Von einer Gleichstellung kann aber insgesamt nicht die Rede sein. An der Notwendigkeit qualifizierter Gleichstellungspolitik hat sich grundsätzlich nichts geändert.

4. Verschlankung und Privatisierung

Gegenwärtig wird der Anwendungsbereich der Gleichstellungsgesetze dadurch eingeschränkt, daß im Öffentlichen Dienst ein Personalabbau stattfindet. Das geschieht bislang noch kaum durch betriebsbedingte Kündigungen, sondern durch den Nichtausgleich „natürlicher Abgänge“. Hinzu kommen Privatisierungen von öffentlichen Betrieben und Einrichtungen, durch die die dort Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst ausscheiden.

Die Vorschriften der LGG setzen an freiwerdenden Stellen an. Sie sehen keine Regelungen bei „Personalabbaumaßnahmen“ vor. Hier sind Änderungen erforderlich. Auch muß im Rahmen von Privatisierungen mit den jeweiligen Erwerberrn eine vertragliche Bindung entsprechend den Gleichstellungsregelungen vereinbart werden.

5. Auftragsvergabe und Subventionsgewährung

In einigen Landesgleichstellungsgesetzen ist die Möglichkeit vorgesehen, die

Vergabe von Aufträgen oder die Gewährung von Subventionen an Verpflichtungen zur Frauenförderung zu koppeln. So kann Gleichstellung auch in den privatwirtschaftlichen Bereich umgesetzt werden. In Berlin wird aktuell an einer Reform der entsprechenden Vorschriften gearbeitet. In der jetzigen Form können sie nicht umgesetzt werden können. (Ein Entwurf mit ausführlicher Begründung kann bei der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus angefordert werden.) Gegen dieses Projekt gibt es vehemente Widerstände. Die Argumente reichen von den ebenso bekannten wie unzutreffenden verfassungsrechtlichen Bedenken über Hinweise auf die EG-Vergaberichtlinien hin zu dem neuen im Gesetzgebungsverfahren befindlichen nationalen Vergaberecht.

Zu unrecht wird vor allem – wieder einmal – auf das europäische Recht gesetzt, das angeblich verbiete, die Vergabe von der Erfüllung sozialpolitischer Bedingungen abhängig zu machen. Dabei hatte der EuGH bereits 1988 festgestellt: „Die Bedingung der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen ist mit der Richtlinie vereinbar, wenn sie nicht unmittelbar zu einer Diskriminierung der Bieter aus anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft führt.“

Gegenwärtig versucht die Regierungskoalition eine Regelung durchzusetzen, die die Berücksichtigung „vergabefremder“ Kriterien verbietet: „Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben; weitergehende Anforderungen dürfen an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundesgesetz vorgesehen ist.“ Dem hat der Bundesrat ausdrücklich widersprochen und die Möglichkeit der Festlegung anderer und weitergehender Anforderungen durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften des Bundes und der Länder gefordert.

Der (erfolglose) Vorstoß zur Ausgrenzung von Sozialstaat und Gleichstellung aus dem Vergaberecht ist Ausdruck eines marktradikalen Neo-Liberalismus, der eine andere Republik anstrebt. Das Verbot des Bundeskartellamts, Aufträge von Tariftreueerklärungen abhängig zu machen, liegt auf derselben Linie, ebenso die vielfältigen Ansätze zur Aushebelung des Tarifrechts.

6. Globalisierung und Internationalisierung

Der Abbau von erkämpften emanzipatorischen, sozialen und ökologischen

Standards wird weitgehend mit den Notwendigkeiten der Standortsicherung im Zeichen der Globalisierung und der Anpassung an internationale Rahmenbedingungen begründet.

Nicht zufällig versuchen Gleichstellungsgegner daher, sich sowohl hinsichtlich der Quote als auch hinsichtlich der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf EG-Richtlinien zu berufen. Allerdings zu unrecht; denn es war gerade das EG-Recht, von dem erste Anstöße zu einer tatsächlichen Gleichstellung, insbesondere der Lohngleichheit, ausgingen. Dem lagen durchaus ökonomische Interessen zugrunde: „Frankreich, welches schon 1957 den Grundsatz des gleichen Arbeitsentgelts für Frauen und Männer in seinen Gesetzen vorschrieb, befürchtete wirtschaftliche Nachteile, wenn in anderen Mitgliedsstaaten Frauenarbeit geringer entlohnt werden konnte als im eigenen Land.“ (Oetker/Preis: Recht der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Europäischen Union, S. 21)

Daraus können wir lernen: Wenn wir verhindern wollen, daß erreichte Standards der Standortkonkurrenz zum Opfer fallen, müssen wir eben diese Standards durch verbindliche völkerrechtliche Regelungen internationalisieren. Gleichstellungspolitik darf daher nicht an den nationalen Grenzen enden. Sie kann sich übrigens auch nicht auf Europa beschränken, sondern muß die Setzung internationaler Handels- und Investitionsbedingungen durch die UNO und die weltweiten Wirtschaftsorganisationen wie die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und die WTO (Welthandelsorganisation) zu beeinflussen suchen.

7. Politikwechsel auf Bundesebene

Auch auf Bundesebene gibt es reichlich zu tun: Das „Frauenfördergesetz“ enthält keine Quotenregelung und ist letztlich weithin unverbindlich. Hier muß nachgebessert werden. Geändert werden muß auch das Beamtenrecht, insbesondere das Beamtenrechtsrahmengesetz, das Instanzgerichte immer wieder so interpretieren, als ob es Quotenregelungen auf Landesebene verbiete.

Die SPD tut gut daran, in ihr Wahlprogramm nicht nur auf Innovation, sondern auch auf Gerechtigkeit abzustellen, wobei Gerechtigkeit notwendig Gleichstellung einschließt. Dabei sind konkrete Aussagen gefragt. – Das kann ja auch eine Frage der Mehrheitsfähigkeit werden.

spw

Wenn wir verhindern wollen, daß erreichte Standards der Standortkonkurrenz zum Opfer fallen, müssen wir eben diese Standards durch verbindliche völkerrechtliche Regelungen internationalisieren. Gleichstellungspolitik darf daher nicht an den nationalen Grenzen enden.

Die Lage der SPD vor dem Parteitag war desolat, die Gefühlslage der Basis geprägt von Depression, Wut und Orientierungslosigkeit. Die Hoffnung war, der Parteitag und insbesondere der Vorsitzende können vielleicht doch noch einen Impuls nach vorne und hinaus aus dem Tal der Tränen geben.“¹

Mit diesen drastischen Worten wurde noch vor zwei Jahren der Bericht über den SPD-Bundesparteitag in Mannheim eingeleitet. Der amtierende Vorsitzende – Scharping – konnte die Hoffnung nicht erfüllen, stattdessen war es Lafontaine, der den Parteitag zu Begeisterungstürmen hinriß und schließlich als Parteivorsitzender Mannheim verließ. Die Wahl Lafontaines wurde auch in dem bereits zitierten Artikel durchaus als Chance gesehen: „Seine Rede auf dem Parteitag, seine Perspektive einer linken Mehrheit (...) das bietet auch den Linken in der SPD größere Spielräume, ihre Positionen wieder wirksam zur Geltung zu bringen. Sie müssen es allerdings auch tun, und zwar selber.“

Vom „Tal der Tränen“ auf den „Gipfel des Erfolgs“?

Und wenn die spw nach dem zurückliegenden Parteitag vom Dezember 1996 ein Schwerpunktheft mit dem Titel „Sozialdemokratie im Übergang“ herausbringt, so soll damit nicht der falsche Eindruck erweckt werden, die Sozialdemokratie in Deutschland befände sich heute im Übergang zu einer linken, gar sozialistischen Kraft. Der Befund ist sicher ernüchternd, wie der Parteitagsbericht von Roman Dütsch zeigt.

Doch das Tal der Tränen, in dem aber auch gar nichts zu gelingen schien, dürfte – für's Erste zumindest – durchschritten sein. Zumindest in der öffentlichen Berichterstattung kommt die SPD seit einiger Zeit deutlich besser weg. Und das Bedürfnis der Parteitagsregie, daß dies so bleiben und sich verstärken möge, war auf dem Parteitag ständig spürbar.

Die Sozialdemokratie befindet sich heute in einem Prozeß, mit dem sie den Übergang von einer 15jährigen Oppositionszeit in eine *neue sozialdemokratische Ära* einleiten will. Damit ist aber noch lange nicht alles zum Besten gestellt. Denn wenn im Folgenden von Übergang die Rede ist, dann ist damit auch gemeint, daß sie:

- sich bezogen auf ihre *klassenpolitische und ideologische Grundlage* zunehmend von der Orientierung auf die zentrale Bedeutung der Lohnarbeit und die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen im Kapitalismus verabschiedet;
- damit einhergehend eine *programmatische Umorientierung* von einer Partei der sozial-ökologischen Erneuerung, wie sie es noch mit dem Berliner Grundsatzprogramm andeutete, zur „sozialpatriotischen Wirtschaftsförderungspartei“² vollzieht;
- sich *organisationspolitisch* zunehmend von einer Mitgliederpartei zu einer medienfixierten, bald „virtuellen“, Partei entwickelt, die in ihrer Positionierung nicht mehr in den Strukturen der Partei stattfindet, sondern daraus nur noch alle zwei Jahre ihre Legitimation in zirkulierenden events bezieht.

Diese Tendenzen gelten bundesweit mit sicherlich vorhandenen Abstufungen. Die nordrhein-westfälische SPD hat dabei einen bedeutsamen Einfluß auf die Gesamtpartei, oder – passiver ausgedrückt – in Nordrhein-Westfalen fundiert sich so etwas wie der sozialdemokratische Mainstream. Deshalb haben Ereignisse, die von

Sozialdemokratie im Übergang

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Reinhold Rünker*

NRW ausgehen, ihre Bedeutung auch für die Gesamtentwicklung der Partei. Vor diesem Hintergrund muß der Beitrag von *Svenja Schulze* über den Umgang der SPD mit ihrem Koalitionspartner besorgt stimmen. Nun wäre eine etwaige rot-grüne Bundesregierung sicher nicht mit der in Düsseldorf gleichzusetzen. Doch ist nicht ausgeschlossen, daß Verhaltensweisen, wie sie in NRW etabliert worden sind, bei den Teilen der SPD handlungsleitend wirken, die mit der sozialökologischen Tradition, wie sie im Berliner Programm entwickelt wurde, zugunsten eines sozialdemokratisch geklonten Wirtschaftsliberalismus brechen wollen, wie Schulze andeutet.

Überhaupt führt das Berliner Grundsatzprogramm ein trauriges Dasein in der Sozialdemokratie. *Susi Möbbeck* hat verglichen, wie es um den in Hannover beschlossenen „Innovationsantrag“ in Bezug auf die Zielsetzungen des Berliner Grundsatzprogramms steht. Die unterschiedlichen Philosophien sind unverkennbar. Von einer Politik ausgewählter Wachstumsfelder, bewußter Technik- und Gesellschaftsgestaltung und sozialstaatlicher Verantwortung, wie sie in Berlin Ende 1989 formuliert wurden, hat sich die Sozialdemokratie weiter denn je entfernt.

Die Sozialdemokratie und ihre Linke

Wenn wir über die Lage der Sozialdemokratie reden, müssen wir auch über die sozialdemokratischen Linke sprechen, ob und wie weit sie Gestaltungsspielräume genutzt und möglicherweise ausgebaut hat.

Susi Möbbeck weist in ihrem Artikel auf die „Programmlinie“ hin, die sich in der Endphase der Programmdebatte gebildet hatte. Viele von ihnen zählen sich heute zum spw-Zusammenhang. Die Parteilinke ist insgesamt betrachtet dennoch eher schwächer geworden – wohl deshalb, weil sie zu lange daran geglaubt hat, daß sie über ihre RepräsentantInnen der 80er Jahre, die heute die Parteiführung stellen, die Linie der Partei maßgeblich

Doch das Tal der Tränen, in dem aber auch gar nichts zu gelingen schien, dürfte – für's Erste zumindest – durchschritten sein

Ob jedoch jenseit der zu führenden Abwehrkämpfe eine Gegenteilendenz etabliert werden kann, die eine eigene fortschrittliche Dynamik entwickelt, hängt davon ab, ob die Linke in der Sozialdemokratie ihre Vereinzelung überwindet.

* Reinhold Rünker, Historiker, führt z. Z. die Geschäfte des Juso-Landesverbandes NRW, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Leichlingen

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



zu prägen in der Lage sei. Diese nehmen *Frank Unger* und *Andreas Wehr* im internationalen Vergleich unter die Lupe und stellen fest, daß für sie „das traditionelle Primat des Klassengegensatzes kein Thema mehr war“, weshalb sie sich der neoliberalen Umwertung ehemals fortschrittlicher Positionen um der zu erreichenden Macht willen nicht entziehen können.

Ulf-Birger Franz weist in seinem Artikel darauf hin, daß es die Linke bis heute nicht vermocht hat, auf die Strukturbrüche nach dem Ende der Prosperitätskonstellation der Nachkriegszeit angemessen zu reagieren. Seine Erkenntnisse sind nicht neu, sie bleiben aber wichtig: die Linke wird nur dann die Köpfe und Herzen der Men-

schen gewinnen, denen sie sich verpflichtet fühlt, wenn sie glaubhaft deutlich machen kann, daß (und zumindest in Umrissen wie) es eine neue Prosperitätskonstellation geben kann. Dies ist auch Tony Blair, dem Liebling der

sozialdemokratischen Mächtigen-Modernisierer, nicht gelungen und seine Politik findet auf dünnem Eis statt, wenn die Einschätzung von *Thorben Albrecht* stimmt.

Ein vorläufiges Fazit

Die Übergangstendenzen haben sich gewiß negativ verstärkt, aber dabei handelt es sich nicht um quasi naturgesetzliche Entwicklungen, denen wir nur noch hilflos gegenüberstehen. Die Linke muß aber mehr Mut haben, sich von zerbrochenen Strukturen zu lösen und neue Lösungen für vorhandene Probleme zu finden. Verzögerung über das Ende einer heute grandios erscheinenden Epoche schadet auf Dauer nur.

Ob jedoch jenseits der zu führenden Abwehrkämpfe eine Gegentendenz etabliert werden kann, die eine eigene fortschrittliche Dynamik entwickelt, hängt davon ab, ob die Linke in der Sozialdemokratie ihre Vereinzelung überwindet. Ein Großteil derjenigen, die sich heute um eine Reorganisation der Parteilinken bemühen, ist im spw-Zusammenhang verankert. spw kann und

wird zwar nicht zum organisatorischen Zentrum der SPD-Linken werden – das darf sie auch nicht, wenn sie nicht den Anspruch aufgeben will, den Brückenschlag zwischen SPD-Linker und sozialistischer Linker außerhalb der SPD zu schaffen. Die spw will Sinnzusammenhänge in sozialistischer Tradition und Neubestimmung aufzeigen. Dabei wollen wir eben auch *handlungsorientierender Bezugspunkt* für die linken Kräfte in der SPD sein, die sich nicht der „gewöhnlichen Sozialdemokratie“ mit dem Zynismus ergeben wollen, daß die SPD schon immer so war, wie sie eben ist. In den Artikeln dieses Schwerpunktes sind eine Reihe von Anknüpfungspunkte hierfür genannt und in der Heftplanung für 1998 haben wir dieser Anforderung Rechnung getragen. Diskussionsbeiträge unserer LeserInnen dazu sind ausdrücklich erwünscht. Hoffen wir, daß die Linke nach einer für rot-grün positiv ausgegangenen Bundestagswahl besser dasteht als heute. Denn dann fängt die Arbeit erst richtig an.

Ein notwendiger Verweis: Jugend und SPD

Zum Schluß möchte kurz zu einem Thema kommen, das mit dem Heftschwerpunkt eng zu tun hat, nämlich dem Verhältnis der Sozialdemokratie zur Jugend, gerade auch der Studierenden. Daß die Sozialdemokratie gegenüber „Intellektuellen“ immer ein zwiespältiges Verhältnis hatte, soll mal dahingestellt bleiben. Daß sie durch ihr Verhalten in den aktuellen Hochschulkonflikten und bei dem Versuch, eine bundesweite Hochschulinitiative zu platzieren, ein größeres Maß an Glaubwürdigkeit und Verankerung erreicht hätte, muß wohl leider verneint werden.

Und die gute alte Tante SPD macht auch nicht den Eindruck, als würde sie stattdessen das Engagement der in der SPD aktiven Jugendlichen goutieren. Fast überall muß festgestellt werden, daß den Verjüngungsschwüren zum Trotz gerade mal zwei Handvoll Juso-KandidatInnen für die Bundestagswahl 1998 mit Erfolgsaussichten antreten können. Jedoch: diese Bundestagswahlen sind nicht die letzten Wahlen, bei denen eine personelle Erneuerung auf die Tagesordnung gehört. Aufgeschoben ist eben nicht aufgehoben. Solange Jusos sich als sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation in der SPD verstehen, werden sie um Ämter und Mandate kämpfen müssen.

Dabei zeichnet sich ab, daß mit einer ernstgenommenen jugendpolitischen Kampagnenorientierung und den Diskussionen um Jusos als „soziopolitische Kraft“ oder der Konstituierung einer „Jugendlinken“ bereits heute Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen der Verbandsentwicklung aufgeworfen sind. Der Juso-Verband tut deshalb gut daran, die Diskussion um den Umbau des Verbandes entschlossen anzugehen und ihn dann auch umzusetzen. Dies gilt erst Recht für die Reorganisation einer schlagkräftigen Studierendenstruktur. Zuviele Sentimentalitäten sind dabei fehl am Platz. Schließlich geht es darum, ob es auch nach dem Übergang in das nächste Jahrhundert eine Organisationsform gibt, in der Jugendliche sozialistische Theorie und Praxis nicht nur historisch, sondern als aktuelle Herausforderung begreifen.

spw

¹ Ralf Krämer/Benny Mikfeld/Joachim Schuster: Just „Lafontaine“?, in: spw Heft 86, November/Dezember 1995, S. 6-9
² Ralf Krämer: Die SPD-Linken nach dem Mannheimer Parteitag, in: spw Heft 87 (Crossover-Heft), April 1996, S. 9-11

Kaum ein Parteitag der SPD war so medienfixiert wie der letzte Anfang Dezember 1997 in Hannover. Bereits in der Antragskommission einige Wochen vor dem Parteitag zeichnete sich ab, daß mit aller Kraft nach Kompromissen gesucht werden sollte, um größeren inhaltlichen Streit zu verhindern. Dies wurde im Parteirat am Vorabend des Parteitages durch die Rede Oskar Lafontains noch einmal unterstrichen.

An den Stellen, wo es der Linken bis dahin gelungen war, koordiniert vorzugehen, BündnispartnerInnen in der Partei zu sammeln und Stärke zu zeigen, wie bei den Kombi-Löhnen, wurde eingelenkt. Bei anderen Positionen, wie z.B. der Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung oder einem ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm, blieb es bei den im Innovationsantrag zementierten Positionen Schröders.

Die unbestrittenen Erfolge, die die Linke in der Antragskommission erringen konnte und die in einigen Punkten zentrale Säulen der Schröderschen Wirtschaftspolitik ankratzen, schienen den Konservativen gleichgültig zu sein. Während sich die Linke noch an Spiegelstrichen abarbeitete, waren durch eine intelligente Inszenierung des Parteitages und eine selbst hochgezogene Medienfixierung der Einheitswille auf dem Parteitag und das Signal, das er aussendete, längst festgelegt.

Zentraldebatte Innovationsantrag

Nicht nur das Motto des Parteitages, sondern auch die Vorbereitungen für die Innovationsdebatte am letzten Tag machen deutlich, daß dies die zentrale Debatte des Parteitages war. Für die strategischen Überlegungen schien es nahezu unwichtig zu sein, ob sich nun Schröder in Reinkultur oder in der Fassung der Parteilinken auf dem Parteitag durchsetzt. Wichtig allein war das Signal, daß ein Antrag unter dem Motto „Innovationen für Deutschland“ beschlossen wird, der aus der Feder Gerhard Schröders stammt. (Anders ist auch der nahezu gegenwehrlose Positionsverlust in dem Antrag nicht zu erklären).

Wenn die Linke es nicht zulassen wollte, daß die Positionen des Niedersachsen Stück für Stück in die reale Parteipolitik einsickern, mußte sie demnach ein klares und öffentliches Signal gegen den Antrag setzen. Eine auf die Schlußabstimmung fixierte Strategie (Ablehnung des Innovationsantrages) wäre gescheitert, da durch die Medienfixierung des Parteitages auch der Druck zur Einheitsdemonstration gestiegen war. Es hatte sich jedoch abgezeichnet, daß zumindest an zwei Punkten das Innovations-Kartenhaus zusammenklappen könnte und ein Erfolg für die Linke auch sichtbar würde.

Zukunftsinvestitionsprogramm

Mit aller Macht hat die Parteispitze versucht, das Wort „Zukunftsinvestitionsprogramm“ (ZIP) aus dem Antrag fernzuhalten. Noch beim Parteirat hatte Oskar Lafontaine mit aller Macht des Vorsitzenden gegen ein solches Programm gewettert und die Anwesenden aufgefordert, in ihren Delegationen dafür Sorge zu tragen daß eine solche Forderung keine Mehrheit erhält.

Offensichtlich hatte es die Linke auch in diesem Bereich geschafft, Kräfte zu bündeln und eine starke Kraft darzustellen, die auf dem Parteitag nicht zu unterschätzen war. Darüber hinaus sind die Gegner des ZIP aufgrund mangelnder Argumente kaum in der Lage, Debatten um das Für und Wider eines solchen Programms durchzuführen. So wurde also zu dem beliebten Mittel der Parteidiszi-

„Hauptsache es kommt gut rüber“

SPD auf dem Weg zur Medienpartei

von Roman Dütsch*

plin gegriffen, um die ungewollte Positionierung zu verhindern.

Anders als bei den Kombi-Löhnen wurden im Bereich des ZIP kaum Zugeständnisse gemacht. Steht doch ein solches Programm dem versteckten Leitgedanken des Innovationsantrages diametral entgegen: Statt Flexibilisierung, Deregulierung und Angebotsorientierung sollte hier eine Position für eine staatlich lenkende, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden. Eine Kröte, die für Schröders Hals einfach zu fett war.

Arbeitszeitverkürzung

Ähnlich stand es um die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung. Da im Leitantrag Flexibilisierung gepredigt und eine unternehmensorientierte Arbeitsmarktpolitik offensichtlich wird, mußte die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung zu einem nicht minder schweren Konflikt mit dem Antragsteller auslösen.

Da sowohl das ZIP als auch die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung in den Delegationen weitestgehend verankert waren, hätte mit einer Konzentration der Kräfte auf diese beiden Auseinandersetzungen der Logik des Innovationsantrages ein schwerer Schlag versetzt werden können. Ebenso klar war jedoch auch, daß ein Erfolg der Linken in diesem Bereich auch offensiv nach außen als Erfolg gegen die Leitlinien des Innovationsantrages hätte verkauft werden müssen.

Ziel verfehlt

Die Medienfixierung des Parteitages war der Linken bewußt. Klar ist auch, daß der Wortlaut des Innovationsantrages nach dem Parteitag kaum noch jemanden interessiert. Die Linke hatte sich also zum Ziel gesetzt, auf die Außenwirkung zu orientieren und deutlich zu machen, daß die Leitlinien des Innovationsantrages an einigen Stellen erfolgreich durchbrochen werden können.

Trotz der vielen Spiegelstriche und Einfügungen, die im Laufe der Antragsberatungen in der Antragskommission und im Plenum in den Antrag eingefügt werden konnten, muß nüchtern festgestellt werden, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde. Im Gegenteil: Obwohl es gelungen war, die Forderung nach Kombi-Löhnen herauszunehmen, tragbare Formulierungen zum Öko-ZIP und zur Ar-

Während sich die Linke noch an Spiegelstrichen abarbeitete, waren durch eine intelligente Inszenierung des Parteitages der Einheitswille auf dem Parteitag und das Signal, das er aussendete, längst festgelegt.

* Roman Dütsch, Mitglied des geschäftsführenden SPD-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt und Mitglied der Antragskommission für den SPD-Bundesparteitag 1997

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



beitszeitverkürzung hereinzustimmen und gegen die Antragskommission Positionen zur Gentechnik durchzusetzen, war in der Medienberichterstattung von Niederlagen der Linken und einem Sieg Schröders die Rede.

Kaum koordiniertes Vorgehen der Linken

Diese Tatsache allein auf die verfälschende Berichterstattung der Medien zu schieben, ist falsch. Zum einen wurde offensichtlich verkannt, daß die Amerikanisierung der SPD-Politik immer weiter voranschreitet und längst die Inszenierung eines Parteitages wichtiger ist als dessen inhaltliche Auseinandersetzungen. Aussichtsreiche Versuche seitens der Linken, auf die Inszenierung Einfluß zu nehmen, waren kaum erkennbar.

Andererseits „glänzte“ die Linke wieder einmal durch unkoordiniertes Vorgehen und Spiegelstrichfechtere. Anstatt sich aufgrund der Zentralität des Innovationsantrages auf diesen zu konzentrieren und hierbei zu versuchen, die zwei entscheidenden Debatten zur Arbeitszeitverkürzung und zum ZIP mit aller Macht zu führen, um schließlich Alternativformulierungen über den Parteitag durchzusetzen, was die entsprechende Außenwirkung gehabt hätte, wurden Nebenkriegsschauplätze eröffnet und bis

zur Abstimmung innerhalb der Linken darüber gestritten, wer denn nun die richtige Formulierung für die Forderung nach einem ZIP habe.

Trotzdem gelang es insbesondere den Jusos, für das Öko-ZIP eine für die Parteispitze unüberschaubare Macht zu formieren. Doch anstatt diese Situation zu nutzen und auf eine Abstimmung zu fixieren, die u.U. gewinnbar gewesen wäre, wurde von führenden Vertretern des Frankfurter Kreises eine Formulierung mit Scharping verhandelt und diese dann in den Antrag eingefügt. Klar, daß die Medien dies nicht als Erfolg der Linken erkennen konnten, zumal wenige VertreterInnen der exponierten Linken sich die Mühe machten, den MikrophonträgerInnen dies zu erklären.

Vorstandswahlen

Zu guter letzt sind die Vorstandswahlen nur noch einmal Ausdruck dieser Tendenz. Während bei den Linken Eintracht gepredigt wurde und damit fast alle konservativen KandidatInnen den Sprung in den Vorstand im ersten Wahlgang schafften, wurden fast alle linken KandidatInnen in die zweite Runde geschickt. Daß auch dies nicht grade dazu beitrug, daß die MedienvertreterInnen die Linke als starke Kraft auf dem Parteitag zu erkennen vermochten, braucht kaum erwähnt zu werden.

Fazit

Der Parteitag von Hannover war offensichtlich der letzte vor den Bundestagswahl, auf dem eine inhaltliche Auseinandersetzung noch führbar und gewinnbar gewesen ist. In Leipzig wird im April Einheit zu demonstrieren sein, wenn die Parteitagsdelegierten den vom Präsidium bestimmten Kanzlerkandidaten bestätigen dürfen und an der notwendigen Eintrachtdemonstration wird sich auch auf dem darauf folgenden Parteitag nichts ändern.

Fraglich ist, wie nun im Wahlprogramm und nachfolgend im Regierungs- und Koalitionsprogramm Positionen für eine zukunftsfähige, linke Politik verankert werden sollen, da in Hannover einige Chancen verspielt wurden und Schröder und andere die Medienorientierung geschickt für ihre Positionen ausnutzen, während die Linke eher das Gegenteil tut. In jedem Fall bedarf es dazu eines koordinierteren, zielorientierteren und konzentrierteren Vorgehens der Linken.

spw

Die stoische Philosophie ist als eine atheistische Philosophie konzipiert und erkannt. Die Schriften der Stoiker werden vom Hrsg. erstmals ohne alle theistischen Interpolationen des Altertums und Mittelalters präsentiert:

Die >Bibel< der Freidenker - Die Umwertung aller Werte

Die stoische Philosophie ist ein >gebahnter Weg< für den Existentialisten zu einem glücklichen Leben.
353 S., DIN A4, ISBN 3-925101-30-6, DM 79,80.

Quo vadis Kaiser Nero? - Die Rehabilitation Neros und der stoischen Philosophie

Kaiser Nero war das genaue Gegenteil dessen, als was er von den antiken Propagandisten hingestellt wurde,
300 S., Format DIN A5, ISBN 3-925101-31-4, DM 49,80.

Der Illuminat und Stoiker Goethe

Eine literarische Sensation: Der Illuminat J. W. Goethe war ein Existentialist und ein Stoiker. Der Autor ist überzeugt, vier anonyme, davon zwei gesellschaftskritische (philosophische!) Werke Goethes entdeckt zu haben.
601 S., DIN A5, ISBN 3-925101-39-X, DM 98,80.

Ausführliche Informationen von: Asclepios Edition - Lothar Baus
Zum Lappentascher Hof 65, D-66424 Homburg/Saar

Lizenznehmer im In- und Ausland gesucht.

Die rot-grüne Koalition in NRW machte zum Jahresende 1997 wieder einmal Schlagzeilen. Und auch diesmal ging es nicht um ausstrahlungsfähige Projekte dieser Koalition, sondern um den Dauerstreitfall Garzweiler II.¹ Der aktuelle Konflikt begann kurz vor Weihnachten mit der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans für den Braunkohletagebau durch das Bergamt Düren. Dieser wurde vom zuständigen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement gebilligt, obwohl Bärbel Höhn – die als Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft die wasserrechtlichen Prüfungen vornehmen muß, dagegen votiert hatte.

Am Abend des 17. Januar 1998 hatte die Koalition ihre Belastungsprobe dann zunächst einmal überstanden. Der Sonderparteitag von Bündnis'90/Die Grünen in Jüchen hatte mit einer Mehrheit von 144 zu 95 Stimmen entschieden in der Koalition zu bleiben, auch wenn sie den genehmigten Rahmenbetriebsplan für „widersprüchlich [und] in einigen Passagen rechtswidrig“ hielten.²

Die Ursachen des Konfliktes liegen tiefer; sie wurzeln nicht nur in unterschiedlichen Positionen zur Zukunft der Energiepolitik, die sich schon im Koalitionsvertrag widerspiegeln. Dieser hielt an dem schon damals als schwierigsten Punkt erkannten Garzweiler II lediglich den Dissens der beiden Koalitionspartner fest sowie die Verständigung auf Verfahrensfragen und die Zusage, daß dieses Verfahren nach „Recht und Gesetz“ ablaufen solle.

Der Konflikt, der in der Düsseldorf Koalition ausgefochten wird, steht für das ungeklärte Verhältnis zwischen einer in weiten Teilen strukturkonservativen Sozialdemokratie einerseits und einer in großen Teilen sich weiterhin dem Verständnis als organisierende Gegenmacht zur etablierten Politik verpflichteten fühlenden grünen Partei andererseits. Auch wenn beide nordrhein-westfälischen Parteien sicher nicht für die Gesamtheit ihrer Bundesparteien stehen, haben sie doch prägenden Einfluß. Eine bundespolitische Rot-Grün-Konstellation wird sich kaum unabhängig von seinen beiden größten Landesverbänden erfolgreich bilden können. Insofern haben die Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen eine große bundespolitische Bedeutung, die allen Beteiligten in den zurückliegenden Konflikten bewußt ist.

Bewußte Eskalation?

Die Genehmigung des Großprojektes „Garzweiler II“, das immerhin einen Zeitraum von 2006 bis 2046 umfaßt, erfolgt in mehrere Schritte. Zwischen den beiden Koalitionspartnern gab es ausführliche Verhandlungen, um zunächst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Die Einschätzung der Grünen war, daß es „konsensuale Grundlinien“ der Verhandlung über diese Genehmigung gab, die von Clement „ohne ersichtlichen Grund“³ verlassen wurden. In der SPD Fraktion und im SPD Landesvorstand wurde dies bestritten. Vielmehr wurde dort behauptet, daß es im Rahmen des Verfahrens kaum Handlungsspielräume gegeben habe.

Auch wenn Johannes Rau in einem Brief an die Vorstandsmitglieder der SPD-Bezirke und Unterbezirke von beiden Koalitionspartnern „ein hohes Maß an Sensibilität und Klugheit“⁴ eingefordert und sich für die Fortsetzung der Koalition ausgesprochen hat, bleiben eine Menge Fragen.

An die SPD lauten sie z. B., ob dieses Maß an „Sensibilität und Klugheit“ wirklich in jeder Phase der Verhandlungen aufgebracht wurde, oder ob Teile von Fraktion und Kabinett bewußt eine konfrontative Linie eingeschla-

Kein Ende vor der Wende! Rot-Grün in NRW

von Svenja Schulze *

gen haben, weil diese Koalition nicht ihren Vorstellungen von einer „innovativen Wirtschaftspolitik“ entspricht, die sie sich sowohl für NRW als auch für ganz Deutschland wünschen? Geht es überhaupt noch um den Abbau der Braunkohle in Garzweiler II oder wäre der Konflikt sonst an einem anderen Thema (z.B. Flughafenausbau) hochgezogen worden? Wird diese Krise bewußt medienwirksam in der Weihnachtspause inszeniert, um Rot-Grün auch für die Bundestagswahl zu demontieren?

Die Beantwortung dieser Fragen bleibt vorerst Spekulation. Der geschickt gewählte Zeitpunkt in der Weihnachtspause gibt diesen Spekulationen allerdings Nahrung.

Und so orakelt denn die konservative Presse: „Ohne die grünen Mitglieder der Landesregierung läßt sich das weitere Garzweiler-Verfahren nicht einmal mehr verzögern. Das noch ausstehende wasserrechtliche Verfahren wäre von einer Landesregierung, der nur noch SPD-Minister angehören, locker in einem Vierteljahr zu erledigen.“⁵

Eine genaue Antwort darauf wird wohl nur der sehr kleine Kreis der unmittelbar an den Entscheidungen Beteiligten geben können. Dies kann man – hoffentlich bald – in deren Memoiren nachlesen.

Mit dem Verbleib in der Koalition verfügen Bündnis 90/Die Grünen durch die Person von Umweltministerin Höhn, deren Haus auch oberste Wasser-, Naturschutz und Raumordnungsbehörde ist, weiterhin über einige nicht unwichtige Hebel, mit denen sie „nach Recht und Gesetz“ den von Clement genehmigten Rahmenbetriebsplan zwar nicht widerrufen, aber je nach dem Ergebnis der Prüfungen die Umsetzung von Garzweiler II vielleicht doch noch verhindern können.

Gerade angesichts der jetzt aufkommenden Diskussion über die Nicht-Realisierung der neuen KoBra-Kraftwerkstechnologie (Kombikraftwerk mit integrierter Braunkohlevergasung, deren Einführung im Zuge eines großen Modernisierungsprogramms RWE zugesagt hatte und die eine deutliche Verbesserung des Wirkungsgrades und damit Verringerung der CO₂-Emissionen aus der Braunkohleverbrennung bringen soll) sieht selbst ein noch in der letzten Landtagsperiode mit absoluter Mehrheit beschlossener Antrag der SPD vor, den Braunkohleplan Garzweiler II zu überprüfen.⁶

Viele Fragen wird wohl nur der sehr kleine Kreis der unmittelbar an den Entscheidungen Beteiligten beantworten können. Dies kann man – hoffentlich bald – in deren Memoiren nachlesen.

*Svenja Schulze, Mitglied des Landtags NRW und des SPD-Landesvorstandes NRW, lebt in Hattingen

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Die SPD – zwischen Erneuerung und Erstarrung

Teile der SPD haben den Verlust der absoluten Mehrheit in NRW immer noch nicht akzeptiert. Der Widerwillen gegen diese Koalition ist vor allem in der Fraktion immer wieder auffällig. Günter Bannas hat die Situation der SPD in der Süddeutschen Zeitung treffend zusammengefaßt, wenn er schreibt: „Die SPD dort ist von besonderer Art: Verwöhnt von jahrzehntelangem Alleinregieren; aller wirtschaftlicher Modernisierung im Lande zum Trotz immer noch von alten Industrien geprägt; gebeutelt von dem Nachfolgekonflikt zwischen dem alternden Rau und dem (ebenfalls nicht jünger werdenden) Clement.“⁷

Es gibt SozialdemokratInnen in NRW, die immer noch glauben, das ausschlaggebende WählerInnenpotential der SPD sei die traditionelle Industriearbeiterschaft der Kohle- und Stahl-Revier. In der Realität besteht für die

SPD in NRW die größte Herausforderung darin, neue WählerInnengruppen anzusprechen, ohne die Bindung an die klassischen Milieus zu verlieren. Diese Anforderung scheint führenden Akteuren der SPD wenn überhaupt klar, so doch nicht wichtig genug zu sein, denn die fast völlige Negierung der zumindest auf dem Papier erfolgten pro-

grammatischen Erneuerung der Partei seit Mitte der 80er Jahre, z.B. im Verhältnis von Arbeit und Umwelt, dürfte eine moderne Industrie- und DienstleistungsarbeitnehmerInnenenschaft eher abschrecken. Da hilft es dann auch nicht, wenn man weiterhin in die Leitanträge zu Parteitage Floskeln wie: „Die Verbindung von Arbeit und Umwelt bleibt ein zentrales Leitprojekt unserer Politik“⁸ aufnimmt. Mit dem, was man als Politik von der NRW-SPD wahrnehmen kann, hat diese Wunschformel derzeit wenig zu tun. Gabi Behler und Axel Horstmann ist zuzustimmen, wenn sie Mitte 1995 feststellten: „Die Bereitschaft der NRW-SPD, sich auf ein zukunftsweisendes Reformprofil einzulassen, ist mehr als unterentwickelt.“⁹

Viele glauben sogar, daß man in dem Konflikt um Garzweiler II letztendlich das wirtschaftspolitische Profil der SPD geschärft habe. Man glaubt dabei, dieses Profil mit der auf dem Energiesektor wenig zukunftssträchtigen

Braunkohle und einem Großprojekt, das „ökologisch fragwürdig und ökonomisch riskant“¹⁰ ist, zu gewinnen. Umweltpolitik verkommt in dieser Debatte zum Wurmfortsatz der Wirtschaftspolitik.

Führende NRW-Sozialdemokraten sind gerade durch ihre Wirtschaftspolitik nicht als Verfechter eines Politikwechsels bekannt geworden. Sie klonen mit einigen sozialdemokratischen Akzenten die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Schon von daher kann man sich erklären, warum sie Neuwahlen in NRW für einen „reizvollen Gedanken“¹¹ halten, und die Fragen der Koalitionsfähigkeit der SPD zu allen Seiten hin offen halten wollen. Dabei wäre sowohl bei einer großen Koalition als auch bei einer Koalition mit der FDP das Primat der Wirtschaftspolitik über die Umwelt – anders als bei Rot-Grün – sicherlich nicht das Problem.

Nach WählerInnenumfragen vom Jahresbeginn boten sich in NRW beide Parteien an. Glaubt man einer WDR-Umfrage, hätte bei Wahlen in NRW die SPD 44% zu erwarten gehabt (-2%), die CDU 34% (-4%), Die Grünen hätten 14% (+4%) erzielt und die FDP wäre mit 5% wieder in den Landtag gekommen.¹²

Hinzu kommt eine Strategie des Mürbe-Machens der Grünen, die darauf zielt, den kleineren Partner zu demütigen und wenn möglich spalten, weil man sich durch eine derartige Umgehungsweise ein starkes SPD-Profil verspricht.

Zunehmende Verengungen in der NRW-SPD?

Dieser Stil der Ausgrenzung ist aber nicht nur im Umgang mit dem Koalitionspartner ein prägendes Element. Auch in der innerparteilichen Debatte nimmt die Konzentration auf den scheinbaren Kern der SPD-Mitgliedschaft zu.

Bisher galt der – auch nicht konfliktfreie – Stil des „Versöhnen statt Spalten“, den Johannes Rau zum Zusammenführen der unterschiedlichsten Gruppen in der SPD geprägt hat. Widerspruch war auch nicht unbedingt erwünscht, die Parteitage wurden möglichst konfliktfrei inszeniert – aber alternative Politikkonzepte hatten ebenfalls einen Raum. Dieser Raum wird aber heute zunehmend beschnitten.

Insofern geht es auch um die Ausprägung des ‚mainstream‘ innerhalb der SPD in den nächsten Jahren. Zu klären ist deshalb, wie in der SPD Raum für linke Reformprojekte erkämpft werden kann, oder ob die Parteiführung dies komplett den Grünen überlassen wird. Denn sowohl fortschrittliche beschäftigungspolitische (wie z.B. die Umlagefinanzierung der Ausbildung), innenpolitische (wie z.B. das Staatsbürgerschaftsrecht), als auch ökologische Ansätze (z.B. regenerative Energien) spielen bisher im Profil der NRW-SPD nahezu keine Rolle. Im Gegenteil, die solche Ansätze vertretenden Personen geraten zunehmend unter Druck.

Auch das Selbstverständnis als Partei ist in der SPD problematisch. Die Konflikte bleiben – selbst für Mitglieder der Fraktion und des Landesvorstandes – intransparent. Wer letztendlich über die Strategien diskutiert und entscheidet, läßt sich nur vermuten.

Bündnis'90/Die Grünen – zwischen Regierung und Opposition

„Fast täglich ist registrierbar, wie sich die Beobachtungsleistung der Massenmedien auf ein, zwei Themen fokussiert [...]“¹³

Am 17.1.1998 lag diese Aufmerksamkeit zum großen Teil beim Sonderparteitag von Bündnis'90/Die Grü-

Der Stil der Ausgrenzung ist aber nicht nur im Umgang mit dem Koalitionspartner ein prägendes Element. Auch in der innerparteilichen Debatte nimmt die Konzentration auf den scheinbaren Kern der SPD-Mitgliedschaft zu.

nen. Beispielhaft haben sie demokratische Streitkultur und die kommunikative Dimension von Politik miteinander verbunden. Sie haben nicht nur ihre eigenen Mitglieder umfassend informiert und einen Großteil der Mitglieder im Vorfeld an der Willenbildung beteiligt, sondern auch ihre energiepolitischen und politisch-strategischen Vorstellungen einem breiten Publikum zugänglich gemacht.

Dieser Prozess wird in NRW von einer „im Spektrum der Grünen eher links stehende Landespartei“¹⁴, getragen. Die Partei ist insgesamt geprägt durch Bürgerinitiativen und Bewegungen. Diese sehr stark basisorientierte Prägung macht die Politik in Fraktion und Regierung nicht einfacher. Dies hat auch zu einer Differenzierung innerhalb der beiden Flügel der Grünen in NRW geführt. Ein Teil der Linken votierte z.B. für ein Verbleiben in der Koalition, weil sie „der festen Ansicht sind, daß sich die Glaubwürdigkeit unseres Handelns allein daran bemißt, ob wir alle Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit dem Tagebau Garzweiler II nutzen oder ob wir auf halbem Wege kampfflos aufgeben.“¹⁵ Diese Grünen akzeptieren damit, daß sie als kleinerer Partner in der Koalition mit der SPD Maximalforderungen nicht durchsetzen können, versuchen aber dennoch, politisch gestaltend in der Regierung Einfluß zu nehmen.

Dies ist angesichts der Politik der Demütigung durch die Fraktionsspitze der SPD und Teile des Kabinetts ein sehr schwieriger Balanceakt zwischen der Glaubwürdigkeit der Grünen und den Gestaltungsmöglichkeiten einer Regierungspartei.

Ein anderer Teil der Linken votierte für einen Ausstieg aus der Koalition, da die SPD die „Koalition zugunsten von Garzweiler II aufgekündigt“ habe, und der Rahmenbetriebsplan „eindeutig rechtswidrig und politisch motiviert“¹⁶ sei. Sie sehen in Neuwahlen eine Chance für die Grünen, „Standfestigkeit in der Sache“ zu zeigen und einen „Glaubwürdigkeitsgewinn“ zu erlangen.

Mit dem Braunkohlebagger ins Solarzeitalter?

Es scheint so zu sein, daß für beide Parteien Garzweiler zu einer „Ersatzidentität“¹⁷ geworden ist. Das was man an eigenem Profil in der Arbeit der Partei, der Regierung und der Fraktion nicht vermitteln kann, soll an diesem Reizthema deutlich gemacht werden. Die SPD als Partei der Arbeit, die sich schützend vor die Interessen ihrer klassischen Klientel stellt. Und Bündnis 90/Die Grünen als Umwelt und Bürgerrechtspartei, die die ökologische Nachhaltigkeit der Politik anmahnt und den Interessen von BürgerInneninitiativen Gehör verschafft.

Mit einer derartigen Stilisierung des Tagebaus als einer Frage des Profils der Parteien ist es aber schwer, eine für beide Parteien akzeptable Lösung zu finden.

Programmatische Erneuerung, Demokratisierung und Professionalisierung

Allein diese Tatsache zeigt, daß die NRW-SPD verstärkt den Dialog auch über die energiepolitische Zukunft des Landes führen muß. Damit aber nicht genug. Die SPD muß klären, welches inhaltliche Profil sie haben will, und ob sie sich in der Frage der Koitionsfähigkeit auf CDU und FDP in NRW umorientieren möchte. Die NRW-SPD braucht einen landespolitischen, programmatischen Entwurf, der zeigt, was die SPD mit welchen Zielen gestalten will.

Dabei geht es nicht nur um kurzfristig und angesichts der knappen finanziellen Mittel realisierbare Projekte, son-

dern auch um längerfristige Perspektiven für NRW. Die SPD traut sich bisher schon zu, über ein Braunkohleprojekt zu entscheiden, das eine Prognose des Energiebedarfs bis 2046 voraussetzt. Derartige Entscheidungen müssen aber eingebettet sein in längerfristige Handlungsleitlinien für die Zukunft von NRW.

Die SPD braucht wieder mehr Transparenz und Diskussionsfreudigkeit. Der SPD Landesparteitag Ende Januar wird ebenfalls die Erfolge der SPD in der Koalition und die Strategie im Umgang mit dem Koalitionspartner diskutieren müssen. Es gilt z.B. zu klären, ob der Konfrontationskurs gegenüber Bündnis'90/Die Grünen die richtige Strategie ist. Nicht zuletzt mit Blick auf die Bundestagswahl. Aber hier scheinen zumindest Journalisten Bewegung zu erkennen, wie einer Meldung der Deutschen Presseagentur zu entnehmen ist:

„Dabei zielt der Unmut in der Bonner SPD-Baracke weniger gegen die eher pragmatisch agierenden NRW-Grünen als vielmehr gegen die ‚Streithähne‘ in der NRW-Landes-SPD, voran Fraktionschef Klaus Matthies und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Besonders Clement wird angelastet, daß er den Konflikt unnötig schüre, statt zu integrieren – was als designierter Nachfolger von Ministerpräsident Johannes Rau eigentlich seine Aufgabe wäre. Die bundesweit herzeigbaren Erfolge der Düsseldorfer rot-grünen-Koalitionsarbeit, wie etwa beim Wohnungsbau oder der Hochschulreform, würden dadurch in der Öffentlichkeit gar nicht mehr wahrgenommen.“¹⁸

Für die Koalition insgesamt gilt, daß eine gemeinsame Profilierung vereinbart werden muß. Beide Koalitionspartner müssen sich darauf einigen, welche zentralen Reformfelder zum Profil der Koalition beitragen sollen. Auch wenn beide Parteien gerade in einer Koalition natürlich ein eigenes Profil brauchen, muß man sich auch auf gemeinsame Punkte verständigen können. Nur so können SPD und Grüne auch ein positives Profil für diese Koalition (auch in Abgrenzung zum Regierungsbündnis auf Bundesebene) erreichen. Auch in der Koalition gilt es einen fairen Umgangsstil untereinander zu finden. Es ist klar, daß Koalitionen keine Liebesheiraten sind. Rot-Grün in NRW wird wahrscheinlich auch nicht die letzte Koalition

Wenn diese Koalition eine längerfristige Perspektive und positive Ausstrahlung haben soll, muß den Wählerinnen und Wählern deutlich gemacht werden können, was Erfolge einer derartigen Regierungsarbeit sind.



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

auf Landesebene sein, selbst wenn beide Partner lieber alleine regieren würden.

Und wenn diese Koalition nicht nur eine längerfristige Perspektive für NRW haben will, sondern auch positive Ausstrahlung auf den Politikwechsel in der Bundesrepublik haben soll, muß den Wählerinnen und Wählern auch deutlich gemacht werden können, was Erfolge einer derartigen Regierungsarbeit sind. Dafür bleibt ihr noch ein gutes halbes Jahr. Sie sollte die Zeit dafür nutzen. **spw**

- ¹ Christof Stechmann: „Garzweiler im Windschatten der Rechtsprechung?“ in: spw Heft 96, Juli/August 1997, S. 8/9
- ² „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Antrag zur außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW in Jüchen, 17. Januar 1998.
- ³ Reiner Priggen: Brief an alle Kreisverbände NRW, 7.1.1998.
- ⁴ Johannes Rau: Brief an die Vorstandsmitglieder der Bezirke und Unterbezirke der SPD in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 23.12.1997.
- ⁵ Welt am Sonntag, 3.1.1998.
- ⁶ „Der Landtag fordert die Landesregierung auf [...], bei sich abzeichnenden Abweichungen vom Maßnahmenplan [den Modernisierungsvorhaben, die die Kraftwerksbetreiber zugesagt hatten, S.Sch.] unverzüglich in Neuverhandlungen einzutreten und zugleich die Genehmigung des Braunkohleplans Garzweiler II zu überprüfen.“ Antrag der Fraktion der SPD, 02.11.1994, Landtags-Drucksache 11/7944

- ⁷ Günter Bannas: Das Dilemma von Düsseldorf, Süddeutsche Zeitung 9.1.1998, S. 4.
- ⁸ Antrag A 1 „Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in das 21. Jahrhundert: Innovation, Solidarität und Zusammenhalt“ vom Landesvorstand zum 14. Ordentlichen Landesparteitag der NRW-SPD 31.1./1.2.1998 in Dortmund, S. 6.
- ⁹ Gabi Behler, Axel Horstmann: Koalition in NRW: Reformbündnis? Oder „kaum vereinbart – schon zerredet?“. In: spw Heft 84, Juli/August 1995, S. 14.
- ¹⁰ Claus Peter Simon: Am Abgrund. Ökologisch fragwürdig und ökonomisch riskant: Der umstrittene Braunkohletagebau Garzweiler II erweist sich als Auslaufmodell. In: Die Woche, 16.1.1998, S. 26.
- ¹¹ Wolfgang Clement: „Ein Problem der Grünen.“ Interview im Spiegel 1/1998, S. 32-34
- ¹² Zitiert nach Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 12.1.1998, S. 2.
- ¹³ Otfried Jarren und Hans-Jürgen Arlt: Über den Umgang mit einer wählerischen Klientel. Politik entsteht heute erste durch Medienvermittlung oder: die modernen Regeln der Öffentlichkeitsarbeit. In: Frankfurter Rundschau, 12.1.1998, S. 7
- ¹⁴ Michael Vesper: Wer die Energiewende will, braucht Stehvermögen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.1998, S. 10
- ¹⁵ „Wer kämpft, kann verlieren...“ a.a.o.
- ¹⁶ SPD kündigt rot-grüne Koalition auf – Neuwahlen erforderlich! Antrag an die Landesdelegiertenkonferenz in Jüchen am 17.1.1998
- ¹⁷ Reinhold Rünker: „Rot-grün in NRW – Krise überwunden?“. In: spw Heft 89, Mai/Juni 1996, S. 10
- ¹⁸ Karl-Hein Reith: Der Düsseldorfer Burgfriede löst nicht alle Sorgen der Bundes-SPD. dpa-Meldung vom 18.1.1998.

Links neu durchdenken

von Frank Unger und Andreas Wehr*

I Das neoliberale Revisionsprogramm der Konservativen

Wir sind Zeugen eines großflächigen Revisions- und Reeducationsprozesses. Unermüdlich wird dem Gedanken der sozialen Gleichheit im allgemeinen und dem Wohlfahrtsstaat im besonderen der Prozess gemacht: unter dem Deckmantel europäischer Integration, des „Globalismus“ des historischen Erbes, der Standortkonkurrenz, künftiger Generationen oder schlicht der „menschlichen Natur“. Gefordert werden im Namen von „Emanzipation“, „Fortschritt“, „Modernität“ und „Innovation“ die Privatisierung von gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die Differenzierung des Bildungssystems und die ideologische Anerkennung der Ungleichheit unter den Menschen. Unter Sozialwissenschaftlern und Historikern lebt die Totalitarismustheorie, die seit über zwanzig Jahren praktisch tot war, unter neuer „Beweislage“ wieder

auf. Mit der nachträglichen Diskreditierung des untergegangenen Sozialismus, den man wie einst in den Hochzeiten des kalten Krieges heute wieder generell mit dem Adjektiv „stalinistisch“ versieht, soll neben der posthumen Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen vor allem die absolute Legitimität und menschengeschichtlich-moralische Rechtmäßigkeit des nun endlich zu sich selbst gefundenen Kapitalismus, eben des „Neoliberalismus“ herbeiräsonniert werden.

Die Anfänge dieses Revisionsprogramms wurden simultan in den führenden westlichen Ländern bereits gegen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre eingeleitet. Reagan, Thatcher und Kohl repräsentierten in gleicher Weise die „geistig-moralische Wende“ wie es damals hieß, wenn auch jeweils noch in unterschiedlicher Intensität. Am spektakulärsten gingen die Briten dabei vor. Ihnen ist es unter Margaret Thatcher, nicht zuletzt auch mit Hilfe chauvinistischer Demagogie während des Falklandkriegs, in kurzer Zeit gelungen, den britischen Klassenkompromiß – in Gestalt des korporativistischen Wohlfahrtsstaats und der politischen Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften – zu zerstören. Sie belegten die bis dahin von der politischen Linken besetzten Begriffe „Wandel“, „Modernität“, und „Reform“ mit neuen, neoliberalen Inhalten.

Sozialdemokratie in der Defensive

Unter bereitwilliger Mithilfe der nationalen Medien, deren leitende Mitarbeiter dabei in die Ränge der Höchstverdiener aufstiegen, wurden nun systematisch diejenigen, die den Einfluß und die Rechte der organisierten Arbeitnehmer und ihrer „Funktionäre“ verteidigen wollten, als Kräfte der Beharrung, des Stillstands und der Reformblockierungen dargestellt.

In den USA war das für die Konservativen kein größeres Problem, weil dort die Parteien keine Mitglieder haben und demnach die Demokratische Partei, die seit dem

* Frank Unger, Privatdozent für Nordamerika-Studien an der FU Berlin und Gastprofessor an der Oregon State University; Andreas Wehr, Mitglied des Landesvorstands der Berliner SPD und Vorsitzender des Fachausschusses Europäische und Internationale Politik, Mitherausgeber der spw. Der Text ist das Schlußkapitel eines neuen Buches, das am 27.02.98 im Verlag Elefanten Press Berlin erscheinen wird: Frank Unger/Andreas Wehr/Karen Schönwälder: New Democrats, New Labour, Neue Sozialdemokraten, 192 S., DM 29,90. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck. Die Zwischenüberschriften wurden von der spw-Redaktion eingefügt.

New Deal das sozialdemokratische Modell politisch repräsentiert hatte, weder eingefahrene Traditionen noch Funktionsstrukturen besaß, die Widerstand hätten leisten können. Dann folgten die Briten und die Deutschen. Nachdem die britischen Konservativen als erste in Europa mit der Umdeutung des Begriffs „Moderne“ die Rückkehr des wirtschaftspolitischen Zeitgeistes des 19. Jahrhunderts vorgeführt hatten, gerieten auch die sozialdemokratischen Parteien Europas in eine Legitimationskrise. Sie wurden eine Zeitlang erfolgreich als historisch überholtes Auslaufmodell dargestellt. In die Opposition gedrängt, suchten sie nach neuen Wegen. Die meisten führenden Sozialdemokraten behielten sich damit, daß sie sich in ihrer Politik der neuen Richtung anpaßten, zugleich aber ihre alte Rhetorik beibehielten. Doch dadurch erschienen sie als inkonsequent und doppelzüngig. Folglich gingen einige machtbewußte Politiker einen Schritt weiter: Sie paßten sich auch rhetorisch den neuen ideologischen Stimmungen an und setzten sich zum Teil sogar an deren Spitze.

Eine „Amerikanisierung“ des europäischen Parteiensystems stand allerdings außer Frage, denn dafür waren die Parteien konstitutionell zu sehr in ihren jeweiligen nationalen Gesellschaften verankert. In Westeuropa bildeten die Parteimitglieder und die etablierten Strukturen der innerparteilichen Willensbildung ein wesentliches Hindernis für allzu forsche „Modernisierer“. Auch die charismatischsten und international geachteten Führer der (west)deutschen Sozialdemokratie mußten z.B. die Erfahrung machen, daß sie immer auch mit der Partei und der sie repräsentierenden Basis zu rechnen hatten, wenn sie auf Dauer erfolgreich sein wollten. Versuche, Beschlüsse der Partei einfach zu umgehen bzw. neu zu formulieren, indem man mit Hilfe der Medien neue Positionen gewissermaßen ex cathedra verkündete, waren auf Dauer nicht erfolgreich, denn sie konnten auf dem nächsten Parteitag wieder umgeworfen werden.

II Die „Modernisierung“ der Sozialdemokratie

In den USA und Großbritannien haben nun Clinton und Blair die alt-konservativen Machthaber mit Erfolg herausgefordert und mit Hilfe eines „modernisierten“ Images die politische Macht nominell für das „linke Lager“ zurückerobert. In Deutschland schickt sich eine ebenfalls von der Spitze her ideologisch „modernisierte“ SPD an, dasselbe zu tun. Bill Clinton ist in den USA beinahe fünf Jahre, Tony Blair in Großbritannien bald ein ganzes Jahr an der Macht. Welche Erkenntnisse und Lehren können und sollten diejenigen Deutschen, die sich weiterhin dem linken Lager zugehörig fühlen und den Neoliberalismus als den politischen Gegner betrachten, aus den Beispielen Clintons und Blairs gewinnen?

Wenig Zweifel kann inzwischen daran bestehen, daß sowohl Clinton als auch Blair jede Verbindung zum Nachkriegsmodell des sozialdemokratischen Klassenkompromisses theoretisch wie praktisch abgebrochen haben. In diesem Modell hatten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessengruppen wie Staat, Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände politischen Einfluß, der gesellschaftliche Reichtum war breit verteilt. In den USA hat Präsident Clinton den von Reagan und Bush eingeleiteten Abriß des New Deal-Sozialstaats nahezu vollendet, in Großbritannien ist Tony Blair dabei, die von Thatcher begonnene Umgestaltung des britischen Nachkriegs-systems mit Hilfe der Rhetorik von New Labour zu fundieren und zu legitimieren. Ob er damit erfolgreich sein wird,

oder ob die derzeit noch weitgehend gelähmte Basis der Partei ihn zu Korrekturen dieses Kurses zwingen kann, ist noch nicht entschieden. Aber dennoch griffe man zu kurz, wenn man in der praktischen Politik von Clinton und Blair – wie so häufig in den Welterklärungsversuchen der Linken – lediglich einen „Verrat“ witterte.

Der „Antiautoritarismus“ der Achtundsechziger

Denn beide – Clinton und Blair – sind, ebenso wie Lafontaine und Schröder, vor allem das Resultat eines tiefgehenden Wandels der westlichen Nachkriegsgesellschaften. Diese Wandlungsprozesse begannen mit den Studenten- und Jugendprotesten der sechziger Jahre, als eine moralisch und kulturell frustrierte junge Generation die in den fünfziger Jahren geprägten korporativistischen Strukturen massiv herausforderte. Diese Strukturen garantierten zwar weitgehend ökonomische Sicherheit, waren aber dabei durchaus anti-emanzipativ ausgerichtet und vor allen Dingen auch informell autoritär organisiert. Ihre Physiologie und Kreisläufe beruhten trotz formeller Demokratie und Gleichheit weitgehend noch auf den altvorderen Mentalitäten von Status, patriarchalem Gestus, Seniorität und freiwilliger Anerkennung erworbener bzw. zugeschriebener Autorität.

Die Achtundsechziger-Generation, die diese Strukturen und Mentalitäten herausforderte, tat das unter verschiedenen Etiketten, u.a. auch dem des Sozialismus, ja in Teilen sogar des Marxismus-Leninismus. Aber dies waren unbedeutende Minderheiten, deren subjektives „Avantgarde“-Bewußtsein niemals in einem angemessenen Widerspiegelungsverhältnis zur Realität stand. Anders dagegen war es mit dem viel breiter getragenen „Antiautoritarismus“. Er war so etwas wie der alle verbindende gemeinsame Nenner dieser Bewegung, und er erfaßte auch diejenigen, die vom Naturell her mit dem Aktivismus der eigentlichen Bewegung gar nichts zu tun haben wollten.

Der Antiautoritarismus der Achtundsechziger-Generation richtete sich in gleichem Maße gegen die Autoritäten in West und Ost, die des kapitalistischen wie des realsozialistischen Staates, die in bürgerlichen Universitäten wie die in proletarischen Gewerkschaften und in linken politischen Parteien. Die jungen Linken jener Tage rebellierten gegen autoritäre Unterdrückung von sexuellen Minderheiten und anderen randständigen Teilen der Gesellschaft. Jahrhundertalte religiöse Wert- und Moralvorstellungen wurden von ihnen der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Herausbildung selbstbewußter „Identitäten“ dieser „unterprivilegierten“ Gruppen wurde ihr Ziel. Sie kämpften gegen die „repressive Toleranz“ und andere subtile Unterdrückungstechniken, deckten den Zusammenhang von „Sexualität und Herrschaft“ auf und denunzierten frauendiskriminierende Machtstrukturen in Familie, Beruf und Alltagsleben. Sie suchten die nationale und regionale Spießigkeit zu überwinden und öffneten sich gegenüber den Kulturen der traditionell von den Deutschen verachteten Völker des Südens.

Desinteresse gegenüber Klasseninteressen

Was sie eigentlich am wenigsten interessierte, war die ökonomische Verfassung des eigenen Landes und deren Mechanismen. Zwar gab es einen abstrakten Antikapita-

Wir sind Zeugen eines großflächigen Revisions- und Reedukationsprozesses. Unermüdlich wird dem Gedanken der sozialen Gleichheit im allgemeinen und dem Wohlfahrtsstaat im besonderen der Prozess gemacht.



lismus nicht nur in vielen sektiererischen Gruppierungen, sondern auch in den Jugendorganisationen großer Parteien, aber das hatte eher provokatorischen Charakter. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse unter der Herrschaft des Kapitals waren ja das geringste Übel! Gab es doch zu jener Zeit noch keine Probleme mit Staatsschulden und Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst. Der Bildungssektor expandierte. Auch wenn es viele der ehemaligen aktiven „Achtundsechziger“ heute nicht hören wollen, die Studentenrevolte repräsentierte selbst in ihren radikalen Spitzen weniger einen polemischen Gegensatz zum Privateigentum als vielmehr zum korporativistischen Staat, dessen von ihm ausgeübte Kontrolle und Gängelung sie satt hatten. Überwunden werden sollten die noch ungebrochenen antidemokratischen Vorkriegsmentalitäten in den staatlichen Institutionen und in der Privatwirtschaft. Es ging um „persönliche Entfaltung“ und „Emanzipation“, nicht um Klassenolidarität und ökonomische Gerechtigkeit – zumindest nicht mit den abhängig Beschäftigten im eigenen Land. Es ging – mit einem Wort – um Demokratisierung!

Diese Demokratisierung und Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft war nicht auf das akademische Milieu beschränkt. Hierarchien und Bürokratien verloren ihren Schrecken für die einen, ihre gottgewollte Unerschütterlichkeit für die anderen. Regeln und dumpfe Gewohnheiten konnten endlich auf ihren Sinn befragt werden. Geschlechterrollen wurden relativiert, kulturelle Traditionen in Frage gestellt, das Geistesleben wurde gegenüber fremden Welten geöffnet. Diese Entwicklungen gilt es auch in Zukunft gegen nationalistische und konservative Angriffe zu verteidigen. Aber diese Veränderungen verlangen – ob das die damaligen Protagonisten wollten oder nicht – nach einer Re-Definition des klassischen politischen Gegensatzes zwischen „links“ und „rechts“. Für die Protagonisten von 1968 und vor allem für deren Nachfolger war „links“ nun nicht mehr verbunden mit den realen Klasseninteressen der Lohnabhängigen „in“ der Gesellschaft, sondern mit Freiheit und Emanzipation aller Individuen „von“ Staat und Gesellschaft.

Eine ganze Generation von sozialdemokratischen und bündnis-grünen Politikerinnen und Politikern wuchs heran, für die das traditionelle Primat des Klassengegengesatzes kein Thema mehr war. Sie wechselten nicht selten direkt von den Jugend- und Studentenorganisationen in verantwortliche Positionen im Staatsapparat, in Parteien, Verbänden, Bildungseinrichtungen und Parlamenten. Nur noch wenige wurden über einen längeren Zeitraum von der privatwirtschaftlichen Arbeitswelt geprägt. Ihre Themen wurden die Frauenemanzipation und die Umwelt, die Abrü-



stung und die Solidarität mit der Dritten Welt, die Ausländerintegration und der von ihnen begrüßte Zusammenschluß Europas. Der radikale Antikapitalismus, den sie mitunter immer noch rhetorisch pflegten, diente dabei als das Identifizierungsbanner ihrer Kohorte, hinter dem sie einst ihren Marsch durch die Institutionen angetreten hatten.

III Personalwechsel oder Politikwechsel?

III Personalwechsel oder Politikwechsel?

Für die Achtundsechziger erscheinen die neunziger Jahre als das Jahrzehnt der Bewährung. Wann, wenn nicht jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wie bereits in den USA und in Großbritannien geschehen, die Hebel der Regierungsmacht in die Hände zu nehmen? Die Generation der sozialdemokratischen Enkel hat immerhin in ihrer Mehrheit das fünfzigste Lebensjahr schon überschritten. Auch die politischen Führer der Bündnisgrünen haben keine Zeit mehr zu verlieren. Viele inhaltliche Korrekturen, Rücksichtnahmen auf den Zeitgeist und taktische Finessen haben auch etwas zu tun mit der wachsenden Furcht, daß die Chance, die Regierungsmacht zu ergreifen, für sie endgültig vorüberziehen könnte.

Diese Torschlußpanik verleiht Energie und kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, daß die Kohl-Regierung im Herbst durch eine rot-grüne Koalition abgelöst wird. Ob ein solches Bündnis dann tatsächlich auch zu einem Politikwechsel führen wird, ist gegenwärtig kaum auszumachen. So richtig es ist, daß ein Regierungswechsel noch lange keine Garantie für die notwendige andere Politik ist, so richtig bleibt es auch, daß ohne die Eroberung der Regierungsmacht auf absehbare Zeit jede weitere Diskussion über eine alternative Politik in Deutschland jeglicher ernsthaften Grundlage entbehrt.

Eine unerbittliche Diskussion über den Begriff „Modernisierung“ bleibt aber auf jeden Fall zu führen. Es kann nicht nur darum gehen, die neoliberale Politik der CDU/FDP-Koalition mit frischem Personal und inhaltlich geringfügig modifiziert weiterzuführen. Wirkliche Modernisierung umfaßt vielmehr eine Rückbesinnung auf alte Traditionen: Im Mittelpunkt der Politik einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung muß die nachhaltige Sicherung der Lebensbedingungen der übergroßen Mehrheit der Lohnabhängigen stehen. Daran ändern auch die in den letzten Jahrzehnten neu hinzugekommenen Fragestellungen der Demokratisierung und der individuellen Emanzipation nichts. Denn die Sozialdemokratie als Partei macht nur Sinn und kann auf Dauer politisch nur überleben, wenn sie in ihrer praktischen Politik auf die von der Klassengesellschaft permanent erzeugte ungleiche Verteilung der Lebenschancen reagiert. Die deutsche Sozialdemokratie wird daher vor der schwierigen Aufgabe stehen, zum einen auf die von Wirtschaft und Medien formulierten Erwartungen an eine Politik der „Modernisierung“ antworten zu müssen, zum anderen aber auch die Forderungen der Mehrheit der ihrer Wählerschaft zur Sicherung ihrer sozialen Lage erfüllen zu müssen. Denn im öffentlichen Bewußtsein gilt nach wie vor die sozialdemokratische Partei als die der sozialen Gerechtigkeit.

Aufgrund der Struktur der politischen Institutionen in den USA hat Clinton die geringsten Probleme, seine Politik des Abbaus des New Deal-Sozialstaats als alternativlos darstellen zu können. Schließlich hatte er es zu seinen obersten politischen Zielen erklärt, die Staatsschulden massiv zu verringern und den Wert des Dollars zu erhalten. Diese Absichten sind in der amerikanischen Öffent-

lichkeit so überwältigend positiv besetzt, daß jede Kritik daran abprallt. Blair in Großbritannien fällt die Durchsetzung seines Kurses schon schwerer. Denn dort erlaubt das völlig anders strukturierte und aus anderen Traditionen hervorgegangene Parteiensystem eine solche neoliberale Erfüllungshilfe nicht so ohne weiteres. Die jüngsten, durchaus ernstesten innerparteilichen Auseinandersetzungen über den Kurs von New Labour kündigen mögliche kommende turbulente Ereignisse innerhalb der im Wahlkampf noch so einheitlich aufgetretenen Partei an. Noch komplizierter könnte die Gratwanderung für die deutschen Sozialdemokraten werden. Darauf deutet bereits die Arbeitsteilung zwischen Lafontaine und Schröder, zwischen dem „Bewahrer sozialdemokratischer Identität“ und dem „Modernisierer“, hin.

Alte und neue Ziele der Linken

Bedeutende Teile der in den sechziger und siebziger Jahren politisierten „neuen Linken“ haben längst ihren Frieden mit den bestehenden Verhältnissen geschlossen. Beschäftigt in den höheren Rängen des öffentlichen Dienstes, erfolgreich tätig als Anwälte, Steuerberater, Journalisten, Ärzte oder Studienräte gehören sie inzwischen zur saturierten Gesellschaftsschicht, die wohl noch an der einen oder anderen ökologischen bzw. rechtsstaatlichen Reform Interesse zeigt, ansonsten aber die bestehende Gesellschaft zumindest insgeheim für die beste aller möglichen hält. Sozialen Auseinandersetzungen steht sie weitgehend teilnahmslos, wenn nicht gar feindlich gegenüber, sieht sie in ihnen doch nur sinnlose Versuche, sich den letztlich „unvermeidbaren Strukturanpassungen“ zu widersetzen. Soweit die Vertreter dieser neuen akademischen Mittelschicht aktive Mitglieder von SPD und Bündnisgrünen geworden sind, stellen sie die soziale Basis für die „Modernisierer“ in beiden Parteien.

Für die im Gegensatz dazu an den traditionellen Zielen linker Politik – nämlich der Vertretung der abhängig Beschäftigten und Geringverdienenden – orientierten Sozialdemokraten und Bündnisgrünen ist die Situation hingegen besorgniserregend. Und auch für die neuen sozialen Bewegungen steht in dieser Situation einiges auf dem Spiel. Die von ihnen in den letzten Jahren erstrittenen Fortschritte stehen nun ebenfalls zur Disposition, wenn es nicht gelingt, sie im Zusammenhang mit den realen Klasseninteressen der Lohnabhängigen zu denken. So ist schon lange erkennbar, daß eine Fortsetzung der Emanzipation der Frauen ohne eine generelle Steigerung der Beschäftigtenquote und eine konsequente Politik der Einkommensangleichung nicht vorstellbar ist. Auch das Recht auf gleiche Bildung und Ausbildung kann nur garantiert werden, sollte es zu deutlichen Umverteilungen der Finanzen zugunsten des öffentlichen Sektors kommen. Schließlich stellen sich auch für die nachwachsende Generation manche Fragen anders als für jene am Ende der sechziger Jahre. Im Unterschied zu der damaligen Schüler- und Studentenschaft ist für sie ein quasi natürliches Hineinwachsen in das Berufsleben, seinerzeit nicht selten in die expandierenden Bereiche des öffentlichen Dienstes, heute schon längst nicht mehr gegeben.

IV Der innere Widerspruch des „linken Lagers“

Bei einer Regierungsübernahme durch Rot-Grün wird der innere Widerspruch des „linken Lagers“ auf die Tagesordnung gebracht werden. Die Führungen der Linksparteien werden sich damit auseinander setzen müssen, wie ihr

Verständnis von „links“ als individuell emanzipatives Lebensgefühl in Deckung gebracht werden kann mit den Erwartungen ihrer Wähler: Gleichwohl, aus verschiedenen sozialen Blickwinkeln heraus, erwarten sie Lösungen für die Folgen der sich verschärfenden sozialen Gegensätze. Eine aus den Linksparteien konstituierte Regierung trägt dabei eine schwere Verantwortung.

Anders als in den Jahren der Studentenrevolte und der Zeit unmittelbar danach sind die ihnen einstmalig feindlich gesonnenen autoritär strukturierten Organisationen der Arbeiterbewegung inzwischen selbst von ihresgleichen „besetzt“. Innerhalb der höheren und mittleren sozialdemokratischen Funktionärsschicht findet sich heute eine klare Mehrheit akademisch Gebildeter. Dieser Akademisierungs- und Professionalisierungsprozeß hat auch vor der Parteirechten nicht haltgemacht. Selbst in den Gewerkschaftsführungen finden sich mehr und mehr Sozialwissenschaftler und Juristen. SPD und Bündnisgrüne sind sich in den letzten Jahren in diesem Prozeß einander immer ähnlicher geworden. Gegenwärtig vollzieht auch die PDS diese Entwicklung – und zwar im Zeitraffer.

Angesichts dieser „professionalisierten“ Linken besteht die Gefahr, daß nicht nur eine gegenwärtig wieder anwachsende Schicht von Ausgegrenzten und Diskriminierten, sondern auch die breite Masse der abhängig Beschäftigten in dieser neuen und modernen Elite nicht länger ihre Interessenvertreter sehen können. Nicht wenige rechnen sie bereits unterschiedslos denen „da oben“ zu. Politische Frustration, Wahlenthaltung und Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien sind die Folge. Wenn Arbeitnehmer Widerstand gegen neoliberale Reformen leisten, sind es nicht selten Sozialdemokraten und Bündnisgrüne, die ihnen in der Pose kosmopolitischer Progressivität höhnisch in den Rücken fallen: Wie etwa beim Kampf der Beschäftigten des Einzelhandels gegen die Veränderung der Laden-schlußzeiten, als Teile der kulturlinken Eliten schwärmerisch auf den emanzipatorischen Charakter der unregulierten Öffnungszeiten „in Amerika“ aufmerksam machten.

In Frankreich ist dieser „Kampf zweier Linien“ schon ausgetragen worden. Infolge des umfassenden Streiks im öffentlichen Dienst im Herbst 1996 kam es zu einer scharfen Kontroverse innerhalb der französischen Intellektuellen. Während der eine Teil die neu aufgebrochenen sozialen Kämpfe als „prähistorisch“ betrachtete, hat sich der andere auf die Seite der Beschäftigten, die um ihre Lebensqualität kämpfen, gestellt. Deren Gewicht ist inzwischen immerhin so groß, daß sie die politische Richtung von Sozialisten

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Es ging den Achtundsechzigern um „persönliche Entfaltung“ und „Emanzipation“, nicht um Klassensolidarität und ökonomische Gerechtigkeit – zumindest nicht mit den abhängig Beschäftigten im eigenen Land.



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

und auch Grünen als Regierungsparteien nachhaltig beeinflussen können. Von Bedeutung sind bei dieser Kräftekonstellation natürlich auch die französischen Kommunisten, die in der Regierungskoalition mit vertreten sind. Als einzige Partei der Linken, die auch über einen Massenanhang unter den Deklassierten verfügt, übt sie einen korrigierenden Einfluß auf die Politik von Sozialisten und Grünen aus.

Der deutschen Linken steht eine solche Entscheidung noch bevor. Die spontane Solidarität der Parteiführungen von SPD und Bündnisgrünen mit den Protesten der Bergarbeiter an Ruhr und Saar dokumentierte denn auch mehr die Ratlosigkeit und das Erschrecken der Parteieliten angesichts des unerwarteten Ausbrechens solch „altmodischer“ Klassenkampfaktionen. Eine Strategie aber, wie diese Widerstände „von unten“ zu befördern und für eine Strategie zur Ablösung der neoliberalen Politik zu nutzen wären, existiert in der Linken gegenwärtig nicht.

Streitpunkte Staat und Internationalisierung

Eine derartige Strategie, die die gesellschaftlich noch unterschiedlichen Deutungen von rechts und links in Dekkung bringen und die verschiedenen Widerstandsformen bündeln würde, kann zur Zeit bestenfalls in Umrissen beschrieben werden. Die zentrale Frage wird dabei die Bewertung der Rolle des Staates sein. Definiert der eine Teil der Linken „Demokratie“ und „Emanzipation“ immer noch als Freiheit „vom“ Staat, so gilt für die anderen, daß sich nur wirtschaftlich Starke einen schwachen Staat lei-

sten können. Zur Debatte steht auch die Einstellung zu den Prozessen der Internationalisierung bzw. Europäisierung von Wirtschaft, Politik und Kultur.

Sehen die einen in diesen Entwicklungen vornehmlich eine intellektuelle und kulturelle Bereicherung ihres Lebens, die oft auch ihre beruflichen Chancen vergrößern kann, so fühlt sich ein wachsender Teil der Bevölkerung davon unmittelbar bedroht. Aufgrund ihrer geringeren Qualifikation – etwa wegen fehlender bzw. unzureichender Sprachkenntnisse – sehen sie sich in den immer härter werdenden Verteilungskampf auf einem internationalisierten Arbeitsmarkt gedrängt. Kompensatorische Angebote und Möglichkeiten existieren nicht. Zur Wahrung ihrer sozialen Stellung und ihrer menschlichen Würde sind sie allein auf die klassischen nationalstaatlichen Schutzfunktionen angewiesen.

Die unterschiedlichen Interessen der Wählerschaft – etablierte und saturierte Achtundsechziger, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, abhängig Beschäftigte sowie Einkommensschwache wie Arbeitslose und Rentner – werden hierbei zu einer Herausforderung für eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Die gegenwärtigen Führungen der linken Parteien in Deutschland werden über diese Dinge noch ernsthaft nachdenken müssen, wenn sie den Wählern in Deutschland überzeugend vermitteln wollen, warum man sie denn im Herbst 1998 überhaupt wählen soll. Sozialdemokraten und Bündnisgrüne tun gut daran, in diesem Sinne ihre Wahlaussagen und programmatischen Ankündigungen zu präzisieren. Wenn es ihnen nicht gelingt, glaubwürdig darzustellen, daß sie etwas anderes wollen als bloß eine etwas schickere, „moderner“ oder bestenfalls sensibler verabreichte Version der gegenwärtigen Koalitionspolitik, dann wird das Sendungsbewußtsein der Achtundsechziger, nun endlich einmal „dran“ zu sein, grandios vergeblich sein.

spw

Wenn Arbeitnehmer Widerstand gegen neoliberale Reformen leisten, sind es nicht selten Sozialdemokraten und Bündnisgrüne, die ihnen in der Pose kosmopolitischer Progressivität höhnisch in den Rücken fallen.

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem Wirtschaftsinfo) DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Deutsche Macht-Allianz - Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz-Versicherung (Nr. 31, April 1997)

Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft - Einkommensverteilung und Kapitalkonzentration in der deutschen Wirtschaft (Nr. 32, Juli 1997)

150 Jahre Geschäfte des Siemens-Konzerns (Nr. 33, Oktober 1997) 44 Seiten, 6,- DM

isw-spezial

Cuba Libre - Kuba liberal? (Nr. 9, Jan. 97), DM 5,- + Versand
Energiesteuer - und dann? Klimaschutz erfordert Umbau von Wirtschaft u. Gesellschaft (Nr. 10, Apr. 97), 80 Seiten, DM 8,- + V.

isw-wirtschaftsinfo extra

Milliarden für Millionäre - Steuerreform 1999 (Nr. 26, Febr. 97), 4 Seiten, DM 1,- + Versand (enthalten in report 30 u. w&gd Nr. 3)

wirtschafts- und grafikdienst

Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland (Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand
Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand
Armut & Sozialabbau in einem reichen Land (Nr. 4, Jan. 97), DM 10,- + Versand

**analysen
fakten & argumente**

Neu bei isw!

150 Jahre
Geschäfte des Siemens-Konzerns
Geschichte in dunkler Zeit + Siemens-Welt heute



ISW REPORT NR. 33
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

**Macht und Herrschaft
in der Marktwirtschaft**



ISW REPORT NR. 32
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

**Prospekte anfordern,
Bestellungen,
abonnieren, fördern**
bei isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

spw-Jahresregister 1997

Das Jahresregister 1997 hat Ralf Krämer für spw erstellt. Es besteht aus vier Teilen: Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen, Verzeichnis der Artikel, Rezensionen/Buchbesprechungen und dem Sachverzeichnis.

Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen

Nr.	Heft	Monate/Jahr	Schwerpunktthema
1/97	93	Januar/Februar 1997	New Deal für Arbeit?
2/97	94	März/April 1997	Globalisierung und Politik
3/97	95	Mai/Juni 1997	Europa und die Linke
4/97	96	Juli/August 1997	Politikwechsel!
5/97	97	September/Oktober 1997	Gewalt und Zivilisation
6/97	98	November/Dezember 1997	Linke Geschichten

Verzeichnis der Artikel (sortiert nach AutorInnen)

AutorIn: Titel

AutorIn: Titel	Heft	Seite
Albrecht, Thorben: Make Europe Work	96	19
Albrecht, Thorben: Naar en ander Europa. Alternativgipfel in Amsterdam	95	37
Ansgar, Drücker: Sanfter Tourismus mit der Naturfreundejugend Deutschlands	97	13
Arenz, Horst; Hiks, Uwe: Die SPD darf dem Stabilitätspakt nicht zustimmen!	97	46
Augst, Kristina: Gewalt gegen Frauen – die Perspektive des weiblichen Körpers	97	33
Bahr, Egon (Interview): Nato-Osterweiterung, WEU, UN-Reform	96	21
Bauer, Michael; Roth, Richard: Marktradikaler Umbau und SPD	94	36
Bell, Hans Günter: Kuba: „mit dem Kapitalismus den Sozialismus zu retten“	98	51
Biermann, Uta: Die Nolte-Wende	97	11
Bimboes, Detlef: Genfood statt Öko-Produkte?	94	13
Bömer, Hermann: Keynesianismus, Regionalismus und Regulation	94	32
Borchert, Rudolf: Die Linke in der ostdeutschen SPD	96	13
Bulmahn, Edelgard: (siehe Podiumsdiskussion)	96	23
Butterwegge, Christoph: Globalisierung und die Refeudalisierung der Sozialpolitik	96	38
Cabalo, Thorsten: Hochschulpolitisches Crossover	94	15
Cremer, Uli: Die „Normalisierung“ grüner Außenpolitik	95	55
Dehm, Diether: (siehe Round table)	93	45
Dehm, Diether: Zwei, die sich Kommunisten nannten, feiern Geburtstag	94	40
Deml, Jörg; Wutz, Roland: Die Zukunft des Rentensystems	96	52
Deml, Jörg; Struck, Olaf: Atypische Beschäftigung – Beschäftigungswirkung und Regulierungserfordernisse	98	14
Dietzel, Horst: PDS auf Reformkurs?	94	16
Dörgeloh, Volker: Wohnbereichsprojekte als Perspektive für Gewerkschaftsarbeit?	95	15
Erfurter Erklärung: Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie	93	4
Erklärung zur Tagung des Frankfurter Kreises: Grundlinien einer sozialdemokratischen Reformalternative	94	10
Fahimi, Yasmin; Franz, Ulf-Birger: 25 Jahre Hannoveraner Kreis/Juso-Linke	94	7
Franz, Ulf-Birger: (siehe Fahimi, Yasmin)	94	7
Fuchs, Katrin: Die NATO-Osterweiterung: Kein Sicherheitsgewinn für Europa!	94	55
Gilges, Konrad: Menschenrechte wahren – Armut beseitigen – Gewalt verhüten. Friedenspolitische Positionen des Frankfurter Kreises	95	58
Gysi, Gregor: (siehe Podiumsdiskussion)	96	23
Hahnzog, Klaus: Der Große Lauschangriff: Es ist höchste Zeit zum Widerstand!	97	7
Hanewinkel, Christel: (siehe Round table)	93	45
Hansen, Ralf: Aus der einen Sackgasse in das nächste Dead-End?	97	47
Hensche, Detlef: Wiedergewonnenes Selbstbewußtsein und offene Fragen. Höhepunkte und Defizite des a.o. Bundeskongresses des DGB	93	7
Hiks, Uwe: (siehe Arenz, Horst)	97	46
Hooffacker, Gabriele: Online: Welche Netze für die Linke?	93	49
Huffschmid, Jörg: Ansatzpunkte und Probleme alternativer Wirtschaftspolitik	93	23
Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ: Vorwärts zu Taten!	97	15
Jansen, Mechthild: Zwischen Aktionseinheit und Antikommunismus	98	21
Jentsch, Jürgen: Innere Sicherheit in den USA	98	8
Kebir, Sabine: Blockbildung und Bündnispolitik als Voraussetzung von Hegemonie. Zum 60. Todestag von Antonio Gramsci	94	51
Knoell, Dieter Rudolf: Priebkes willige Verteidiger und Goldhagens billige Ankläger	94	46
Kohlrausch, Bettina: Berlin, Alexanderplatz: Der Juso-Bundeskongreß 1997	95	9
König, Barbara: Die gemeinsamen Erfahrungen der ungleichen Schwestern	98	36
Krämer, Ralf; Westphal, Thomas: New deal für Arbeit? Einleitung zum Heftschwerpunkt	93	14
Krämer, Ralf; Mikfeld, Benny; Skarpelis-Sperk, Sigrid: Politikwechsel oder „Innovation“ á la Schröder?	97	4
Krämer, Ralf: (siehe Rünker, Reinhold)	94	18
Krämer, Ralf: Bündnis für Arbeit und alternative Wirtschaftspolitik	93	37
Krämer, Ralf: Erfurt – Bochum – Bonn?	98	4

<i>Krämer, Ralf</i> : Memoranden zur Halbierung der Arbeitslosigkeit	96	6
<i>Krätke, Michael</i> : Otto Bauer (1881-1938) – Die Mühen des Dritten Wegs (Teil 1)	97	55
<i>Krätke, Michael</i> : Otto Bauer (1881-1938) – Die Mühen des Dritten Wegs (Teil 2)	98	54
<i>Kremer, Uwe</i> : Geschichten aus dem Hannoveraner Kreis	98	25
<i>Kremer, Uwe</i> : kurzum	94	2
<i>Kremer, Uwe</i> : kurzum	95	2
<i>Kretschmer, Heiko</i> : IUSY: Im Zeichen der Arbeit	93	13
<i>Lafontaine, Oskar</i> : Globalisierung und internationale Zusammenarbeit	94	20
<i>Lange, Bernd</i> : Unser Europa ist das, was wir draus machen	96	16
<i>Löckener, Ralf; Pfeifer, Stefan</i> : Arbeiterproteste 1997: Letzter Aufstand oder neue soziale Bewegung?	95	4
<i>Lutz, Dieter S.</i> : Sicherheitspolitik und die Stärke des Rechts	97	38
<i>Mansfelder Forum</i> : Linke Perspektiven für das „Land der Reformen“	95	45
<i>Meier, Oliver</i> : Deutschland, Europa und die Zukunft der Atomwaffen	93	56
<i>Meyer, Christoph</i> : Aktionseinheit, Klatschmärsche und Grundlagenfetischismus	98	31
<i>Meyer, Christoph</i> : Linke Geschichten. Einleitung zum Heftschwerpunkt	98	20
<i>Mikfeld, Benny</i> : (siehe Krämer, Ralf)	97	4
<i>Möbbeck, Susi</i> : „... die treiben es ja auch zu weit“	95	12
<i>Müller, Kerstin</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	96	23
<i>Müller, Michael</i> : (siehe Müller, Petra)	93	41
<i>Müller, Petra; Müller, Michael</i> : Ein Bündnis für Arbeit, Kultur und Umwelt	93	41
<i>Nahles, Andrea</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	96	23
<i>Nahles, Andrea</i> : Die SPD-Linke vor dem Bundesparteitag 1997	96	11
<i>Neumann, Kurt</i> : Der Un-Sinn der Tolerierung	97	24
<i>Notz, Gisela</i> : Wi(e)der die Rückkehr der Dienstbotinnengesellschaft	97	18
<i>Olczyk, Hans-Joachim</i> : (siehe Vogel, Peter)	95	13
<i>Pasternack, Peer</i> : IMs – eine Fehlerdiskussion	98	43
<i>Pfeifer, Stefan</i> : (siehe Löckener, Ralf)	95	4
<i>Pigneron, Bernard</i> : So ein schöner Sieg. Frankreich nach der Wahl	96	4
<i>Podiumsdiskussion mit Bulmahn, Edelgard; Gysi, Gregor; Müller, Kerstin; Nahles, Andrea; Ramelow, Bodo</i> : Politikwechsel in Deutschland: Perspektiven – Parteien – Positionen	96	23
<i>Ramelow, Bodo</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	96	23
<i>Rath, Fritz</i> : Europas Gewerkschaften vor dem EURO-Zeitalter	95	33
<i>Riege, Fritz</i> : Entsolidarisierung im Gesundheitswesen	93	9
<i>Roth, Richard</i> : (siehe Bauer, Michael)	94	36
<i>Roth, Winfried</i> : Ernest Mandel: Theoretiker der kapitalistischen Krise	95	51
<i>Rothe, Mechtild</i> : Perspektiven Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union	97	51
<i>Round table mit Dehm, Diether; Hanewinkel, Christel; von Oertzen, Peter; Wehr, Andreas</i> : Die Linke und die DDR	93	45
<i>Rudolph, Karsten</i> : Vom Ende und Anfang der Sozialdemokratie	96	5
<i>Rünker, Reinhold; Krämer, Ralf</i> : Globalisierung und Politik. Einleitung zum Heftschwerpunkt	94	18
<i>Rüter, Michael</i> : Regierungsprogramm statt Rotweinführer	97	17
<i>Salzig, Benno; Schulze, Georg</i> : Der Trend geht zum Systemwechsel. Zeitgeistkonferenz Millenium Kassel	98	6
<i>Samimy, Wahid</i> : Afghanistan – das Debakel eines vergessenen Staates	97	42
<i>Schmidt, Ingo</i> : Der ‚Euro‘ – ein Verwirrspiel in drei Akten	95	30
<i>Schmittthener, Horst</i> : Bündnis für Arbeit – New deal für mehr Beschäftigung oder sozialpartnerschaftlicher Trugschluß?	93	15
<i>Schneppendahl, Heike</i> : Shell? – Boykottier ich! Krise, Jugend und Politik	97	10
<i>Schöler, Uli</i> : Ostdeutschland: Ende der Talsohle oder drohender Absturz?	96	31
<i>Schui, Herbert</i> : Neoliberalismus: theoretische und politische Grundlagen	96	34
<i>Schulze, Georg</i> : „Dem Guten, Schönen, Wahren“	94	43
<i>Schulze, Georg</i> : (siehe Salzig, Benno)	98	6
<i>Schunter-Kleemann, Susanne</i> : Der Verfall des „schwedischen Modells“ und die Lage der Frauen	96	46
<i>Schunter-Kleemann, Susanne</i> : Skeptikerinnen der Europäischen Union. Frauen in Norwegen und Schweden	95	38
<i>Schuster, Joachim</i> : Für einen ökologisch-solidarischen New Deal. Crossover-Arbeitstagung am 13.04.97	95	6
<i>Schuster, Joachim</i> : Vorbild oder Propaganda? Anmerkungen zum sogenannten holländischen Modell	97	49
<i>Siebert, Ingo; Thärichen, Holger</i> : Allgemeine Wehrpflicht und Gewaltsozialisation	97	36
<i>Sieling, Carsten</i> : In den Beratungen erfolgreich. SPD-Linke setzt Änderungen am Innovationsantrag durch	98	2
<i>Skarpelis-Sperk, Sigrid</i> : Wege aus der Krise	93	33
<i>Skarpelis-Sperk, Sigrid</i> : (siehe Krämer, Ralf)	97	4
<i>Spohn, Cornelia</i> : Gerüchte und ihre Folgen: Der Fall Monika Haas	93	11
<i>spw-AutorInnengruppe</i> : Raus aus der Sackgasse – Kurskorrektur für Europa!	95	29
<i>spw-intern</i>	93	6
<i>spw-intern</i>	94	6
<i>spw-intern</i>	95	8
<i>spw-intern</i>	96	2
<i>spw-intern</i>	97	2
<i>spw-intern</i>	98	5
<i>spw-Redaktion</i> : SPD-Unternehmer im sozial-ökologischen Aufbruch	95	11

REGISTER 1997

<i>Stechmann, Christoph</i> : Garzweiler II im Windschatten der Rechtsprechung?	96	8
<i>Struck, Olaf</i> : (siehe Deml, Jörg)	98	14
<i>Struck-Möbbeck, Olaf</i> : Tigersprung oder Katzenjammer. Ein Essay zu Südostasien	94	23
<i>Thärichen, Holger</i> : (siehe Siebert, Ingo)	97	36
<i>Thomas, Heiko</i> : Eckpunkte eines linken Europaprojektes	97	45
<i>Trosien, Antje; Walther, Claudia</i> : Lily Braun – kämpferische und bekämpfte Sozialistin	93	53
<i>Trosien, Antje</i> : Das Recht der Frauen auf Erwerb	98	7
<i>Trosien, Antje</i> : Gleichheit und Klassenkampf: Clara Zetkin zum 140. Geburtstag	96	56
<i>Unger, Frank</i> : Bill Clinton: Karriere eines „Achtundsechzigers“	98	47
<i>Vasic, Mark</i> : „Ajmo, Ajde svi u Bojkot“. Zur Lage einer demokratischen Option in Serbien	98	9
<i>Vogel, Peter; Olczyk, Hans-Joachim</i> : Türkei: „Eine Minute Finsternis für immerwährende Helligkeit“	95	13
<i>von Oertzen, Peter</i> : (siehe Round table)	93	45
<i>von Oertzen, Peter</i> : Es geht um einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch. Diskussionsthesen zur „Erfurter Erklärung“	94	4
<i>Wagner, Alexandra</i> : Die Linke und das Ziel der Vollbeschäftigung	95	18
<i>Wainwright, Hilary</i> : ‚New Labour‘ – Thatchers Erbe und Verfassungsreform	95	24
<i>Walther, Claudia</i> : (siehe Trosien, Antje)	93	53
<i>Walther, Claudia</i> : Europa, die Linke und Major Tom. Einleitung zum Heftschwerpunkt	95	22
<i>Wehr, Andreas</i> : Der Euro – ein linkes Ding?	93	2
<i>Wehr, Andreas</i> : (siehe Round table)	93	45
<i>Wehr, Andreas</i> : Völlig losgelöst, oder: Wie sich die Berliner SPD eine neue Basis sucht	95	47
<i>Westphal, Thomas</i> : (siehe Krämer, Ralf)	93	14
<i>Westphal, Thomas</i> : Klassenpolitischer Realismus und radikale Reformpolitik	93	19
<i>Wiele, Björn</i> : Das SPD-Desaster von Hamburg	97	9
<i>Wilhelmy, Frank</i> : „Moderner Sozialismus in der DDR“ – Reformansätze in der SED 1989	98	39
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Gewalt und Zivilisation. Einleitung zum Heftschwerpunkt	97	28
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Staatsflankierung von Arbeitszeitverkürzung	96	42
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Zivilisation und Barbarei	97	29
<i>Wilhelmy, Frank</i> : Zwei zu eins – für Kohl?	95	17
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Die SPD – Hüterin des goldenen Schatzes	96	10
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 1997	94	9
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Herbsttheater der Koalition?	98	13
<i>Winsemann, Burkhard</i> : Steuerpolitische Unübersichtlichkeit in der SPD	94	12
<i>Wutz, Roland</i> : (siehe Deml, Jörg)	96	52
<i>Zugehör, Rainer</i> : Globalisierung und Nationalstaat	95	43
<i>Zugehör, Rainer</i> : WTO – Instrument kapitalistischer Globalisierung	94	29

Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach AutorInnen der Bücher)

AutorIn: Titel (AutorIn der Rezension)	Heft	Seite
<i>Alt Vater, Elmar; Mahnkopf, Birgit</i> : Grenzen der Globalisierung (Zugehör)	95	43
<i>Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik</i> : Memorandum 97 (Krämer)	96	6
<i>Borchert, Jens; u.a. (Hrsg.)</i> : Das sozialdemokratische Modell (Rudolph)	96	5
<i>Bruch, Michael; Krebs, Hans-Peter</i> : Unternehmen Globus (Zugehör)	95	43
<i>Burchardt, Hans-Jürgen</i> : Kuba. Der lange Abschied von einem Mythos (Bell)	98	51
<i>Jansen, Mechtild</i> : Das Claudia-Nolte-Phänomen (Biermann)	97	11
<i>Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.)</i> : Jugend '97 – Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierung (Schneppendahl)	97	10
<i>JungsozialistInnen in der SPD UB Köln</i> : „... die treiben es ja auch zu weit.“ 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband (Möbbeck)	95	12
<i>Memorandum europäischer Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen</i> : Vollbeschäftigung, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit für Europa (Krämer)	96	6
<i>Otto-Peters, Luise</i> : Das Recht der Frauen auf Erwerb (Trosien)	98	7
<i>Richter, Götz; Wittenberg, Hannelore; Hielscher, Volker</i> : Gewerkschaftsarbeit im Wohnbereich (Dörgeloh)	95	15
<i>Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen Berlin</i> : Berliner Memorandum: Innovation, Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerb (Krämer)	96	6
<i>Vollmann, Anna; Zahn, Werner</i> : Kuba. Vom „Modell“ zurück zum „Hinterhof“? (Bell)	98	51

Sachverzeichnis

Die Angaben hinter den Stichworten beziehen sich auf Heftnummer/Seitenzahl und AutorInnen der Beiträge (es ist nur der erste Name genannt), deren Titel im alphabetischen AutorInnenverzeichnis nachgeschlagen werden können.

Stichwort: Heft/Seite AutorIn

Arbeit/Bündnis für Arbeit/Zukunft der Arbeit: 93/14 Krämer, 93/15 Schmitthenner, 93/37 Krämer, 95/18 Wagner, 96/42 Wilhelmy, 97/4 Krämer, 97/18 Notz, 97/49 Schuster, 98/6 Salzig, 98/14 Deml
Arbeitszeitverkürzung: 95/18 Wagner, 96/42 Wilhelmy
Crossover/rot-grüner Raum: 94/15 Cabalo, 95/6 Schuster, 96/23 Podiumsdiskussion
DDR: 93/45 Round table, 96/31 Schöler, 98/36 König, 98/39 Wilhelmy, 98/43 Pasternack
Deutschland/Innenpolitik: 93/11 Spohn, 95/17 Wilhelmy, 97/7 Hahnzog, 97/24 Neumann, 98/13 Winsemann, 98/43 Pasternack

- Dritte Welt/Nord-Süd-Problem*: 94/29 Zugehör, 97/42 Samimy
Energiepolitik/Solarer Umbau: 97/51 Rothe
Europa: 93/2 Wehr, 93/23 Huffschmid, 93/45 Round table, 94/55 Fuchs, 95/22 Walther, 95/29 spw-AutorInnengruppe, 95/33 Rath, 95/37 Albrecht, 95/38 Schunter-Kleemann, 96/16 Lange, 96/19 Albrecht, 97/45 Thomas, 97/46 Arenz, 97/45 Hansen, 97/51 Rothe
Finanzpolitik: 94/12 Winsemann, 96/10 Winsemann, 98/13 Winsemann
Frauenpolitik/Frauenbewegung: 93/53 Trosien, 95/38 Schunter-Kleemann, 96/48 Schunter-Kleemann, 96/56 Trosien, 97/11 Biermann, 97/18 Notz, 98/7 Trosien, 98/36 König
Friedenspolitik/Friedensbewegung: 93/56 Meier, 94/55 Fuchs, 95/55 Cremer, 95/58 Gilges, 96/21 Bahr (Interview), 97/36 Siebert, 97/38 Lutz
Gemeinwirtschaft/Neue Gemeinwirtschaft: 95/18 Wagner
Geschichte/Linke Geschichten: 93/45 Round table, 94/7 Fahimi, 94/51 Kebir (Gramsci), 94/46 Knoell, 95/12 Möbbeck, 96/56 Trosien, 98/20 Meyer, 98/21 Jansen, 98/25 Kremer, 98/31 Meyer, 98/39 Wilhelmy, 98/43 Pasternack, 98/54 Krätke
Geschlechterverhältnisse/Gender: 97/33 Augst, 97/18 Notz, 98/36 König
Gewalt: 97/ 28 Wilhelmy, 97/29 Wilhelmy, 97/33 Augst, 97/36 Siebert
Gewerkschaften: 95/4 Löckener, 95/15 Dörgeloh, 95/33 Rath, 97/7 Hensche
Globalisierung/Internationalisierung: 93/23 Huffschmid, 94/18 Rünker, 94/20 Lafontaine, 94/23 Struck-Möbbeck, 94/29 Zugehör, 95/43 Zugehör
Grüne: 95/55 Cremer
Hochschule: 94/15 Cabalo, 98/31 Meyer
Internationales: 93/13 Kretschmer (IUSY), 94/23 Struck-Möbbeck (Südostasien), 95/13 Vogel (Türkeri), 95/24 Wainwright (GB), 95/38 Schunter-Kleemann (Nowegen/Schweden), 96/4 Pignerol (Frankreich), 96/48 Schunter-Kleemann (Schweden), 97/42 Samimy (Afghanistan), 97/49 Schuster (Niederlande), 98/8 Vasic (Serbien), 98/47 Unger (USA), 98/51 Bell (Kuba)
IUSY: 93/13 Kretschmer
Jahresregister: 93/29 (1996)
Jugend: 97/13 Drücker, 97/10 Schneppendahl
Jusos: 94/7 Fahimi, 95/8 Kohlrausch, 95/12 Möbbeck, 96/11 Nahles, 97/10 Schneppendahl, 98/25 Kremer, 98/31 Meyer
Kapitalismus: 93/23 Huffschmid, 94/18 Rünker, 94/29 Zugehör, 94/32 Bömer, 95/43 Zugehör, 95/51 Roth, 96/34 Schui, 96/38 Butterwegge
Klassen/Klassenpolitik: 93/19 Westphal, 94/18 Rünker, 95/4 Löckener
Kultur/Lebensweise: 94/40 Dehm, 94/43 Schulze 97/13 Drücker
Linke: 93/2 Wehr, 93/4 Erfurter Erklärung, 93/19 Westphal, 93/41 Müller, 94/4 von Oertzen, 95/2 Kremer, 95/18 Wagner, 95/22 Walther, 95/29 spw-AutorInnengruppe, 95/37 Albrecht, 96/16 Lange, 96/19 Albrecht, 96/23 Podiumsdiskussion, 96/38 Butterwegge, 97/17 Rüter, 97/45 Thomas, 98/4 Krämer, 98/20 Meyer, 98/21 Jansen, 98/25 Kremer, 98/31 Meyer
Marxismus: (siehe TheoretikerInnen)
Medien: 93/47 Hooffacker
Musik: 94/40 Dehm, 94/43 Schulze
Nationalsozialismus: 94/46 Knoell
Neoliberalismus: 94/36 Bauer, 96/34 Schui, 96/38 Butterwegge
PDS: 94/16 Dietzel
Politikwechsel: 93/4 Erfurter Erklärung, 94/4 von Oertzen, 94/10 Erklärung, 95/6 Schuster, 96/23 Wilhelm, 96/23 Podiumsdiskussion, 97/24 Neumann, 98/4 Krämer
Politische Theorie/Staatstheorie: 94/51 Kebir, 95/43 Zugehör, 97/55 Krätke, 98/47 Unger, 98/54 Krätke
Rechte Politik und Ideologie: 94/36 Bauer, 94/46 Knoell, 96/34 Schui, 96/38 Butterwegge
Reformpolitik/-strategie: 93/4 Erfurter Erklärung, 93/19 Westphal, 93/41 Müller, 94/4 von Oertzen, 94/10 Erklärung, 95/6 Schuster, 96/16 Lange
Rot-Grün: 96/23 Podiumsdiskussion
Sozialdemokratie/allgemein: 93/45 Round table, 94/2 Kremer, 94/10 Erklärung, 94/12 Winsemann, 94/20 Lafontaine, 94/36 Bauer, 95/2 Kremer, 95/11 spw-Redaktion, 96/31 Schöler, 97/4 Krämer, 97/7 Hahnzog, 97/46 Arenz, 98/2 Sieling
Sozialdemokratie/Parteilinke: 94/9 Winsemann, 94/10 Erklärung, 95/58 Gilges, 96/11 Nahles, 97/4 Krämer, 97/17 Rüter, 98/2 Sieling
Sozialdemokratie/regional: 95/45 Mansfelder Forum (Sachsen-Anhalt), 95/47 Wehr (Berlin), 96/13 Borchert (Ostdeutschland)
Sozialdemokratie/international: 93/13 Kretschmer (IUSY), 95/2 Kremer, 95/24 Wainwright (GB), 97/15 Initiative (Österreich), 98/47 Unger (USA)
Sozialpolitik/Sozialstaat: 93/9 Riege, 96/38 Butterwegge, 96/48 Schunter-Kleemann, 96/52 Deml, 98/13 Winsemann, 98/14 Deml
spw: 93/6 spw intern, 93/2 (Jahresregister 1996), 94/6 spw intern, 95/8 spw intern, 95/29 spw-AutorInnengruppe, 96/2 spw intern, 97/2 spw intern, 98/5 spw intern
Staat/Staatsreform: 95/43 Zugehör
TheoretikerInnen: 93/53 Trosien (Braun), 94/51 Kebir (Gramsci), 95/51 Roth (Mandel), 96/56 Trosien (Zetkin), 97/55 Krätke (Bauer), 98/54 Krätke (Bauer)
Umwelt/Ökologie: 93/41 Müller, 94/13 Bimboes, 96/8 Stechmann, 97/13 Drücker
Wahlen/Deutschland: 97/9 Wiele (Hamburg)
Wirtschaftspolitik/Ökonomie: 93/14 Krämer, 93/15 Schmitthener, 93/23 Huffschmid, 93/33 Skarpelis-Sperk, 93/37 Krämer, 94/18 Rünker, 94/20 Lafontaine, 94/32 Bömer, 96/19 Albrecht, 96/31 Schöler, 96/34 Schui, 97/4 Krämer, 97/46 Arenz, 98/2 Sieling
Zivilisation: 97/ 28 Wilhelmy, 97/29 Wilhelmy

Vor nunmehr acht Jahren wurde das Berliner Grundsatzprogramm der SPD bei nur einer Gestimme und drei Enthaltungen beschlossen. Dem Beschluß voran ging eine lange Programmdebatte, in deren Verlauf zunächst 1986 der Irseer Entwurf und schließlich im März 1989 ein zweiter Entwurf der Programmkommission vorgelegt wurden. Mit dem Beschluß des Grundsatzprogramms ist zugleich der Prozeß der inhaltlichen Erneuerung der SPD nach dem Verlust der Regierungsmehrheit 1982 zum Abschluß gekommen: das Berliner Programm dokumentiert zu allererst die Verarbeitung der Defizite der Schmidt-Ära, insbesondere im Verhältnis zu den sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Wohl aus keinem anderen programmatischen Dokument der Sozialdemokratie spricht soviel an Verbundenheit mit den fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen: Internationale Solidarität und Kooperation, zivile Konfliktlösung, ökologischer Umbau und Gleichstellung der Geschlechter prägen die Ziele des Berliner Programms.

Gleichzeitig ging dem Beschluß des Berliner Programms eine zum Teil heftige Debatte voraus, die das Verhältnis zu den Gewerkschaften betraf. Insbesondere die Interventionen Lafontaines – vom Vorstoß für Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, über die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten einschließlich Sonntagsarbeit bis zur Debatte über eine Relativierung der Bedeutung der Erwerbsarbeit – signalisierten eine schrittweise Auflösung des engen Bündnisses zwischen SPD und Gewerkschaften. Dabei profilierte sich Lafontaine auf Kosten der Gewerkschaften und mit Unterstützung der Medienlandschaft als Modernisierer.

Die Programmlinie

In der Schlußphase der Beratungen zum Grundsatzprogramm formierte sich die sozialdemokratische Parteilinke als „Programmlinie“, um die schlichte Gegenüberstellung von Modernisierern versus Traditionalisten mit einer modernen linken Position mit starkem gewerkschaftlichen Bezug zu durchkreuzen. In diesem Kontext konnten auch die Jusos eine produktive Rolle einnehmen. Der Juso-Bundeskongreß 1989 in Osnabrück, auf dem wir offensiv die inhaltliche Auseinandersetzung mit Oskar Lafontaine über die Zukunft der Arbeit suchten, konnte eine zu diesem Zeitpunkt ungewöhnlich starke Öffentlichkeit erreichen. Mit breit im Verband getragenen Alternativpositionen konnten wir uns in die Programmdebatte einschreiben und zur Konzentration der linken Bezirke auf einige zentrale Auseinandersetzungsfelder – insbesondere die Wirtschaftsdemokratie, den ökologischen Umbau, die Arbeitszeitverkürzung und die Investitionspolitik beitragen. Mit unserem Alternativvorschlag für ein jugendpolitisches Kapitel konnten wir uns schließlich auf dem Bundesparteitag gegen die Antragskommission durchsetzen.

Der „Programmlinken“ ist es gelungen, noch im Vorfeld und auf dem Parteitag selber eine weitere Verschiebung des Programms nach links zu bewirken: insbesondere konnten die Instrumente, mit denen die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des Programms durchgesetzt werden sollen, verstärkt werden. Die im Vorfeld entstandene Distanz zu den Gewerkschaften konnte mit dem Programmtext substantiell und symbolisch wieder gekittet werden.

Die Programmlinie scheute sich nicht, weiterreichende Vorschläge auf dem Parteitag einzubringen, mit denen ihr linkes Profil geschärft wurde, obgleich die Mehrheit des Parteitags diesen Überlegungen nicht folgte. In-

Was bleibt vom Berliner Programm?

von Susi Möbbeck*

samt kann das Berliner Programm, kann der Berliner Programmparteitag durchaus als gelungenes Beispiel für Interventions- und „Kampagnenfähigkeit“ der Parteilinken gelten. Übrigens unter starker Beteiligung aus dem spw-Zusammenhang. So waren es auch nicht zuletzt unsere Initiativen im Rahmen der Programmdebatte, die namhafte „Programmlinie“ dazu bewogen haben, sich an der Neuformierung unseres Zeitschriftenzusammenhangs 1993 zu beteiligen, um damit ein Medium des linken Diskurses und der politischen Intervention zu erhalten.

Berliner Parteitag als Wendepunkt

Der Berliner Programmparteitag vom 18.-20.12.1989 markiert aus meiner Sicht in vielerlei Hinsicht einen Wendepunkt der Entwicklung: einerseits wurde das wohl modernste sozialdemokratische Programm beschlossen, andererseits schlingerte die SPD schon in dieser Phase im Kielwasser der von der CDU betriebenen Einheits-Euphorie. Kaum jemals habe ich zwei so gegensätzliche Reden auf einem Parteitag gehört wie die Programm-Rede von Oskar Lafontaine, in der er eindrücklich die gesellschaftspolitische Kraft und den internationalistischen Charakter des Programms präsentierte, einerseits und die Deutschland-Rede von Willy Brandt, in der er die nationale Einheit der Deutschen beschwor, andererseits. Einen Wendepunkt markierte der Parteitag aber vor allem deshalb, weil quasi am Tag nach dem Parteitag der Abbruch der Grundpositionen des Berliner Programms begann: außen- und friedenspolitisch, ausländer- und asylpolitisch und natürlich wirtschaftspolitisch. Die enge Verbindung des Umbaugedankens mit der Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft, die die „Philosophie“ des Berliner Programms prägt, wäre schon kurze Zeit nach dem Berliner Parteitag unter Verweis auf das Scheitern des Realsozialismus vom Tisch gewischt worden. Dies zeigte sich schon wenig später bei dem unter tatkräftiger Hilfe von westdeutschen Wirtschaftspolitikern im Frühjahr 1990 formulierten Wirtschaftsprogramm der SDP der DDR.

Nun soll hier kein Abriß der eher unerfreulichen vergangenen acht Jahre SPD-Entwicklung erfolgen. Vergleicht man aber die im Dezember '97 auf dem SPD-Bundesparteitag im sogenannten „Innovationsbeschluß“ fixierte aktuelle wirtschaftspolitische Debatte der SPD mit der Diskussion um das Berliner Grundsatzprogramm vom

Wohl aus keinem anderen programmatischen Dokument der Sozialdemokratie spricht soviel an Verbundenheit mit den fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen wie aus dem Berliner Programm.

* Susi Möbbeck, Politikwissenschaftlerin, spw-Mitherausgeberin, war 1988-1991 Juso-Bundesvorsitzende und Mitglied der Programmkommission, Heute arbeitet sie als Pressesprecherin der SPD Sachsen-Anhalt und lebt in Magdeburg



Dezember '89, so ist der Paradigmenwechsel, der sich in der Zwischenzeit vollzogen hat, unschwer zu erkennen.

Natürlich argumentieren Grundsatzprogramm und Innovationsbeschluß auf verschiedenen Ebenen. So sind im Innovationsbeschluß viele konkrete Vorschläge enthalten, gegen die absolut nichts einzuwenden ist und die bereits zum soundsovielten Mal von der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag als Antrag eingebracht worden sind. Interessant erscheint mir aber der Vergleich der „Philosophie“ von Innovationsdiskurs und Berliner Programm.

Wachstum, Technik und Innovation

Das Berliner Programm folgt einem qualitativen Fortschritts- und Wachstumsbegriff: „Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muß, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muß, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.“ (Berliner Grundsatzprogramm, GSP:39) Als zentrale Aufgabe der Politik definiert das Berliner Programm die Auswahl von Wachstumsfeldern, den genannten Zielstellungen entsprechend. Dieses Herangehen prägt auch den Technikbegriff des Berliner Programms. Die technische Entwicklung wird in ihrer Gestaltbarkeit begriffen. „Deshalb ist nicht jede technische Innovation Fortschritt.“ (ebd.) Daraus erfolgt der das Berliner Programm durchziehende Gestaltungsauftrag: „Die technisch-wissenschaftliche Entwicklung ist weder autonom noch unabänderlich. Sie bietet immer mehr Möglichkeiten an, als verwirklicht werden. In jedem Fall wird ausgewählt. Es kommt darauf an, nach welchen Kriterien und in wessen Interesse dies geschieht. Bisher dominieren Gewinnstreben und militärische Interessen. So wird Technikgestaltung zur zentralen Aufgabe. ... Technik muß so gestaltet und eingesetzt werden, daß Fehler beherrschbar und korrigierbar und Fehlentwicklungen durch künftige Generationen revidierbar sind.“ (GSP:40)

Im Innovationsbeschluss heißt es dagegen: „Mit einer neuen Politik wollen wir die Ziele der europäischen Aufklärung und der europäischen Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Teilhabe verwirklichen. Ökonomische Modernisierung und soziale Modernität müssen in Einklang stehen. Für diese Ziele wollen wir arbeiten. Um sie zu erreichen, müssen wir Deutschlands Stellung im Bereich wichtiger Spitzentechnologien verbessern und unser Bildungssystem einschließlich der Hochschulen und der Weiterbildung effektiver und beweglicher gestalten.“ (Innovationsbeschluß des Hannoveraner Bundesparteitags, Inno:3).

Von gesellschaftspolitischer Gestaltung keine Spur – vielmehr wird die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zum Fokus des eigenen Politikansatzes. Dabei unterscheidet sich dieser Ansatz vom neoliberalen Mainstream vorrangig dadurch, daß der Standortwettbewerb nicht vorrangig durch eine Lohnsenkungspolitik betrieben werden soll, sondern durch Innovationskonkurrenz: „Deutschland kann seine Wettbewerbsfähigkeit nicht in einem Kosten-senkungswettbewerb sichern. Wir müssen uns vielmehr auf

unsere Stärken und Tugenden besinnen: Erfindergeist und Leistungsbereitschaft, Qualifikation und technologischer Vorsprung, Disziplin und Gemeinschaftssinn.“ (ebd.)

Während das Berliner Programm die Gestaltbarkeit und den Gestaltungsauftrag der Politik in den Mittelpunkt rückt, steht im Zentrum des Innovationsdiskurses die unbedingte Forcierung der technischen Entwicklung. Symptomatisch für dieses Herangehen steht der Umgang mit der Bio- und Gentechnologie: während im Berliner Programm Chancen- und Risikenabwägung, Technikbewertung und -folgenabschätzung einen systematischen Platz haben, mußte der Gedanke der Beherrschbarkeit und Korrigierbarkeit dieser technologischen Entwicklungspfade im Innovationsbeschluß erst mühsam gegen den Widerstand seiner Protagonisten durchgesetzt werden.

Ein systematisch eingearbeiteter qualitativer Technik- und Wachstumsbegriff fehlt dem Innovationsdiskurs. Dies hat zur Folge, daß der inhaltliche Gehalt von Innovation unbestimmt bleibt und letztlich die Hauptbotschaft darin besteht, daß die Sozialdemokratie Technikentwicklung und notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel fördert. „Die Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen ist nicht durch Festhalten am Hergebrachten möglich ... Wir wollen die Innovationskräfte in Technik, Wissenschaft und Qualifikation mobilisieren und die Bereitschaft für Veränderungen fördern.“ (Inno:2)

Oder zugespitzt: statt Technikgestaltung im Dienste unserer gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen zeichnet sich die Sozialdemokratie durch Akzeptanzförderung und soziale Absicherung aus.

Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Planung

Das Berliner Programm geht aus von der „historischen Grunderfahrung“ der Arbeiterbewegung, „daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“ (GSP:6) Vor diesem Hintergrund wird Wirtschaftsdemokratie als zentrales Ziel und Instrument sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entwickelt. „In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.“ (GSP:41)

Wer also eine Politik ausgewählter Wachstumsfelder auch durchsetzen will, muß die Wirtschaft demokratisieren und die zentralen wirtschaftlichen Entwicklungsentscheidungen gesellschaftlich steuern. „Wir wollen eine an qualitativen Kriterien ausgerichtete Entwicklung unserer Wirtschaft. Sie soll vor allem der Vollbeschäftigung, der Erhaltung ökologischer Kreisläufe und damit der Lebensqualität dienen. Die hierfür notwendige gesamtgesellschaftliche Steuerung muß politisch bestimmt und durchgesetzt werden ... Die Frage ist dabei nicht, ob der Staat auf die Wirtschaft einwirkt, sondern allein, mit welchen Zielen und Mitteln er es tut.“ (GSP:41) Als Instrumente der angestrebten Steuerung betrachtet das Berliner Programm insbesondere regionale und übergreifende Entwicklungspläne sowie Wirtschafts- und Sozialausschüsse mit Informations-, Beratungs- und Initiativrechten in Kommunen, Ländern und Bund. Die Wirtschafts- und Sozialausschüsse, denen neben Gewerkschaften und Arbeitgebern auch Vertreter von Umwelt- und Verbraucherverbänden angehören sollen, dienen insbesondere der De-

Einen Wendepunkt markierte der Berliner Parteitag aber vor allem deshalb, weil quasi am Tag danach der Abbruch der Grundpositionen des Berliner Programms begann.

mokratisierung der Strukturpolitik und könnten ein zentrales Instrument sein, um – vor allem regional – eine moderne gesellschaftliche Kompromiß- und Konsensbildung bei wichtigen strukturpolitischen Entscheidungen zu entwickeln.

Die wirtschaftspolitische Philosophie des Berliner Programms ist geprägt von dem Gedanken, gesellschaftlichen Zielvorstellungen, die sich an den zentralen Herausforderungen orientieren und im demokratischen Diskurs immer wieder überprüft werden müssen, gegenüber den Kapitalverwertungsinteressen zur Durchsetzung zu verhelfen. Es nennt dazu – wenn auch häufig zu schwach – politische Instrumente.

Derartige Vorstellungen sucht man im Innovationsantrag vergebens. Bestehende unterschiedliche, gar gegensätzliche wirtschaftliche und soziale Interessen werden mit Hilfe des Innovationsbegriffs verdeckt. Weder die Demokratisierung, noch die machtpolitische Durchsetzung unserer Vorstellungen spielen dementsprechend im Innovationsdiskurs eine Rolle.

Ökologischer Umbau und Investitionspolitik

Als zentrale Herausforderung gilt dem Berliner Programm der ökologisch nachhaltige Umbau unserer Produktions-, Arbeits- und Lebensweise. „Gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie. Sie wird zur Basis verantwortlichen Wirtschaftens.“ (GSP:37) Einer ökologischen Steuerreform wird im Berliner Programm erstmals eine wichtige Rolle beim ökologischen Umbau zugemessen, doch spielen daneben der stoffliche Umbau unserer Produktionsweise, das Umweltrecht und eine ökologische Investitionspolitik eine bedeutende Rolle. Hauptfelder des ökologischen Umbaus sind dabei Energie, Verkehr, Chemie und Landwirtschaft.

Im Innovationsdiskurs hingegen wird die ökologische Erneuerung nicht als zentrale Herausforderung für den Umbau unserer gesamten Produktionsweise begriffen. Vielmehr tauchte „Umwelt“ im ursprünglichen Antrag fast ausschließlich als Export von Umwelttechnologien auf. Hier wurden erst im Verlauf der Debatte wichtige Forderungen eingefügt. Eine ökologische Investitionspolitik, die eine ökologische Umsteuerung erst ermöglicht, konnte nur gegen starke Widerstände auf dem Parteitag in schwacher Form durchgesetzt werden.

Finanzpolitik

Natürlich ist das Thema „Öffentliche Finanzen“ auch in den Beratungen zum Berliner Programm bereits umkämpft gewesen. Schließlich wird eine antizyklische Finanzpolitik im Berliner Programm aber grundsätzlich für sinnvoll erachtet, wenn sie den gesellschaftlichen Zielstellungen dient. „Ausschließlich oder überwiegend kreditfinanzierte öffentliche Programme für wichtige Wachstumsfelder können kurzfristig Konjunkturerinbrüche mildern, die ökologische Erneuerung anstoßen und Arbeitsplätze schaffen. Umfassende und langfristige Beschäftigungsprogramme und Investitionsfonds kommen nur für genau definierte ökologische oder soziale Ziele von struktureller Bedeutung in Frage und müssen in erster Linie aus der Belastung nichtinvestierter Gewinne oder höherer Einkommen finanziert werden.“ (GSP:45)

Der Innovationsbeschluß bleibt hier zwar überaus nebulös, doch scheint, nachdem unsere sozialdemokratischen Finanzpolitiker sich zeitweise völlig an den neoliberalen Sparkurs gehängt hatten, allmählich die Erkenntnis

wieder zu wachsen, daß die Finanzspielräume der öffentlichen Hände kurzfristig erweitert werden müssen, um eine gezielte Innovations- und Beschäftigungspolitik überhaupt in Angriff nehmen zu können.

Arbeitsmarkt und Arbeitszeitverkürzung

Neben der ökologischen Erneuerung, steht die Massenarbeitslosigkeit als politische Herausforderung an vorderster Stelle im Berliner Programm. „Eine neue Politik der Arbeit“ soll das Recht auf Arbeit verwirklichen helfen und für Vollbeschäftigung sorgen. Das Berliner Programm setzt einerseits darauf, durch eine Politik öffentlicher Zukunftsinvestitionen in den Feldern gesellschaftlichen Bedarfs wie sozialen und kulturellen Diensten, bei der Erneuerung von Infrastruktur, Städten und Dörfern, bei ökologischem Umbau und Sanierung etc. neue Arbeit zu schaffen und andererseits durch eine Politik deutlicher Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung der Arbeit zu realisieren. Das Berliner Programm präferiert eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, damit die Arbeitszeitverkürzung auch einen Beitrag zu mehr Zeitsouveränität der Beschäftigten und zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung leisten kann. „Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich wird. Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muß die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den sechsständigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.“ (GSP:25)

Hatte die Arbeitszeitverkürzung im Innovationsdiskurs zunächst eine völlig untergeordnete Rolle gespielt, so wurde auch hier nachgebessert. Im Unterschied zum Berliner Programm steht aber immer noch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Interesse besserer Verwertungsbedingungen im Mittelpunkt. Arbeitszeitverkürzung wird aber nur unzureichend als wichtiger Beitrag zur Schaffung von neuen Vollerwerbs-Arbeitsplätzen und als gesellschaftspolitisches Reformprojekt, mit dem gesellschaftliche Innovationspotentiale freigesetzt werden könnten, begriffen.

Sozialstaat

„Die Arbeiterbewegung hat über Generationen hinweg den Sozialstaat erkämpft. Wir werden ihn erhalten und ausbauen.“ (GSP:31) Dabei steht im Berliner Programm der emanzipative Charakter des Sozialstaats im Zentrum: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten. Sie soll Lebens- und Arbeitsbedingungen menschenwürdig machen.“ (ebd.) Im Innovationsbeschluß heißt es demgegenüber: „Aber es ist nicht alles finanzierbar, was wünschenswert ist. Wir brauchen deshalb ein richtiges Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität und einen effektiveren und zielgenaueren Ressourceneinsatz“ (Inno:26). An anderer Stelle wird der Bezug von Sozialhilfe an die Annahme von angebotener Arbeit geknüpft (vgl. Inno:18). Da mutet es schon wie eine Mahnung an, wenn es im Berliner Programm heißt: „Es berührt Menschen in ihrer Würde, ob sie Sozialleistungen aufgrund von Rechtsansprüchen oder als wohlthätige Zuwendungen erhalten ... Wer soziale Hilfen in Anspruch nimmt, darf nicht diskriminiert werden.“ (GSP: 32)

Die wirtschaftspolitische Philosophie des Berliner Programms ist geprägt von dem Gedanken, gesellschaftlichen Zielvorstellungen gegenüber den Kapitalverwertungsinteressen zur Durchsetzung zu verhelfen.



Hier deutet sich im SPD-Innovationsdiskurs ein restriktiver Sozialstaatsansatz an, der mehr an konservative Subsidiaritätskonzepte erinnert als an den emanzipativen Sozialstaatsbegriff des Berliner Programms.

Ein gesellschaftliches Reformbündnis ?

„Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen. Der Kern dieses Bündnisses bleibt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Es muß aber auch alle umfassen, die durch Erfahrungen in ihrem Alltag oder ihr Engagement

Hier liegt die schwächste Seite des Innovationsdiskurses: er verfügt über keine Vorstellung von einem gesellschaftspolitischen Projekt, keine Bündnispartner und definiert keine Gegner.

in neuen sozialen Bewegungen von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen überzeugt sind. Wir brauchen ein breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derer zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen oder politischen Macht zugute kommt.“ (GSP:51)

Wenn es auch zum Teil unkonkret bleibt, so kann das Berliner Programm doch in Anspruch nehmen, ein Reformprojekt zu formulieren, für das gesellschaftliche Gruppen und Kräfte aufgrund ihrer materiellen, sozialen, politischen und kulturellen Interessen gewonnen werden können. Es bestimmt die Richtung, die sozialen Kräfte der Reform und die Widerstände, die es zu überwinden gilt.

Hier liegt die schwächste Seite des Innovationsdiskurses: er verfügt über keine Vorstellung von einem gesellschaftspolitischen Projekt, keine Bündnispartner und definiert keine Gegner. Angesichts der Tatsache, daß die Losung „Innovation und Gerechtigkeit“ der SPD 1998 zur Rückkehr an die Macht verhelfen soll, stellt sich aber um so mehr die Frage: für wen und gegen wen?

Daß mit der Verbindung der Stichworte Innovation und Gerechtigkeit durchaus ein Schlüsselthema für ein gesellschaftliches Reformprojekt benannt worden ist, soll hier nicht in Abrede gestellt werden. Allein, es fehlt dem Ganzen die gesellschaftspolitische Dynamik, weil nicht erkennbar wird, was Innovationspolitik für uns im Kern inhaltlich bedeutet. Wenn die Botschaft letztlich ist: „wir sind die, die den wirtschaftlich notwendigen Strukturwandel sozial abfedern“, kann man unschwer prognostizieren, daß sich dafür keine gesellschaftliche Mobilisierung entfalten läßt.

Und damit bin ich wieder bei der Frage: „Was bleibt vom Berliner Programm?“ Die im Grundsatzprogramm entwickelten reformpolitischen Zielstellungen, Durchsetzungs- und Demokratisierungsperspektiven könnten durchaus für eine sozialdemokratische Innovationsstrategie nutzbar gemacht werden. Eine – dem neoliberalen Mainstream gegenüberzustellende – Innovationspolitik von links müßte also zu allererst benennen, für welche Ziele wir eigentlich Innovationspolitik betreiben wollen, welche Innovationen wir demnach fördern und welche nicht, wen wir dazu als Bündnispartner gewinnen wollen und gegen wen wir eine am Umbaugedanken ausgerichtete Innovationspolitik durchsetzen müssen. spw

Die Krise, der Neoliberalismus und die Suche nach einer neuen Prosperitätskonstellation

Anforderungen an die sozialistische Linke in der SPD

von Ulf-Birger Franz*

Der SPD-Bundesparteitag im Dezember war einmal mehr ein Ausdruck der gegenwärtigen Hegemonieverhältnisse innerhalb der Partei. Wer gehofft hatte, die Linke würde den Parteitag für eigene Akzentsetzungen nutzen, wurde enttäuscht. Stattdessen hat sich die Parteiführung in allen wesentlichen Fragen durchgesetzt. Dies allein der Harmoniesucht von Delegierten oder

einer mangelhaften Parteitagegriege durch die Parteilinke zuzuschreiben, würde deutlich zu kurz greifen. Stattdessen ist eine Auseinandersetzung mit eigenen Schwächen notwendig, die über die Einschätzung der parteiinternen Kräftekonstellationen hinausgeht und Aufgabenfelder für die sozialistische Linke benennt. Dieser Artikel soll einen Beitrag zu einer solchen tiefgehenden Debatte leisten.

Das Ende einer Epoche

Seit Ende der 70er Jahre haben sich Krisensymptome verfestigt, die heute kaum noch aus dem Alltag wegzudenken sind. Geringe Wachstumsraten, die unter dem Produktivitätszuwachs blieben, haben zu struktureller Massenarbeitslosigkeit geführt. Selbst in Phasen günstigen Konjunkturverlaufs stagniert die Zahl der Arbeitslosen bestenfalls. Auch durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Zunahme gering entlohnter Tätigkeiten mit niedriger Produktivität (wie in den USA und Großbritannien) entstehen lediglich prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts ausreichen. Die zunehmenden sozialen Verwerfungen gehen einher mit der weiter fortschreitenden Zerstörung natürlicher Ressourcen durch ihren exzessiven Verbrauch.

Dies alles nur als „normale“ Krisenerscheinung kapitalistischer Entwicklung zu deuten, greift zu kurz. Es darf vielmehr davon ausgegangen werden, daß wir es mit dem endgültigen und unwiederbringlichen Ende der Nachkriegsprosperität zu tun haben. Die anhaltende ökonomische Stagnation mit den entsprechenden Krisenerschei-

* Ulf-Birger Franz, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, Hannover

nungen von Wachstum und Sozialstaat ist Ausdruck einer strukturellen Regulierungskrise. Ihr Ausgangspunkt waren Strukturbrüche Mitte der 70er Jahre, die zum Umbruch grundlegender Gesellschaftsbeziehungen geführt haben.

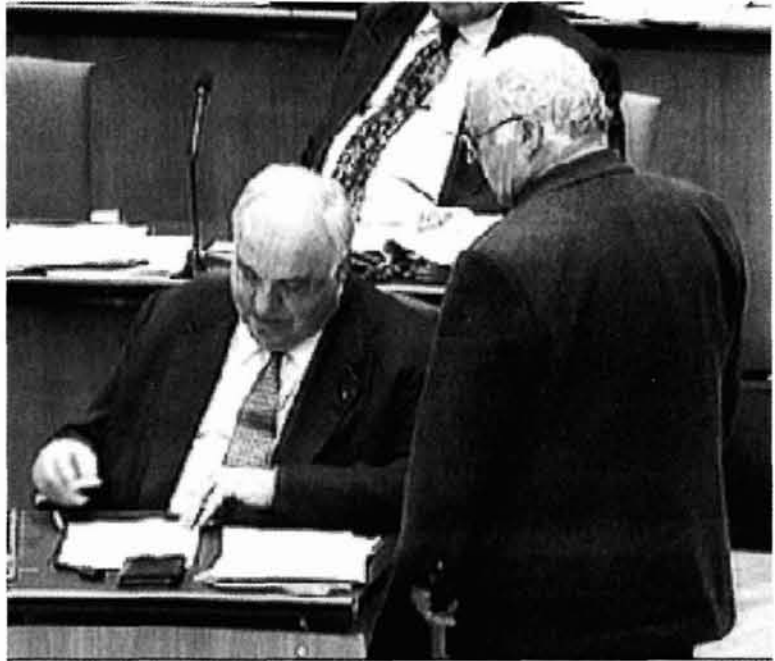
Um die Dimension dieser Entwicklung begreifen zu können, müssen wir uns die historische Einmaligkeit der Nachkriegsentwicklung in den entwickelten kapitalistischen Ländern vor Augen führen. Sie war das Produkt einer beispiellosen Konvergenz von sozialen Reformen, nachhaltigem Wachstum unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und allgemeiner Wohlfahrtssteigerung. Die Grundlage hierfür bestand vor allem aus zwei Elementen. Zum einen bildete sich auf der Basis einer aktiven Lohnpolitik (Absicherung der Lohneinkommen und Vermeidung von Lohnkonkurrenz) ein komplexes und vielfältig ineinandergreifendes Instrumentarium wohlfahrtsstaatlicher Politik heraus. Zum anderen gelang es darauf aufbauend dem modernen industriell-marktwirtschaftlichen Sektor, den bis dahin noch immer starken traditionellen Sektor zu erschließen und zu absorbieren.¹ Damit vollzog sich eine anhaltende „innere Landnahme“ des Kapitalismus, die einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung über mehrere Konjunkturzyklen hinweg erlaubte.²

Diese Wachstumskonstellation ist an ihre Grenzen gestoßen. Daran ändern auch einzelne zyklische Aufschwünge nichts. Sie können es allenfalls noch schaffen, die Verluste des vorhergehenden Abschwungs zu kompensieren. Die ökonomische Grundkonstellation ist nicht mehr in der Lage, „die produktiven Ressourcen dauerhaft auf halbwegs befriedigende Weise zu nutzen.“³ Ein Beispiel für die dadurch auftretenden Brüche ist die Aufblähung der internationalen Finanzmärkte und die Verlagerung von Investitionen in Spekulationsgeschäfte. Die Frage der natürlichen Ressourcen ist ein anderes. Die Konferenzen von Rio und Kyoto waren wie der zweite Golfkrieg Ausdruck höchst unterschiedlicher Strategien kapitalistischer Staaten im Umgang mit den natürlichen Grundlagen. So versuchen insbesondere die USA, der schwächelnden Konjunktur durch einen exzessiven und höchst ineffizienten Energieverbrauch auf die Sprünge zu helfen.⁴

Die Aufkündigung des wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses war eine Antwort auf die Strukturkrise Ende der 70er Jahre. Die Grenzen relativer Mehrwertsteigerung durch eine Verlangsamung technologischer Entwicklungszyklen sollten durch eine Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen kompensiert werden. Die Strategie der Globalisierung war eine andere. Die Globalisierung ist also keinesfalls nur eine Ursache ökonomischer Krisenerscheinungen, sondern vor allem eine Folge dieser. Sie stellt eine Verhaltensmaxime für Unternehmen angesichts stagnierender Binnenmärkte dar. Die Grenzen dieser „äußeren Landnahme“ zeigen sich nicht zuletzt durch die jüngsten Börsencrashes in Südostasien. Insgesamt deutet nichts darauf hin, daß die Impulse aus Schwellenländern (wie China) und Osteuropa ausreichen, um einen neuen Wachstumsschub in den kapitalistischen Zentren auszulösen. Gleiches gilt für neuere Versuche „innerer Landnahme“, etwa durch die Kommerzialisierung von Freizeitangeboten oder die Privatisierung bisheriger Staatsunternehmen (z.B. der Telekom).

Je länger die Stagnation andauert, desto größer wird der Handlungsdruck auf die Politik, eine neue Prosperitätsphase herbeizuführen. Gegenwärtige politische Konzepte beschränken sich jedoch im wesentlichen darauf, Bedingungen zu restaurieren, die in der Vergangenheit (vermeintlich oder tatsächlich) mit Prosperität assoziiert

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



wurden. Diese Kritik schließt weite Teile der Linken durchaus mit ein.

Die Antworten des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus stellte keine konsistente Strategie dar. Seinen Aufstieg hatte er in erster Linie der Schwäche der Linken zu verdanken, die ihm das Feld überlassen hatte – und weniger seinen ökonomischen Ergebnissen. Die Wachstumsimpulse aufgrund neoliberaler Deregulierungspolitik („Thatcherismus“ und „Reaganomics“) haben sich schnell erschöpft und die Probleme verschärft. So stellt der Neoliberalismus heute in erster Linie den verzweifelten Versuch dar, „durch Rückgriff auf vergangene Erfolgsrezepte einen Ausweg aus der Krise zu finden, in die man sich zunehmend eingeschlossen fühlt.“⁵

Zur Durchsetzung einer auf die vermeintliche Verbesserung der Angebotsbedingungen orientierten Politik wird auf die bekannte Rhetorik der Standortdebatte zurückgegriffen. Darüberhinaus wurde Hegemonie produziert, indem gesellschaftliche Entwicklungen aufgegriffen und mit eigenen Vorstellungen verbunden wurden. Dies sei an den zwei wichtigsten Beispielen verdeutlicht:

Die Veränderung des Lohnverhältnisses

Zum einen wird die in der Nachkriegsprosperität dominante Form der Lohnarbeit immer mehr zurückgedrängt. Dies hat vor allem ökonomische Gründe. So sind die großen arbeitsteilig-hierarchisch aufgebauten Wirtschaftseinheiten, die in den 50er und 60er Jahren als die Prototypen industrieller Entwicklung galten, immer weniger in der Lage, die notwendigen technologischen Entwicklungen zu bewerkstelligen. Sie werden durch neue Formen der Arbeitsorganisation ergänzt und teilweise abgelöst. Daß dies auf die traditionelle Form des Lohnverhältnisses Auswirkungen haben muß, ist zwangsläufig. Zum anderen gibt es jedoch auch darüber hinausgehende gesellschaftliche Veränderungen, die Druck auf die bisherige Form der Lohnarbeit ausüben. Angeführt seien hier nur die ge-

Es ist kein Ausweg, Bedingungen restaurieren zu wollen, die in der Vergangenheit (vermeintlich oder tatsächlich) mit Prosperität assoziiert wurden.

schlechtsspezifische Arbeitsteilung als eine Basis traditioneller Lohnarbeit oder die Veränderung von Biographien im Zuge erweiterter Bildungschancen. Die aus diesen Entwicklungen resultierende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses hat weitreichende Auswirkungen sowohl auf die sozialen Sicherungssysteme als auch auf die bisherigen Formen gesellschaftlicher Arrangements (Beispiel Flächen-tarifvertrag).

Während sich die Linke im wesentlichen darauf beschränkt hat, dies zu geißeln, hat neoliberale Politik dies

Der neue sozialdemokratische Mainstream nimmt den Standortdiskurs der Neoliberalen auf und verändert seine Stoßrichtung. Die Regulierungskrise wird als Innovationskrise definiert.

aufgegriffen – wenn auch mit inakzeptablen Ergebnissen. Die umfassende Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes hat in erster Linie die Position der Beschäftigten gegenüber der Kapitaleseite verschlechtert, die Einkommenssituation verschärft und

die Spaltung des Arbeitsmarktes vertieft. Industriellen Kernbelegschaften und hochqualifizierten Beschäftigten in neuen Dienstleistungsbereichen steht eine ständig größer werdende Gruppe von Beschäftigten mit schlechtbezahlten, sozial ungeschützten und wenig produktiven Tätigkeiten gegenüber. Ein großer Teil dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse bleibt Frauen als vermeintlich beste Antwort auf ihre Lebenssituation vorbehalten. Die biographischen Risiken für die Einzelnen haben sich verschärft, ein Klima der Angst geschürt und nicht zuletzt auch gefügig gemacht.

Veränderung von Staat und Politik

Zum anderen hat sich auch das Staatsverständnis gewandelt. Bürokratische Dinosaurierbehörden versprühen den Charme einer vergangenen Epoche und sind darüberhinaus nicht in der Lage, ihre Steuerungsfunktion noch adäquat wahrzunehmen.

Während die Linke darauf eine Antwort schuldig geblieben ist, hat neoliberale Politik einen Großangriff auf einzelne staatliche Strukturen gestartet. Im Zentrum dieses Angriffs steht die wohlfahrtstaatliche Funktion des Staates. Der bürgerliche Staat, der historisch als Repressionsinstrument zur Aufrechterhaltung der öffentlichen

Insgesamt muß die Frage der ökonomischen Gesamtsteuerung ins Zentrum stärker ins Zentrum linker Politikentwicklung gerückt werden.

Ordnung etabliert worden ist und später – als zivilisatorische Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung – um seine wohlfahrtstaatliche Komponente ergänzt wurde, soll wieder auf seine ursprüngliche Funktion zurückgestutzt werden.⁶

Dem Abbau wohlfahrtstaatlicher Instrumente steht in allen entwickelten kapitalistischen Staaten der Ausbau polizeistaatlicher Strukturen gegenüber. In der Bundesrepublik sind die Debatten um „innere Sicherheit“, den „großen Lauschangriff“ und die Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge Ausdruck dessen.

Die neue Sozialdemokratie

Der neue sozialdemokratische Mainstream nimmt den Standortdiskurs der Neoliberalen auf und verändert seine Stoßrichtung. Die Regulierungskrise wird nicht in erster Linie als Kostenproblem definiert, sondern als Innovationskrise. Die ökonomischen Probleme werden auf die Unfähigkeit zur Entwicklung neuer Produkte und Märkte zurückgeführt. Folglich soll diese Blockade durch die Entfesselung

der dynamischen Kräfte des Marktes überwunden werden. Entsprechende Instrumente sind der Ausbau von Bildung und Forschung, eine aggressive Exportpolitik, eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Vermarktwirtschaftlichung vieler Lebensbereiche. Gleichzeitig sollen wohlfahrtstaatliche Aufgaben weiter beschnitten und in die Eigenverantwortung verlagert werden, um den Staat weiter „zu verschlanken“. Auch wenn dies kaum ausreichen dürfte, die ökonomische Krise zu überwinden und eine neue Prosperität einzuleiten, sollte die Ausstrahlungsfähigkeit dieses an Tony Blair angelehnten Symbolismus auf große Teile der Bevölkerung nicht unterschätzt werden.

Auf zahlreiche Fragen kann dieser Politikentwurf keine wirklichen Antworten geben. Zwar wird das neoliberale Staatsverständnis kritisiert, die eigenen Vorstellungen von einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik gehen jedoch über die Rolle eines Sekundanten für monopolistische Großunternehmen in den globalen Duellen um Marktanteile nicht hinaus. Darüber, wie künftige Beschäftigungsverhältnisse aussehen oder wie sie ausgehandelt werden sollen, besteht keine konkrete Vorstellung. Die Frage nach den künftigen Wachstumsfeldern sowie nach einer effizienten Nutzung stofflicher und menschlicher Ressourcen wird lediglich mit symbolischen Phrasen beantwortet. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Entwicklung der internationalen Kapitalmärkte als wirkliche Innovationsbremsen werden völlig ausgeblendet. Diese konzeptionellen Schwächen dürften spätestens nach einem Jahr Regierungsverantwortung deutlich werden. Spätestens an diesem Punkt wird sich zeigen, welche Alternativen die Linke in die Waagschale werfen kann

Anforderungen an die sozialistische Linke

Wenn die Annahme stimmt, daß jede Prosperitätskonstellation historisch einmalig ist und ein spezifisches und komplexes System gesellschaftlicher Beziehungen voraussetzt, dann stellt sich die Frage, wie einzelne Elemente einer neuen Wachstumsperiode aussehen könnten. Drei Felder sind dafür zentral:

1. Die Entwicklung der künftigen Arbeitsverhältnisse

Eine Beharrung auf traditionellen Erwerbsmodellen kann nicht die Lösung darstellen. Es muß vielmehr darum gehen, die Interessen von Beschäftigten nach hoher Souveränität über Arbeitszeiten und Lebensläufe aufzugreifen und mit wirksamen Formen kollektivvertraglicher und sozialstaatlicher Absicherung zu verbinden. Dazu gehören neue Instrumente betrieblicher Demokratie ebenso wie ein neukonzipiertes Bildungswesen und eine Neuorganisation der Reproduktionsarbeit, die die Verantwortung nicht in die Sphäre des scheinbar Privaten abschiebt.

2. Der moderne Staat

Linke Politik darf sich nicht auf die Verteidigung des bürgerlichen Staatsmodells der Nachkriegszeit beschränken. Es muß vielmehr ein neuer Zuschnitt staatlicher Organisation entwickelt werden, der überhaupt erst wieder ein Comeback der Politik ermöglicht. Dem Szenario des handlungsunfähigen Staates, der bloß noch ein Spielball globaler Kapitalströme ist, muß ein modernes Staatsverständnis entgegengesetzt werden. Dies beinhaltet eine Demokratisierung staatlicher Institutionen und Entscheidungen ebenso wie eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstes. August Bebel dürrte sich im Grabe umdrehen, wenn er erführe, wie einige Linke heute das

SOZIALDEMOKRATIE IM ÜBERGANG

preußische Berufsbeamtentum verteidigen. Nicht zuletzt muß es darum gehen, in Europa ein supranationales Staatswesen aufzubauen, das imstande ist, seinen Beitrag zur Neukonstitution der europäischen Wirtschaftsordnung zu leisten.

3. Die künftige technologische Entwicklung

Die Beschreibung neuer Wachstumsfelder und der technologischen Entwicklungsrichtung wird von der Linken (mit Ausnahme der Solarenergie) sträflich vernachlässigt. Die Konzeption einer eigenen Technologiepolitik mit weiteren attraktiven Pionierfeldern steht ebenso aus wie eine Antwort auf die Problematik der Ressourcenverschwendung.

Insgesamt muß die Frage der ökonomischen Gesamtsteuerung stärker ins Zentrum linker Politikentwicklung gerückt werden. Es muß darum gehen, tragfähige Konzepte zu entwickeln und diese zu einem Gesamtentwurf für eine moderne industrielle Demokratie zu verbinden. Mit einfachen Antworten und technokratischen Einzelschlägen dürfte die Linke kein Terrain zurückgewinnen.

spw

- 1 Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität (2. Auflage 1989), S. 193f.
- 2 Der Begriff der „inneren Landnahme“ stammt ursprünglich von

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Rosa Luxemburg, die diese Entwicklung für die erste kapitalistische Prosperitätsphase beschrieb, nachzulesen in: Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals (1913)

- 3 Burkart Lutz: a. a. O., S. 238
- 4 Alain Lipietz: Berlin, Bagdad, Rio (1993), S. 109ff.
- 5 Burkart Lutz: Der Neoliberalismus ist nicht die Lösung, sondern Teil der Krise, in: Bourdieu/Debons/Hensche/Lutz u. a.: Perspektiven des Protests (1997), S. 32
- 6 Pierre Bourdieu: Die fortschrittlichen Kräfte, ebenda, S. 18f.

In Meinungsumfragen erhält Tony Blair nach einem halben Jahr Amtszeit eine Zustimmung von 93%. Ist Blair's Britain damit das Modell für die Sozialdemokratie der Zukunft in Europa? Oder sind die ersten, kleinen Regierungskrisen und innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik bereits das Menetekel für das Modell Blair? Und handelt es sich dabei überhaupt um ein sozialdemokratisches Modell oder um „neoliberalism with a human face“? Übrigens, die 7% der Briten, die Tony Blairs Politik nicht zustimmen, sind zu 100% Labour-Anhänger, meint zumindest Ken Livingstone.¹

Die „Modernisierung“ der Labour-Party

Die Reformen, die die Labour Party in ihre jetzige, „modernisierte“ Form brachten, begannen schon vor der Wahl Blairs zum Labour-Vorsitzenden. Wichtigster Aspekt war dabei die innerparteiliche Entmachtung der Gewerkschaften. Zementiert wurde diese Machtverschiebung 1993 noch unter John Smith dadurch, daß auf Parteitag das „one member – one vote“-Prinzip bei der Wahl des Parteivorsitzenden eingeführt wurde und den Gewerkschaften auch bei anderen Abstimmungen die große Zahl an Blockstimmen genommen wurde.²

1994, nach dem Tod John Smiths, setzte sich Tony Blair bei der Wahl zum Parteivorsitzenden mit 57% der Stimmen gegen John Prescott durch. Selbst bei den GewerkschaftsvertreterInnen erhielt Blair die Mehrheit (52%), am stärksten wurde er jedoch von der Gruppe der Abgeordneten unterstützt (60%).³

Blairs Wahl fiel zusammen mit dem Ende der Popularität des Thatcherismus. Steigende Arbeitslosigkeit in der Mittelklasse und ein starker Wertverlust von öffentlich gefördertem Wohneigentum verschafften Blairs Wunsch, aus der Labour Party eine Mittelstandspartei zu machen, eine realistische Perspektive.

Blair's Britain

Sozialdemokratisches Modell für das 21. Jahrhundert?

von Thorben Albrecht*

Die spektakulärste innerparteiliche Auseinandersetzung um den neuen Kurs Labours wurde um die Änderung der Clause IV des Parteistatuts geführt, die von Blair 1995 auf den Weg gebracht wurde und bei der die Zielbestimmung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch ein Bekenntnis zu einer mixed economy abgelöst wurde. Obwohl diese Änderung nicht mehr als eine Anpassung an die Realität war – keine Labour Regierung hatte ernsthaft die Verstaatlichung aller Produktionsmittel angestrebt – symbolisierte Blairs Erfolg in dieser Auseinandersetzung den innerparteilichen Sieg New Labours.

Es ging dabei um mehr als die Sozialdemokratisierung Labours. Blair vertritt und vertritt einen „ethischen Sozialismus“, in dem Sozialismus und Individualismus „versöhnt“ werden sollen und der starke Anleihen im Kommunitarismus nimmt. Der Widerspruch zwischen dem gleichzeitigen Bekenntnis zu freier Marktwirtschaft und Gemeinwohl bleibt dabei auch bei Blair unaufgelöst.

* Thorben Albrecht, Historiker, Internationaler Sekretär des Juso-Bundesverbandes, lebt in Bonn

Das Labour Wahlprogramm

Labour ging folgerichtig mit „common-sense“ Positionen in einen „catch-all“ Wahlkampf. Dabei grenzte sich die Partei in ihren Aussagen sowohl von klassischen, als überholt angesehenen linken, als auch von ideologisch-neoliberalen Ansätzen ab. Bei der Frage von Arbeitslosigkeit und Armut wurde die Individualschuldthese genauso zurückgewiesen wie die umfassende Verantwortung des Staates für seine BürgerInnen. Es wurde und wird von Labour

Die Konservativen stimmen inhaltlich meist mit der Regierung überein, während innerhalb der Labour-Fraktion die Spannungen und Spaltungen wachsen.

vielmehr darauf abgehoben, den Individuen Chancen zu geben, ihre „employability“ zu erhöhen, um damit gleichzeitig den Staat aus der Verantwortung für die Versorgung der Armen zu entlassen. Daß gute Ausbildung und Flexibilität an sich noch keine Arbeitsplätze schaffen, wurde dabei geflissentlich übersehen.

Die Labour-Linke ging trotz dieser Ausrichtung des Wahlprogramms mit Blair in den Wahlkampf, da andere Optionen aufgrund des Mehrheitswahlrechts und der Zwei-Parteien-Tradition – anders als in Italien, Frankreich oder Deutschland – unrealistisch waren.⁴ Die Folge war, daß viele RentnerInnen und sozial Unterprivilegierte nicht zur Wahl gingen, andere gegen die Konservativen wählten, ohne Blairs Kurs gutzuheißen („Ohne Thatcher kein Blair.“ Arnulf Baring). Im Ergebnis wurde Labour bei 43% der Stimmen mit einer satten Regierungsmehrheit ausgestattet.

Nun konnte Blair beginnen, seine Vision eines New Britain auf den Weg zu bringen, die durch Schlagworte wie „stakeholder society“, „one nation“ und „patriotism“ charakterisiert wird. Jedem die Möglichkeit zu geben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ohne sich auf eine Anspruchshaltung gegenüber dem Staat zurückzuziehen, macht die „stakeholder society“ aus. Klassengegensätze, besonders der entfremdeten Unterklasse, sollen dabei in der „one nation“ eher versöhnt als überwunden werden, zusammengehalten von einem Patriotismus, der nicht notwendig xenophob ist, sondern „ein Land mit Ambitionen“ auszeichnet.

Dabei knüpft Blair an die neoliberalen Veränderungen in Großbritanniens unter Thatcher an. Er stellt heraus, daß sich die Industriegesellschaft verändert habe und daher traditionelle sozialdemokratische Ansätze ins Leere laufen müßten. Blair wird nicht müde zu betonen, daß mehr

Blairs Antwort besteht nicht in einer Modernisierung von sozialdemokratischem, sondern von neoliberalem Gedankengut.

Menschen im Designbereich arbeiten als in der Automobilindustrie, oder daß Rockmusik mehr Devisen bringe als die Stahlindustrie Großbritanniens (daß dies in Deutschland anders ist, liegt übrigens nicht an der blühenden Stahlindustrie).

Daraus schließt die Labour Regierung, daß es nicht mehr um „lifetime-employment“ gehe, sondern um z.T. kurzfristige „opportunities“, vor allem im Dienstleistungsbereich. Dies dann „Vollbeschäftigungspolitik für das 21. Jahrhundert“ zu nennen und den europäischen Partnern als vorbildlich zu empfehlen, ist allerdings ziemlich mutig.

So soll jugendlichen Arbeitslosen ein Fortbildungs- bzw. Arbeitsprogramm angeboten werden. Dies ist allerdings nicht mit dem sehr ambitionierten „Plan Aubry“ der französischen Regierung zu vergleichen, der den Anspruch hat, 700.000 zusätzliche Vollarbeitsplätze für Jugendliche, je zur Hälfte im öffentlichen und im privaten

Sektor, zu schaffen. In Großbritannien geht es lediglich um zeitlich begrenzte Fortbildungsmaßnahmen und Einfacharbeitsplätze im Umwelt- und Sozialbereich. Werden diese „Angebote“ abgelehnt, soll auch der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erlöschen.

„Intelligenter“ Wirtschaftsliberalismus

Die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt in Großbritannien allein der Wirtschaft überlassen. Um deren Investitionsbereitschaft zu fördern, wurde beispielsweise die Körperschaftssteuer gesenkt. Allerdings gibt es in Großbritannien eine Abstufung der Körperschaftssteuer für Klein- (21%) und Großunternehmen (31%). Auch hat die Regierung Blair mit der allgemeinen Senkung der Körperschaftssteuer eine Sondersteuer auf die großen, ehemals staatlichen Versorgungsunternehmen (Gas, Telekom, Verkehr) eingeführt, die jährliche Steuereinnahmen von umgerechnet 15 Mrd. DM bringen soll. Die britische Regierung steht also zumindest für einen „intelligenten“ Wirtschaftsliberalismus, der sie von allzu platter Wirtschaftsfreundlichkeit – wie sie in Deutschland von Neoliberalen aller Parteien vertreten wird – unterscheidet und zumindest mit begrenzten Maßnahmen in den Markt eingreift.

Im Bereich der Zukunftsinvestitionen hält sich allerdings auch die Regierung Blair zurück, setzt dafür die Beibehaltung des Verteidigungsetats – einschließlich der Kosten für die umstrittenen Trident Atom U-Boote und den Eurofighter – gegen große Teile der eigenen Partei durch. Überhaupt sitzt die Opposition am ehesten in den eigenen Reihen. Die Konservativen stimmen inhaltlich meist mit der Regierung überein und enthalten sich bei Parlamentsentscheidungen lediglich, um die zunehmende Spannung und Spaltung innerhalb der Labour-Fraktion deutlich zu machen.

So zum Beispiel bei der Kürzung der staatlichen Unterstützung für alleinstehende Mütter (und Väter), die von 47 der 417 Labour-Abgeordneten im Parlament offen abgelehnt wurde. Auch an diesem Beispiel wird Blairs Ansatz des „welfare to labour“ deutlich: Durch die Schaffung von Kindertagesplätzen und die Kürzung der Unterstützung für Alleinerziehende sollen diese Möglichkeit bekommen (und gezwungen werden), eine Arbeit anzunehmen. Bei der Arbeitsmarktsituation in Großbritannien ist leicht vorstellbar, welche Art von Arbeit dies sein wird.

„Reform“ des Sozialsystems und „law and order“

In seiner Neujahrsansprache machte Blair deutlich, daß die „Reform“ des Sozialsystems für ihn das Kernstück seiner „radikalen“ Veränderung Großbritanniens ist und er diese gegen alle Widerstände durchzusetzen bereit ist.

Das Prinzip der Unterstützung von Eigenverantwortlichkeit ist aber auch in vielen anderen Bereichen sichtbar. So ist die Regierung bereit, wieder mehr Geld für das von Thatcher faktisch zerschlagene Gesundheitssystem (National Health System NHS) bereitzustellen, aber nur, wenn dieses „sich reformiert“, was nicht zuletzt heißt, eigenständig Entlassungen vorzunehmen. Auch in die Bildung soll, im Rahmen der Strategie der „employability“, wieder mehr investiert werden. Aber auch diese Investitionen sind an „Reformen“ – beispielsweise die Einführung von Studiengebühren – gebunden.

Im Bereich der Inneren Sicherheit überholt die Labour-Regierung die Tories deutlich rechts. Zwar wurde im Wahlkampf auch in diesem Bereich gegen Konservative wie klassische Linke argumentiert: Kriminalität sei ein Problem, deren Opfer meist nicht die Reichen, sondern das klassische

Labour-Klientel sei. Dies ist auch der Hintergrund des erfolglos in den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf importierten Slogans „law and order is a labour issue“. Allerdings vertrat Labour im Wahlkampf den Anspruch, auch die Ursachen von Kriminalität bekämpfen zu wollen: „tough on crime – tough on the causes of crime“. Betrachtet man aber die tatsächliche Regierungspolitik, so wird deutlich, daß Kriminalitätsursachen reichlich verquer definiert werden: Jugendkriminalität soll durch nächtliche Ausgangssperren und Sperrgebiete für Kinder bekämpft, die Schulunfähigkeit von Kindern unter 14 Jahren abgeschafft werden, eine Legalisierung von Drogen wird abgelehnt.

Präsidialisierung der britischen Politik

Ein ebenfalls bedenklicher Zug Blairschen Regierungshandelns ist der Versuch einer Präsidialisierung der britischen Politik. Blair bezieht unter dem Schlagwort einer Modernisierung Großbritanniens andere Kräfte als seine eigene Partei in die Regierung ein. Dies reicht von einer Beteiligung der Liberal Democrats an der geplanten Verfassungsreform über die Zusammenarbeit mit Industriekapitänen bis zur Kooperation mit dem Konservativen Michael Heseltine. Auch wenn die Gemeinsamkeiten der von Blair beteiligten Kräfte höchst bescheiden und Brüche vorprogrammiert sind, so erhöht diese Kooperation doch die Unabhängigkeit Blairs von seiner Partei.

Gleichzeitig versucht Blair, die Abhängigkeit der Partei von der Fraktion und die Abhängigkeit der Fraktion von der Regierung zu erhöhen. So soll das National Executive Committee (NEC), das wichtigste Entscheidungs- und Ausführungsorgan der Partei, in Zukunft zum Teil von Abgeordneten und der Regierung (!) gewählt werden, und Schatzkanzler Gordon Brown drohte Abgeordneten öffentlich mit Disziplinarmaßnahmen bis hin zum Rauschmiß aus der Fraktion, weil sie die Regierung kritisiert hatten.

So macht Blair sich zum unabhängigen „nation leader“, der sich gern in langen Interviews und Zeitungsartikeln direkt ans Volk wendet und notfalls – wie nach dem Tod Prinzessin Dianas – die Repräsentationsfunktion des Staatsoberhaupts übernimmt, ohne daß dies von der königlichen Familie als Bedrohung empfunden würde: „The royal family, it seems, is safe in the hands of president [!] Blair.“⁵

Welche Rolle kommt nun dem Modell Blair für die politische Landschaft in Europa zu? Nachdem der Neoliberalismus reaganistisch-thatcheristischer Prägung am Ende zu sein scheint, stellt sich die Frage, welcher Ansatz ihn ersetzen wird. Blairs Antwort besteht nicht in einer Modernisierung von sozialdemokratischem, sondern von neoliberalen Gedankengut. Blair vertritt einen „intelligenten“ Liberalismus, der dem Staat zwar eine gewisse Rolle zuweist (stärker im Bereich der Inneren Sicherheit, schwächer im Bereich der Wirtschaftslenkung), aber den Menschen dadurch noch nicht zum Mittelpunkt gesellschaftlicher Ziele macht. Aktienkurse bleiben wichtiger als Beschäftigungsraten, die Belange der Unternehmen wichtiger als die Qualität von Arbeitsplätzen. Eigenverantwortung ist das Schlagwort, der Staat hat seine Rolle in der Herstellung von Chancengleichheit. Damit überwindet Blair zwar das Deregulierungsdogma der Neoliberalen, bewegt sich aber eher auf angloamerikanische liberale Vorstellungen des 19. Jahrhunderts zu als auf sozialdemokratische Traditionen.

Vor dem Hintergrund der positiven Aufnahme des Modells Blair in vielen kontinentaleuropäischen sozialdemokratischen Parteien stellt sich daher die Frage, ob unter

Sozialdemokratie in Europa in Zukunft ein „intelligenter“ Liberalismus à la Blair verstanden wird, oder ob stattdessen ein sozial und politisch emanzipatorisches Konzept entwickelt wird, das sich ernsthaft der Frage der Verteilung von Arbeit und Reichtum stellt. Selbst wenn davon auszugehen ist, daß das 21. Jahrhundert (oder zumindest seine ersten Jahrzehnte) ein „sozialdemokratisches“ sein wird, weil der Neoliberalismus seinen Zenit überschritten hat, so ist doch noch offen, was dann unter dem Label „Sozialdemokratie“ zu verstehen sein wird.

spw

- ¹ Ken Livingstone, Mitglied des Labour-Parteivorstandes und Kopf der Socialist Campaign Group in einem Gespräch mit dem Autor am 16.10.1997 in Berlin.
- ² Wichtige Hinweise zu diesem Aspekt erhielt der Autor aus: Christina Stiegen, Labour Party und Gewerkschaften: Zum Wandel eines „besonderen“ Verhältnisses. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Bonn 1997.
- ³ Steven Fielding, Labour: Decline and Renewal, Manchester 1995, S. 96.
- ⁴ Arthur Scargills Versuch, bei der Wahl eine neue radikale Linkspartei zu etablieren, scheiterte kläglich.
- ⁵ Financial Times, 12.9.1997.

Selbst wenn das 21. Jahrhundert ein „sozialdemokratisches“ werden sollte, so ist doch noch offen, was dann unter dem Label „Sozialdemokratie“ zu verstehen sein wird.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

34

Sozialdemokratie oder ökosozialer Umbau?

Ende der Lohngesellschaft; ein planetarisches Selbstverwaltungsmodell; Proletarier aller Länder - versichert Euch! Gewerkschaftspolitik und Globalisierung; Jospins Linksregierung, Blairs New Labour, Schröders und Lafontaines „Innovation und Gerechtigkeit“ - Neue Sozialdemokratie? Grüne Mittelstandspolitik und die Zukunft des Dritten Sektors

A. Gorz, P.M., M.R. Krätke, H. Schäppi, W. Schöni, H. Kleger, J. Steinhilber, M. Wendl, J. Bischoff, A. Demirovic, Th. Heilmann, F.O. Wolf

Diskussion

A. Huffschmid: Zapatismus - Low Intensity Revolution
 H. Thielen: Landlosenbewegung in Brasilien und die Gewalt von Staat und Militär
 C. von Werlhof: Frauen, Wissenschaft, Naturverhältnis: Was heisst Patriarchatskritik heute?

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

212 Seiten, Fr./DM 21.- (Abonnement 36.-/38.-) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
 Probeheft anfordern Tel./Fax 01 - 273 03 02

Die Veröffentlichung des folgenden Artikels war in der spw-Redaktion umstritten. Zum einen hielten es mehrere Redaktionsmitglieder für schädlich, einem Autor in spw ein Forum zu bieten, der sich in den vergangenen Jahren keineswegs als Freund der Linken oder der Jusos betätigt hat, sondern v.a. durch die Förderung nationaler Orientierungen in der Sozialdemokratie in Erscheinung getreten ist. Zum anderen sollte nicht der Eindruck entstehen, die spw-Redaktion teile die von Fichter vertretene Sicht der historischen Entwicklung und insbesondere der Einschätzung der Jusos und der SPD seit 1969. Dies wollten wir durch diese redaktionelle Vorbemerkung und durch die gleichzeitige Veröffentlichung einer anderen Sicht – den Artikel von Seidel – deutlich machen, die allgemeinere gesellschaftliche und politische Veränderungen und ihre Bedeutung für die Nachwuchsprobleme der SPD in den Mittelpunkt stellt.

Besonders sensibel werden viele LeserInnen, besonders aktive Jusos, auf Fichters Bemerkungen am Schluß reagieren, in der auf bevorstehende kontroverse Diskussionen über die künftigen Arbeits- und Organisationsformen der SPD an den Universitäten und im Jugendbereich hingewiesen wird, zumal in der letzten Zeit wieder verstärkt Disziplinierungsversuche gegenüber den Jusos zu verzeichnen sind. Bestimmten Führungscliquen in der SPD geht es offenbar darum, die Jusos als linke Jugendorganisation auszuschalten oder zu umgehen, um genehmeren Nachwuchs zu rekrutieren. Auch die Linke hat allerdings Grund, sich über das Problem der geringen Attraktivität der Sozialdemokratie für Jüngere und insbesondere über ihre geringe Verankerung an den Hochschulen Gedanken zu machen (vgl. dazu auch den Artikel von Riedemann). Doch muß es ihnen darum gehen, Selbstorganisation und demokratische Einwirkungsmöglichkeiten Jugendlicher und junger Intellektueller in der Sozialdemokratie – und also die Jusos – zu stärken und sie so für linke Reformpolitik zu mobilisieren.

Die spw-Redaktion

Eliten- und Theoriebildung in der SPD nach 1945

von Tilman Fichter*

Durch die nach 1945 erfolgte Eingliederung der SPD-Jugend in die Erwachsenen-Partei wollte Ollenhauer sicherstellen, daß es im Jugendbereich nicht noch einmal zu eklatanten Abweichungen von der Parteilinie kommen würde.

Die seit einigen Jahren zu beobachtende konzeptionelle bzw. personelle Schwäche der Parteiführung läßt sich nicht nur durch den Mangel an SPD-authentischer Intellektualität oder – präziser gesagt – Analysefähigkeit erklären. Sie ist zugleich auch das langfristige Resultat einer Verengung, manchmal sogar einer Verstopfung der Kanäle bzw. einer Austrocknung der Reservoirs, aus denen sich der Führungsnachwuchs der Nachkriegs-SPD einst speiste. Die Entstehung dieser Konstellation versuche ich im folgenden – in einem Rückblick auf die Formierung von drei Nachwuchseservoirs in der SPD und die Brüche im Verhältnis dieser Organisationen zu ihrer Mutterpartei in den sechziger und siebziger Jahren – zu beleuchten. Meine These ist, daß bei-

de Probleme, nämlich das Theorie- und Analysedefizit der Partei sowie die Nachwuchs- und Führungskrise, enger zusammenhängen als es auf den ersten Blick scheinen mag und als es in den politologischen Analysen zur Krise der SPD bisher berücksichtigt worden ist.

Vorkriegs-SAJ und Nachkriegs-Jusos

Traditionell rekrutierte die Sozialdemokratie ihren Führungsnachwuchs bis Ende der fünfziger Jahre aus durchaus unterschiedlichen Bereichen: aus den Betriebsgruppen der Gewerkschaftsjugend, aus den diversen Hochschulgruppen der sozialistischen Studenten, aus dem Umfeld der „Falken“, den Reihen der oppositionellen linken Jugendbünde bzw. Protestparteien der Weimarer Republik, wie z.B. die „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP) oder die Gruppierung „Neu-Beginnen“, und, last not least, aus der eigenen Jugendorganisation der SPD. Bis 1933 hieß dieser parteinahe Verband „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ). Nach 1945 entstand die Jugendorganisation der SPD erneut, doch nun als abhängige Arbeitsgemeinschaft „Die Jungsozialisten“ innerhalb der Partei. Der letzte Rest jugendbewegter Autonomie aus der Zeit der Weimarer SAJ wurde von der Nürnberger Jugendkonferenz 1946 zugunsten der organisatorischen Wirksamkeit der Jugendarbeit innerhalb der SPD ersatzlos gestrichen. Als Altersgrenze wurde für die Jungsozialisten damals das 35. Lebensjahr festgelegt.

Auf der Nürnberger Konferenz im Juli 1946, bei der die Organisation

der „Jusos“ offiziell in Erscheinung trat, wurde als Führungsgremium ein Arbeitsausschuß gewählt, der inoffiziell erstmals bereits am 23. April 1946 unter der Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer getagt hatte. Im Resultat entstand ein parteikonformer Nachwuchsverband, der dann auch den diversen Parteivorständen bis Ende der 60er Jahre keinen Ärger bereitete. Andererseits schlug aus diesem von oben geleiteten Verband aber auch über zwei Jahrzehnte kein Funke. Er politisierte sich erst gegen Ende der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Unterdessen sind die „Jusos“ aus dem Mittelpunkt der innerparteilichen Reformdebatte erneut an den Rand gerückt. Gleichzeitig schrumpfte ihre Mitgliederzahl, die noch im Jahre 1970 auf dem Höhepunkt der „Linkswende“ rund 300.000 betrug, auf derzeit ca. 130.000 formale Mitglieder. Da in der Arbeitsgemeinschaft alle SPD-Mitglieder bis zum 35. Lebensjahr automatisch erfaßt sind, sagt die Mitgliederstärke allerdings kaum etwas über die Aktivitäten der Jusos aus. Zum aktiven Kern zählten damals wie heute nur etwa 10 Prozent der Jusos-Mitglieder.

Einer der Hauptakteure bei der Gründung der „Jungsozialisten“ war Erich Ollenhauer. Er verkörperte in der Nachkriegs-SPD – im Vergleich etwa zu ehemaligen KZ-Häftlingen und Gefängnisinsassen wie Kurt Schumacher, Fritz Erler, Otto Brenner oder Hermann Brill – den typischen sozialdemokratischen Durchschnittsfunktionär der Weimarer Partei. Als treuer Funktionär war Ollenhauer im

* Dr. Tilman Fichter, Berlin, Politologe, Referent für Schulung und Bildung beim Parteivorstand der SPD, langjähriger Mitarbeiter im Redaktionskreis der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, Mitherausgeber der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“. Diesem Text liegt ein Vortrag zugrunde, den der Autor am 3. Februar 1997 in Dortmund vor Mitgliedern der SPD-Projektgruppe „Westliches Westfalen 2000“ gehalten hat.

Zweifelsfall auch bereit, in der Sozialdemokratie für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und hatte dies schon im Frühjahr 1933 unter ungewöhnlichen Bedingungen unter Beweis gestellt: Im „Berliner Jugendkonflikt“ suchte er die dortige SAJ-Unterorganisation daran zu hindern, sich auf die Illegalität im sich abzeichnenden NS-Staat vorzubereiten, nicht zuletzt deshalb, weil er die Entstehung eines „illegalen Nebenapparates“ jenseits der SPD befürchtete. Am 11. April 1933 schloß die SPD auf seinen Rat hin mehrere SAJ-Mitglieder aus. Zu den Opfern dieser Disziplinarmaßnahme gehörten damals Fritz Erler, Erich Schmidt, Kurt Mattick, Eberhard Hesse, Kurt Schmidt, Theo Thiele und Ferdinand Hennemann. Ein später Sieg des Weimarer Sitzungssozialismus über die jugendbewegte Entschlossenheit der Berliner SAJ zum Widerstand. Während Fritz Erler dann bis zu seiner Verhaftung durch die GESTAPO im Herbst 1938 aktiv die konspirative Arbeit der linkssozialistischen Gruppe „Neu Beginnen“ im Inland organisierte, war Erich Ollenhauer im Auftrag des Parteivorstandes im Mai 1933 nach Prag emigriert. Durch die nach 1945 erfolgte Eingliederung der SPD-Jugend in die Erwachsenenpartei wollte Ollenhauer – so meine These – sicherstellen, daß es im Jugendbereich nicht noch einmal zu eklatanten Abweichungen von der Parteilinie kommen würde. Für diese Fehlentscheidung in der Jugendpolitik bezahlte die SPD noch heute.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund SDS

Gänzlich andere Vorstellungen von Politik, Selbstverwirklichung und Moral existierten in den Köpfen der 84 Delegierten aus 20 Hochschulorten, die in Hamburg vom 2. bis 6. September 1946 unter den Porträts von Immanuel Kant und Karl Marx einen von der SPD zwar unabhängigen, aber parteiloyalen „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) gründeten. Der harte Kern der SDS-Gründergeneration bestand größtenteils aus ehemaligen Frontsoldaten bzw. -offizieren. Ihr Idol war nicht Erich Ollenhauer, sondern der 10 Jahre lang im KZ inhaftierte Kurt Schumacher. Schumacher verkörperte für diese Kriegsgeneration einen selbstbewußten Antikommunismus von links, eine überschäumende Freiheitsliebe und einen unstillbaren Widerwillen gegen Passivität, Duldung und Fatalismus. So ver-

Demonstration gegen die Notstandsgesetze



wundert es nicht, daß Schumachers Rede zum Thema „Student und Politik“ den Höhepunkt der Gründungsveranstaltung des SDS bildete. Schumacher forderte damals den „Genossen Intelligenz“ zum Dialog mit der SPD auf – ein Dialog, der heute übrigens an den Universitäten dringender denn je ist.

Die rund 800 SDSler im „abgeschabten Offiziersledermantel“ – so die Formulierung Helmut Schmidts in einem Interview 20 Jahre danach – stellten für die tradierte reformistische Facharbeiterpartei eine Herausforderung dar, die sie allerdings nie wirklich angenommen hat. Zur SDS-Gründergeneration gehörten neben Helmut Schmidt unter anderen Hans Matthöfer, Peter von Oertzen, Horst Ehmke, Heinz-Joachim Heydorn, Karl Wittrock, John van Nes Ziegler und Wolfgang Zeidler. Von sieben Spitzenfunktionären der Aufbauphase dieses Studentenverbandes haben nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Arbeit im SDS zwei eine Parteikarriere in der SPD gemacht: Einer von ihnen wurde Bundeskanzler, ein anderer war bis Mai 1985 Landtagspräsident in Nordrhein-Westfalen. Ein dritter amtierte als Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, ein weiterer wurde Präsident des Bundesrechnungshofs. Von den übrigen drei schlugen zwei – unter ihnen auch der bereits 1974 verstorbene neokantianische Philosoph Heinz-Joachim Heydorn – später eine akademisch-pädagogische Laufbahn ein. Ein Ergebnis sozialdemokratischer Elitenrekrutierung, das sich auch heute noch sehen läßt, und das gleichzeitig die heute für die SPD schmerzhaft-

te Tatsache verdeutlicht, daß es an den Universitäten schon längst keinen eigenständigen SPD-nahen Studentenverband mehr gibt.

Die SDS-Gründer legten 1946 auch insofern ein wichtiges Fundament für die spätere Entwicklung ihres Verbandes, als sie gegenüber dem SPD-Parteivorstand unter Kurt Schumacher erfolgreich darauf bestanden, daß der SDS seine volle organisatorische Autonomie gegenüber der Partei wahrte. Mit anderen Worten: Der parteifremde Jugendverband „Die Jungsozialisten“ und der autonome, gleichwohl parteiloyale „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ stellten nach 1945 zwei unterschiedliche Organisationsmuster innerhalb der Sozialdemokratie dar. Denn während sich die Jungsozialisten als integrierte Arbeitsgemeinschaft der Partei verstanden, fühlten sich die SDSler als Vertreter der sozialistischen Intelligenz im Vorfeld der SPD. Die einzelnen SDS-Hochschulgruppen verfügten zwar über eine große Unabhängigkeit im Gesamtverband; nach außen und gegenüber dem Parteivorstand vertrat jedoch der jeweilige Bundesvorstand den Studentenbund. Ein Organisationsmodell, das übrigens für einen möglichen Neuanfang der SPD-Hochschulpolitik durchaus seinen Charme haben könnte.

Die SJD-Die Falken

Jenseits der Jusos und des SDS gab es damals freilich noch eine weitere Erziehungs- bzw. Jugendorganisation im Vorfeld der SPD: die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“. Die „Falken“ führten besonders in

Letztlich ging es 1961 um die Frage, ob der linken Intelligenz im Vorfeld der SPD vom Parteivorstand eine eigenständige Rolle zugestanden werden könne.

Es fällt heute auf, daß sich die „Jusos“ bereits damals in München auf die Suche nach „optimalen Modellen“ im gesellschaftlichen Leben gemacht haben.

Berlin Ende der 40er Jahre eine harte Auseinandersetzung mit der FDJ über die Zukunft eines demokratischen Deutschlands. In der Zeit der Berliner Blockade kam es mehrfach zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Jugendverbänden. „Falken“-Mitglieder wurden in Ost-Berlin verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Damals waren in Berlin rund 7.000 „Falken“ in rund 320 Gruppen organisiert. Später bröckelten die Mitgliederzahlen des Verbandes allmählich ab, aber noch 1952 gab es in der nunmehr geteilten Hauptstadt ca. 2.500 aktive „Falken“-Mitglieder. In den fünfziger Jahren verstanden sich die „Falken“ übrigens noch als eine Organisation der Arbeiterjugend, in der neben der Kinderarbeit auch sozialdemokratische Jugendarbeit für Heranwachsende stattfand. Typische Vertreter dieser „heroischen Phase“ in der Geschichte der „Berliner Falken“ waren u.a. Harry Ristock, Heinz Westphal, Ilse Reichel-Koß, Nils Diederich und Jürgen Gerull. Heute bestehen die „Falken“ vorwiegend aus „Kindergruppen“; Höhepunkt der jährlichen „Falken“-Aktivitäten sind zahlreiche selbstverwaltete Zeltlager, die die Fal-

ken-Gliederungen durchführen. Ehemalige „Falken“-Funktionäre arbeiten heute als Gewerkschaftssekretäre im DGB-Apparat, hin und wieder auch im hauptamtlichen Apparat der SPD. Doch findet eine systematische Rekrutierung von SPD-Nachwuchspolitikern bei den „Falken“ schon lange nicht mehr statt.

Intellektuelle und SPD

Der SDS als Nachwuchsreservoir der SPD ist bereits Ende der 50er Jahre versiegt. Nach Godesberg verstießen die „Modernisierer“ um Willy Brandt, Willi Eichler, Helmut Schmidt u.a. den Studentenbund, und Herbert Wehner ließ statt dessen einen neuen parteikonformen „Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)“ gründen. Die SHB-Gründer bekannten sich in ihrer Mehrheit denn auch ausdrücklich zum Godesberger Programm. Sie waren ganz offensichtlich der ständigen kritischen Distanz des SDS zur SPD überdrüssig. Dem damaligen SPD-Vorstand war klar, daß eine Mehrheit der sozialistischen Studenten die These des Soziologen Helmut Schelsky von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, die übrigens auch dem Godesberger Programm zugrunde lag, ablehnte. Diese Einschätzung der bundesrepublikanischen Gesellschaft sei, so die SDSler, nur eine Momentaufnahme der bundesrepublikanischen Realität auf dem Höhepunkt des Wiederaufbaus nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg. Das von Schelsky gezeichnete Bild einer ständig größer werdenden, nivellierten neuen „Mittelstandsgesellschaft“ halte im übrigen – so etwa die Kritik Michael Schumanns – auch den empirischen Untersuchungen von Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrtdt, Theo Pirker, Siegfried Braun oder Burkard Lutz nicht stand.

Der undogmatische Teil des SDS versuchte statt dessen, das in der Nachkriegs-SPD vorherrschende Theoriedefizit durch eine an Karl Marx, Karl Korsch, Otto Bauer, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer oder Walter Benjamin geschulte soziologische Denkweise aufzufüllen. Der Streit zwischen den „Godesbergern“ und den Vordenkern der „neuen linken“ bzw. eines westlichen Marxismus im SDS über den Stellenwert der Marxschen Theorie bzw. der „Kritischen Theorie“ führte dann Anfang der 60er Jahre schließlich – so Susanne Miller im März-Heft 1996 der SPD-nahen Monatszeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ – zu einem „irreparablen Konflikt“ zwischen

der Partei und seinem Studentenverband. Am 6. November 1961 beschloß der SPD-Parteivorstand die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD und im SDS (vgl. auch: Tilman Fichter, *SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei*, Opladen 1988, S. 294 ff. und S. 336 ff.).

Die Wege trennten sich, und in den kommenden Jahren schuf der SDS an den Universitäten mit die Grundlagen für die antiautoritäre Revolte der Studenten 1967/68. Der Antikommunismus in Teilen der SPD-Führung spielte bei der Ausgrenzung des SDS übrigens nur eine untergeordnete Rolle. Letztlich ging es 1961 um die Frage, ob der linken Intelligenz im Vorfeld der SPD vom Parteivorstand eine eigenständige Rolle zugestanden werden könne. Durch den Unvereinbarkeitsbeschluß hat der damalige Parteivorstand dieses Recht der Intellektuellen verneint. Diese Ausgrenzung leitete übrigens eine tiefe Entfremdung zwischen der Sozialdemokratie und großen Teilen der linksbürgerlichen Intellektuellen ein. Ende der fünfziger Jahre dominierte die Bürokratie das Denken in der SPD stärker als jemals zuvor. Diese Denkweise führte dann rund 10 Jahre später zum „Radikalerlaß“. Ein Sündenfall, für den die älteste demokratische Partei in Deutschland noch lange büßen sollte.

Die Linkswende des SDS hatte sich übrigens bereits im Herbst 1958 abgezeichnet – wenige Monate, bevor die SPD in Godesberg ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedete. Auf der Göttinger Delegiertenkonferenz des SDS im Sommer 1959 übernahm eine undogmatische linke Mehrheit um Oskar Negt, Jürgen und Monika Seifert, Michael Schumann, Klaus Meschkat und Reinhard Hoffmann die Führung des Verbandes. Hiroshima, Nagasaki, Auschwitz und Budapest 1956 hatten Emotionalität und Intellektualität dieser dritten SDS-Generation geprägt. Zum damaligen Zeitpunkt waren in rund 20 Hochschulgruppen des SDS ca. 2.000 Studentinnen und Studenten organisiert. Selbst auf dem Höhepunkt der antiautoritären Revolte umfaßte der Verband nicht mehr als 3.000 Mitglieder. Insofern war der SDS immer ein relativ kleiner Kern von engagierten Jungakademikern, die sich (besonders in den letzten zehn Jahren, in denen der SDS noch existierte) mit gesellschaftstheoretischen Entwürfen und ästhetischen Fragen auseinandersetzten.



Anti-Vietnamkrieg-Demo 1968

Die Folgen der SDS-Ausgrenzung

Die Auswirkungen der Ausgrenzung des SDS für die politische Nachwuchsrekrutierung in der SPD waren allerdings verheerend. Gleichzeitig verschlechterten sich in der jahrelang erbittert geführten Auseinandersetzung über die geplante Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung durch die SPD-Bundestagsfraktion auch die Kontakte der Partei zur Gewerkschaftsjugend. Sie sind seitdem nie wieder zu dem geworden, was sie vorher einmal gewesen waren. Der Nachwuchs der westdeutschen Sozialdemokratie stammt deshalb seitdem fast nur noch aus dem Karrierereservoir der parteiigenen Arbeitsgemeinschaft „Die Jungsozialisten“. Die Qualifikationsmöglichkeiten von Sozialdemokraten zur Übernahme von Führungspositionen haben sich also seit Godesberg kontinuierlich und geradezu beängstigend verengt. Zudem bot das organisationsinterne Lagerdenken, das sich bei den „Jusos“ seit Anfang der siebziger Jahre herausgebildet hatte, Außenseitern in der West-SPD nur wenig Raum. Ein Parteiführer wie Tony Blair, dessen intellektuelle und politische Sozialisation nicht in den Reihen der Parteijugend „Young Socialists“, sondern an der „University of Oxford“ erfolgte, hätte bei den „Jusos“ der siebziger Jahre wohl kaum eine Chance gehabt.

Dieses Denken in Lagern („Refos“ versus „Stamokaps“) setzte sich dann in den achtziger Jahren fort. Hier prägte sich ein Politikstil aus, der noch heute die Debattenkultur im Parteipräsidium und Parteivorstand beeinflusst. So hat z.B. die „Stamokap“-Kultur seit dem Abgang der DDR wesentliche Teile ihrer Inhalte verloren, der etatistische Politikstil blieb in dieser Generation von SPD-Nachwuchspolitikern jedoch weitgehend erhalten. Andererseits fällt es den mittlerweile älter gewordenen Refos schwer, nicht allein in rot-grünen Bündniskategorien zu denken. Authentische SPD-Positionen sind im rot-grünen Spektrum der SPD heute nur noch selten anzutreffen. Trotz der nach wie vor vorhandenen Aversionen zwischen beiden Lagern haben sie eines gemeinsam: Ehemalige Angehörige der beiden Lager teilen die Führungspositionen (z.B. in der Bundestagsfraktion oder diversen Landesvorständen) untereinander auf.

Weitere Folgen des Unvereinbarkeitsbeschlusses aus dem Jahre 1961 wirken übrigens bis heute nach. Die Verstopfung der Rekrutierungskanäle der Partei aus den universitären Bereichen war von den „Godesbergern“

Juso-Landeskonferenz Nordrhein-Westfalen in den sechziger Jahren

Foto: SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen (Arct)



zweifellos nicht intendiert worden, als sie sich 1961 vom SDS trennten. Angesichts der überraschend starken Solidarität vieler Professoren und Gewerkschafter mit dem ausgegrenzten Studentenverband hätten sie damals freilich bereits gewarnt sein sollen. Zu denen, die einen autonomen sozialistischen Hochschulverband offen unterstützten, zählten 1961 u.a. die Professoren Otto Stammer, Ossip K. Flechtheim, Fritz Borinski, Gert von Eynern, Werner Stein, Heinz-Joachim Heydorn, Hans-Paul Bahrdt, Wolfgang Abendroth, Helmut Gollwitzer sowie die Journalistin Carola Stern und ihre Kollegen Ansgar Skriver und Manfred Rexin. Alles in allem ein erklecklicher Teil der seinerzeit noch relativ kleinen Gemeinde der Linksintellektuellen im Umfeld der SPD. Herbert Wehner exekutierte den Ausschluß der SDSler jedoch unbarmherzig, auch wenn er – nach dem Eindruck des ehemaligen stellvertretenden IG-Chemie-Vorsitzenden Werner Vitt – die Ausgrenzung des SDS im Grunde, zumindest zum damaligen Zeitpunkt, ablehnte. Doch siegte wie so oft bei Herbert Wehner auch damals das Prinzip Disziplin über das Postulat innerparteilicher Demokratie. Es ist nur zu verständlich, daß in der antiautoritären Revolte 1967/68 das Demokratieprinzip als höherrangig betrachtet wurde. Die Undiszipliniertheiten in der sozialdemokratischen „Enkelgeneration“ in der ersten Hälfte der 90er Jahre zeigen

jedoch, daß beide Prinzipien sich in einer lebendigen Sozialdemokratie nicht ausschließen, sondern gegenseitig bedingen sollten.

„Juso-Linkswende“ oder der „Ihr-macht-ja-nur-Theorie“-Vorwurf

Sucht man also einen Drehpunkt in der Geschichte der „Jusos“, so denkt man unwillkürlich an den Bundeskongreß der Jungsozialisten in München vom 5. bis 7. Dezember 1969. Damals wurde der parteivorstandshörige alte Bundesvorsitzende Peter Corterier demonstrativ abgewählt, obwohl er zuvor angekündigt hatte, er wolle nicht noch einmal kandidieren. Anschließend wurde der Frankfurter „Juso-Marxist“ Karsten D. Voigt mit überwältigender Mehrheit zum ersten linken Bundesvorsitzenden gekürt. Aber auch inhaltlich fand damals bei den „Jusos“ eine Weichenstellung statt. Im Leitantrag hatte es geheißen: „Statt eines falsch verstandenen Pragmatismus streben die Jungsozialisten die Erkenntnis der gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte an und suchen nach optimalen Modellen für die stärkere Humanisierung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens.“ Es fällt heute auf, daß sich die „Jusos“ bereits damals in München auf die Suche nach „optimalen Modellen“ im gesellschaftlichen Leben gemacht haben. Dieses bürokratisch gefärbte Denken in Modellen statt in gesellschaftlichen

Das Auseinanderfallen von Durchsetzungsqualitäten im politischem Alltag, Theoriediskussion und Organisationswissen war ein Charakteristikum für drei wichtige Nachwuchsreservoirs der Nachkriegssozialdemokratie.

Prozessen führte dann Anfang der siebziger Jahre ironischerweise gerade bei den Vertretern der Theorie des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ – wie Johano Strasser bereits im Januar 1973 kritisierte – zu einer Überschätzung der Rationalität des modernen Kapitalismus. Ich würde heute hinzufügen, auch zu einer vielleicht noch folgenschwereren Überschätzung der Rationalität des Poststalinismus.

Andererseits rezipierten Hunderte von Juso-Schulungsgruppen die Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg, entwickelten unter dem Einfluß von André Gorz die „Doppelstrategie“ (die Arbeit auf zwei Ebenen: innerhalb der Partei sowie außerparlamentarisch), politisierten die Kandidatenaufstellungen und forderten mehr Rechte in der Gesamtpartei. Die lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Voigt-, Gansel- und Wieczorek-Zeul-Generation sind durch die damaligen agitatorischen und politischen Erfolge in der Partei Anfang der siebziger Jahre geprägt. Diese Generation hat mittlerweile fast alle Führungspositionen innerhalb der SPD erobert, doch haben sich einige ihrer einstigen Vordenker wie z.B. Thomas von der Vring oder Johano Strasser mittlerweile ins Privatleben zurück-

gezogen und denken am Schreibtisch erneut über die Zukunft der SPD nach.

Als bundesdeutsche Arbeiter – der vermeintlichen Rationalität des modernen Kapitalismus zum Trotz – im September 1969 in wilde Streiks traten und die bisher lammfrommen „Jusos“ sich politisierten, gab es bereits keinen analyse- und diskussionsfähigen Gesamt-SDS mehr. Die „Linkswende“ der „Jungsozialisten“ fand also zu einem Zeitpunkt statt, zu dem der Kern des antiautoritären SDS sich gerade selbst abschaffte. Insoweit kann man heute auch zu Recht sagen, daß die „Jusos“ im Dezember 1969 große Teile der anpolitisierten Studenten „erben“. Rund hunderttausend neue Juso-Mitglieder traten damals zugleich auch in die SPD ein. Doch das ungeliebte Erbe der sozialwissenschaftlichen Phantasie und der antistalinistisch-utopischen Denkart des Dutschke-Krahl-SDS schlugen große Teile der „Jusos“ bzw. der SH-Bler aus.

So erklärt sich m.E. denn auch, warum ein großer Teil dieser Enkelgeneration Ende der 80er Jahre auf die Anzeichen für eine vorrevolutionäre Situation in der DDR mehr oder weniger desinteressiert reagierte. Fast hätte es deshalb die SPD im Herbst 1989 kalt erwischt. Wäre da nicht der Altvordere Willy Brandt gewesen, der angesichts der einstürzenden Mauer am 10. November 1989 in Berlin treffend formulierte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. Brandt verkörperte übrigens in der Nachkriegs-SPD das sozialdemokratische Exilantentum, kurzum das „andere Deutschland“. Für ihn blieb die Anerkennung der Spaltung Deutschlands Anfang der 70er Jahre immer nur ein realpolitischer Zwischenschritt auf dem Weg zur Einheit der deutschen Nation. Andererseits hatte jedoch Brandt in den 70er Jahren darauf verzichtet, seinen Enkeln dieses Denken in taktischen Zwischenschritten zu vermitteln. Statt dessen hatte Willy Brandt ruhig zugesehen, wie seine Enkelgeneration sich nicht nur mit der Existenz der DDR abfand, sondern – wie z.B. viele Angehörige der Stamokap-Fraktion – sich sogar mit dieser Teilrepublik anfreundeten. Ein Fehler, der sich noch heute auf die Psyche der West-SPD auswirkt.

Konsequenzen

Bei den „Jusos“ gewann man im Regelfall nur dann Ansehen, wenn man es verstand, *Mehrheiten zu organisieren*; dies gilt übrigens bis heute. Im SDS hingegen gewann man nur dann

an Einfluß, wenn man sich an *theoretischen Debatten* mit neuen Argumenten beteiligte. Noch anders sah das Anerkennungsritual bei den „Falken“ aus: Dort waren *Organisationstalent und logistische Fähigkeiten* gefragt. Auch wenn es in allen drei Organisationen immer wieder Ausnahmen von diesem hier idealtypisch beschriebenen Muster gegeben hat, so war doch das Auseinanderfallen von Durchsetzungsqualitäten im politischem Alltag, Theoriediskussion und Organisationswissen ein Charakteristikum für drei wichtige Nachwuchsreservoirs der Nachkriegssozialdemokratie. Da die SPD – darauf hat Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering hingewiesen – künftig wieder attraktivere Vorfeldorganisationen bzw. Foren braucht, in denen die nächste und übernächste Führungsgeneration der SPD sich intellektuell und politisch sozialisiert, sollte aus den hier beschriebenen Erfahrungen gelernt werden. Ob die heutigen „Jungsozialisten“ für eine solche Aufgabe gerüstet sind, ist in der SPD äußerst umstritten. Eine Entscheidung über die künftigen Arbeits- und Organisationsformen der SPD im Universitätsbereich bzw. in der Jugendpolitik steht jedoch m.E. erst nach der kommenden Bundestagswahl an.

Für die „Enkelgeneration“ stellen sich derzeit erneut strategische Fragen. Angesichts der Globalisierungstendenzen auf dem Weltmarkt, der permanenten Weltwährungs- und Spekulationskrisen, der Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa, der Krise unseres Rentensystems, der weitverbreiteten Unsicherheit in der Bevölkerung über die finanzpolitischen und ökonomischen Auswirkungen des Maastrichter Vertrages sowie des rasanten gesellschaftlichen Zerfalls in Rußland muß auch in der SPD die Frage diskutiert werden, ob eine linke Politik in Europa nicht umhinkommt, in enger Zusammenarbeit mit anderen sozialdemokratischen, sozialistischen bzw. linken Kräften in Politik und Ökonomie eine zwar nicht prinzipiell kapitalismusfeindliche, aber doch kapitalismuskritische Konzeption für eine europäische Gesellschaftsordnung von morgen zu diskutieren. Eine solche Diskussion kann sicherlich nur dann erfolgreich geführt werden, wenn sich die Beteiligten nicht bloß auf die jeweilige Beschlußlage der europäischen Linksparteien zurückziehen. Neue und über die Vorstellungen der „Godesberger“ hinausgehende gesellschaftstheoretische Entwürfe wären dringend nötig. spw

ZEITSCHRIFT FÜR HUMANISMUS UND AUFKLÄRUNG diesseits

diesseits – die Zeitschrift für weltliche Humanisten, Atheisten und Konfessionslose

diesseits – die Zeitschrift für Religionskritik, Aufklärung und Humanismus

diesseits – die Zeitschrift für Selbstbestimmung, soziale Verantwortung und Menschenrechte

diesseits – herausgegeben vom Humanistischen Verband Deutschlands

Kostenlose Probeexemplare:

diesseits Zeitschrift für Humanismus und Aufklärung
Hobrechtstraße 8
12043 Berlin
Telefon 030/613 904-0
Fax 030/613 904-50

Die sozialdemokratischen Nachwuchsprobleme sind weniger aus der organisatorischen Schwäche, als vielmehr aus der Unfähigkeit, auf die gesellschaftlichen Brüche und Umstrukturierungen eine tragfähige politische Antwort zu geben, zu erklären. Eine solche Antwort erfordert natürlich auch die Veränderung der politischen Methoden der Sozialdemokratie. Dabei kann sie an die bei den Jusos gemachten Erfahrungen anknüpfen.

Auch, wenn die Chancen der SPD, 1998 die Wahlen zu gewinnen, durchaus gut stehen: eine Stimmung für den Regierungswechsel will sich offenbar nicht so richtig einstellen. Von Aufbruch weit und breit keine Spur. Die Devise lautet eher: Abwarten und mal schauen, was noch kommt. Diese sich übrigens eklatant von der Situation der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien in Frankreich, aber auch in Großbritannien unterscheidende Situation, ist sicherlich auf das Fehlen eines sich wesentlich vom neoliberalen Projekt der Bürgerlichen unterscheidenden sozialdemokratischen Regierungsprojekts für die nächsten Jahre zurückzuführen. Oder mit anderen Worten: Die derzeitige Stärke der Sozialdemokratie ist schlicht ein Ergebnis der momentanen Schwäche bürgerlichen Regierungsparteien. Auch nach nunmehr 16 Jahren Kohlregierung, ist ein sozialdemokratischer Gegenentwurf bestenfalls in Nuancen deutlich. So banal das klingt muß dieser Befund doch gerade wegen der katastrophalen Regierungsbilanz der Bürgerlichen eigentlich erstaunen.

Es ist richtig, der Sozialdemokratie fehlt derzeit das geeignete politische Führungspersonal, um eine halbwegs konsistente und vor allem ausstrahlungsfähige Antwort auf die zentrale Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft nach der Aufkündigung des wohlfahrtsstatlichen Kompromisses der Nachkriegszeit zu geben. Das hat fatale Folgen. Gedacht wird in erster Linie außerhalb und weitgehend ohne Bezug zur Sozialdemokratie. Und da haben wir auch den zweiten ganz wesentlichen Unterschied zur Situation in Großbritannien und Frankreich. Dort bietet sich einfach ein intellektueller Bezugsrahmen für die Politik der Sozialdemokratie. Hier stellt sich aber vor allem die Frage nach den eigenen Potentialen zur Nachwuchsrekrutierung. Eine Debatte über die Frage, wie es kommen konnte, daß sich die Sozialdemokratie so beharrlich ihres eigenen Nachwuchses

beraubt, ist dringender denn je. Eine solche Analyse kann sich aber meines Erachtens nicht darauf beschränken, den organisatorischen „Verfall“ traditioneller Felder sozialdemokratischer Nachwuchsrekrutierung zu beklagen. Vielmehr können eine Erklärung und anschließende politische Konsequenzen nur vor dem Hintergrund sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, lebensweltlicher Erfahrungen und der breiten Durchsetzung neoliberaler Interpretationsmuster durch die Bürgerlichen erfolgen. Dies alles hat die Bedingungen politischer Sozialisation wesentlich verändert.

Veränderte Bedingungen politischer Sozialisation

Schon Ende der 60er Jahre kam es, bedingt durch die wesentlich stärker gewordene Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften und den parallelen Ausbau des Sozialstaates, zu einer vorübergehenden Öffnung sozialer Hierarchien. Die Chancen, die eigene Lebensplanung in die Hand zu nehmen und selbst aktiv zu gestalten, stiegen erheblich und mit diesen Chancen auch die eigenen die von der jüngeren Generation formulierten „sinnhaft-subjektbezogenen“ Ansprüche auf Teilhabe, Partizipation und Selbstverwirklichung. Damit einher ging die „Partizipatorische Revolution“,¹ eine stark gewachsene Bereitschaft zum Engagement in Bürgerinitiativen oder auch am Arbeitsplatz. Auch die Sozialdemokratie konnte, wenn auch unterproportional, zunächst von diesem Boom des politischen Engagements profitieren. Aber in dieser Zeit hat sich eben auch der Stil politischen Engagements erheblich verändert. Politische Organisationen müssen seither auch dem Anspruch auf Selbstverwirklichung durch Politik gerecht werden. Oder mit anderen Worten: Auch politisches Engagement ist eben nicht mehr rein pflichtbewußt, altruistisch zu verstehen. Vielmehr wird gefragt. „Was habe ich davon?“² Traditionelle politische Organisationen sind den sich daraus ergebenden neuen Anforderungen an ihr eigenen politischen Methoden bis heute nicht gerecht geworden.

Mit der sozialen Öffnung und den damit verbundenen neuen objektiven Möglichkeiten waren aber auch wesentliche Veränderungen des politischen Bewußtseins verbunden. In der Wahrnehmung des Alltags traten die offensichtlichen sozialen Unterschiede zurück. Identifikation durch die Zugehörigkeit zu einer sozial und ökonomisch

Noch nicht gefunden: Die verlorene Jugend

von Eckhart Seidel*

misch definierten Gruppe ist nicht mehr so einfach möglich. Damit war eine gewisse „Emanzipation“ (nicht jedoch die vollkommene Abnabelung) des politischen Bewußtseins von der eigenen sozialen Herkunft verbunden.

Mit den spürbaren Auswirkungen der ökonomischen Krise hat die soziale Kluft zwischen oben und unten wieder zugenommen. Die Chancen des gesellschaftlichen Aufstiegs sind enorm gesunken. Die schwierige Situation an den Universitäten bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche haben die Planbarkeit einer den eigenen Wünschen entsprechenden beruflichen Biographie wesentlich erschwert. Jugendliche nehmen ihre deutlich gesunkenen Chancen sehr bewußt wahr. Hinzu kommt eine deutliche Rechtsverschiebung der herrschenden Diskurse, deren eigentliches Charakteristikum die vermeintlich geschwundene Gestaltbarkeit politischer Prozesse ist. Der „weltmarktbedingte Anpassungsdruck“ wird weitgehend als unumstößliches Faktum hingenommen. Vor diesem Hintergrund erscheint es nur folgerichtig, wenn Jugendliche die „große“ Politik nicht als das geeignete Instrument zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation ansehen. Zugleich ist aber immer wieder feststellbar, daß der Grad der notwendigen Identifikation mit einer politischen Gruppe oder Partei, um die durchaus vorhandene Motivation, sich zu engagieren, auch in tatsächliches Engagement zu übersetzen, deutlich gestiegen ist. Das bedeutet aber eben nicht die Aufgabe jeglichen politischen Engagements. Vielmehr werden Formen der politischen Betätigung gewählt, die es möglich machen, Einzelforderungen mit einem hohen Maß mora-

Der Sozialdemokratie fehlt derzeit das geeignete politische Führungspersonal, um eine halbwegs konsistente und ausstrahlungsfähige Antwort auf die zentrale Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft zugeben.

* Eckhart Seidel, Jurist, wohnt in Berlin und ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos.

Foto: Jungsozialist/Innen in der SPD, Bezirk Westliches-Westfalen



lischer Integrität und Authentizität zu verbinden und durchzusetzen.

Das Fehlen eines attraktiven und kohärenten linken Politikenwurfes

Und hier wird eben besonders das Fehlen eines attraktiven und kohärenten linken Politikenwurfes zum Problem ihrer Rekrutierung. Ohne ein politisches Interpretationsangebot seitens der Linken wird sich an der „Entfremdung“ zwischen Politik und Jugend³ nichts ändern. Ein solcher Entwurf ist die Voraussetzung der Gestaltbarkeit von Politik und damit für die Umsetzung vorhandener kritischer Potentiale in Engagement. Dies ist das Dilemma der SPD. Denn umgekehrt kann natürlich ohne die Einbindung dieser kritischen Potentiale die Entwicklung einer solchen politischen Orientierung für den gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß nicht gelingen.

Eine zufriedenstellende Lösung des Problems, ist derzeit nicht in Sicht. Die Anforderungen sind aber klar: Letztlich geht es um die Neustrukturierung einer radikalreformerischen Linken. In diesem Prozeß gilt es den veränderten Rahmenbedingungen politischer Sozialisation Rechnung zu tragen und neue Formen der Kommunikation zu wagen.

Der von seiner breiten Mobilisierung sicher überraschende Streik an den Universitäten hat dreierlei gezeigt: Erstens, jugendliches Engagement ist durchaus ist für einen begrenzten Zeit-

raum durchaus mobilisierbar. Zweitens, gerade zu Beginn der Streikphase war die Zielsetzung der streikenden StudentInnen relativ breit interpretierbar. Sogar Bildungsminister Rüttgers – also gewissermaßen dem natürlichen Kontrahenten – war es möglich, sich hinter die Streikenden zu stellen. Lösungen, wie „Bildung ist ein Standortfaktor“ haben vor Augen geführt, daß auch ein großer Teil der kritischen Jugendlichen den neoliberalen Standortdiskurs weitgehend verinnerlicht hat. Kein Wunder, fehlten doch zunächst weitergehende Interpretationsangebote von links, um die wahrgenommene unbefriedigende Situation an den Hochschulen auch tatsächlich zu einem gesellschaftlichen Konflikt zu machen und so eine linke politische Zielrichtung zu geben. In eine solche Diskussion wären dann beispielsweise die Rolle der Universitäten als Ausbildungsstätte für die künftige Bildungselite kritisch hinterfragt, Lehrinhalte und der demokratischen Zugangs zu Bildung in den Vordergrund gerückt worden. Dies geschah erst später. So daß drittens schließlich deutlich wurde, daß es an vielen Universitäten relativ kleinen Gruppen gelungen ist, den durch die kollektive Form der Proteste eintretenden Politisierungsprozeß zu einer Radikalisierung zu nutzen. Viele Forderungen kataloge streikender StudentInnen wollten sich dann plötzlich überhaupt nicht mehr nur mit der Forderung nach besserer Ausstattung der Bibliotheken begnügen, sondern stell-

ten die Notwendigkeit der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, etwa durch eine elternunabhängige Ausbildungsförderung in das Zentrum ihrer Überlegungen.

Was damit gesagt werden soll ist schlicht: Das Hegemonieproblem der Linken und die dadurch eingetretene Defensivposition macht verstärkte und eben auch neue Anstrengungen zur politischen Sozialisation von links erforderlich, aber auch möglich.

Neue Anforderungen an linkes politisches Handeln

Unlängst inszenierte die SPD über Medien eine Werbekampagne mit dem Ziel, Jugendliche für sich anzusprechen. Die Aussage dieser Kampagne war im Grunde bestürzend banal: Jugendliche, die sich in der SPD engagieren, sind eigentlich ganz normal. Sie fahren Roller Blades, trinken auch gern einmal ein Bier und bewegen sich nach Hip-Hop-Rhythmen. Erfolg – gemessen an Eintritten – gleich null. Zum einen hatte die SPD ein handfestes Handicap, ihre Glaubwürdigkeit. Denn es liegt natürlich auf der Hand, daß die SPD eine solche Imagekampagne gar nicht bräuchte, entspräche die Realität den bunten Anzeigen in der Bravo. Zugleich offenbart dieser Flop – der, dies sei nur ganz nebenbei bemerkt, ein Vielfaches dessen kostete, was die Jusos von der SPD erhalten – aber unbarmherzig auch die kommunikativen Defizite der Partei. Gestiegene Ansprüche an politischer Partizipation und die hegemoniale Schwäche, in der sich linke Organisationen befinden, machen heute andere und neue kommunikative Fähigkeit notwendig. Es reicht eben nicht mehr aus, Politik im stillen Kämmerlein zu entwerfen und sie anschließend medial zu propagieren. Vielmehr kommt es eben auf die Einheit des Willensbildungs- und des Vermittlungsprozesses an.⁴

Es ist also die Frage zu beantworten, in welcher Form den Anforderungen politischer Sozialisation und Kommunikation gerecht zu werden ist. Meines Erachtens ist es auf absehbare Zeit eine naive Hoffnung, Jugendliche ließen sich um authentische SPD-Positionen in der Partei oder im Vorfeld, in originär sozialdemokratischen Organisationen formieren und politisch sozialisieren. Es wird künftig darauf ankommen, die gestaltende Kraft von Politik überhaupt erst wieder erlebbar zu machen. Die Ausstrahlungsfähigkeit linker Gegenentwürfe wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, ein Netzwerk linker Jugendorganisationen

Die Ausstrahlungsfähigkeit linker Gegenentwürfe wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, ein Netzwerk linker Jugendorganisationen in einen diskursiven Prozeß mit einzubinden.

in diesen diskursiven Prozeß mit einzu- binden. Dies bedeutet nicht, daß sozi- aldemokratische Vorfeldorganisatio- nen und insbesondere die Jusos über- flüssig werden. Im Gegenteil: Ihnen kommt eben eine neue Aufgabe zu, nämlich die, diese netzwerkartigen Strukturen maßgeblich mit aufzubauen und in ihnen zu wirken.

Für die Jusos sind diese Überlegun- gen nicht neu. Seit Jahren schon wird das politische Handeln bei den Jusos durch die Diskussionen um die Begriffe „Jugend- und Kampagnenorientie- rung“ und – neuer – „Jugendlinke“ bestimmt. Die jugendpolitische Orien- tierung basiert eben gerade auf der Erkenntnis, wesentliche politische Ori- entierungen und Deutungsmuster in einer eigenständigen Jugendphase entwickelt werden und solidarische Politikkonzepte eben deshalb in dieser Phase erlebbar gemacht werden müs- sen⁵. Mit ihrer kampagnenorientierten Arbeit versuchen die Jusos ihre Arbeit auf ausgewählte strategische Projekte zu konzentrieren und sowohl die inhaltliche Projektarbeit, als auch deren öffentliche Inszenierung zusammen zu denken. Unter dem Begriff Jugend- linke verstehen wir unsere Bemühun-

Foto: Jungsozialist/Innen in der SPD, Bezirk Westliches-Westfalen



gen, die Aktivitäten linker Jugendorga- nisationen zu vernetzen, um so eine Verständigung auf bestimmte Leitbil- der und gemeinsame Projekte zu errei- chen.

Dies sind wichtige Ansätze und Erfahrungen für die Restrukturierung einer modernen sozialistischen Lin- ken.

spw

- ¹ Michael Vester: Zwischen Klassengesell- schaft und Individualisierung, in: spw 4/96, S. 55ff.
- ² Gemeint ist hier selbstverständlich nicht

ein in irgendeiner Form materieller Nut- zen, sondern ein „Gewinn“, der sich viel- leicht am ehesten mit dem Begriff „Le- benszufriedenheit“ umschreiben läßt.

- ³ Jugendwerk der Deutschen Shell: Jugend 97: Zukunftsperspektiven, Gesellschaftli- ches Engagement, Politische Orientierun- gen, Opladen, 1997
- ⁴ Ottfried Jarren/Hans-Jürgen Art: Über den Umgang mit einer wählerischen Klientel, Frankfurter Rundschau vom 12.01.98, 7.
- ⁵ Dazu: Klaus Dörre: Jugend: Widerstand und Aufbruch, Marxistische Blätter 7/8,87, Susi Möbbeck, Karsten Rudolph: Die ‚neue‘ Generation als Schnittstelle des Umbruchs, spw Nr.37,1987.



Johannes Klotz/
Ulrich Schneider (Hg.)
**Die selbstbewußte
Nation und ihr
Geschichtsbild**
222 Seiten; DM 29,80
ISBN 3-89438-137-X
Geschichtslegenden
der Neuen Rechten

Wehrmachts- verbrechen

Vorwort von
Lew Besymenski
Einleitung von
Gert Meyer
320 Seiten; DM 36.-
ISBN 3-89438-138-8

Dokumente aus
sowjetischen Archiven



Dokumente
aus sowjetischen
Archiven

Vorwort von
Lew Besymenski
Einleitung von
Gert Meyer

PAPYROSSA



Hermannus Pfeiffer
**Der Kapitalismus
frißt seine Kinder**
218 Seiten; DM 28,-
ISBN 3-89438-139-6

Über den Standort
Deutschland, seine
Gegner und seine glorrei-
che Zukunft.

PAPYROSSA

Frank Deppe Fin de Siècle

Am Übergang zum 21. Jhd.
200 Seiten; DM 28,-
ISBN 3-89438-121-3

„Die krisengeschüttelte
Gegenwart... analysiert
Deppe in drei brilliant
geschriebenen Kapiteln“
(ND)



PAPYROSSA

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 85 45, Fax 0221/ 44 43 05

Eigentlich Streik

von Sonja Riedemann*

Es ist sehr schwierig, inmitten eines noch laufenden Prozesses über diesen zu schreiben und nicht bloß auf einer deskriptiven Ebene zu bleiben. Aber mehr als die Beschreibung, was nun konkret geschehen ist, interessiert doch, warum dies geschehen konnte und was – eigentlich – dahintersteht.

1. Lucky Strike – A Virtual Reality

Es waren einmal 600 Erstsemester in Gießen, die bekamen im Seminar keinen Platz und fingen an zu protestieren... – wir kennen die Geschichte. In den November- und Dezemberwochen '97 streikten über einhundert Hochschulen bundesweit, ca. 800.000 StudentInnen waren darin involviert. Irgendwo ist immer der ganz kleine Auslöser durch direkte und persönliche Betroffenheit. So auch hier. Nur: wie und warum geht es weiter?

Es gab zwar auch woanders als in Hessen, an anderen Hochschulen Unmut, aber nicht soweit, daß es ausbruchsreif war. Funktioniert da noch so etwas wie Solidarität innerhalb der Studierendenschaft? Oder: es ist einfach die Erkenntnis der Studis, daß wenn, dann nur jetzt, gebündelt und medienwirksam das ganz individuelle Interesse Gehör finden kann? Warum streikten sie? Worum ging es diesen Studis eigentlich?

2. Es gab keinen Grund oder schon lange tausend Gründe zu streiken!

Hochschule in der öffentlichen Diskussion

Hochschulen sind etwa in den letzten drei Jahren wiederverstärkt Thema geworden – als Symbole eines vermeintlich überregulierten, erstarrten und nicht profitablen Bereichs von Staat und Gesellschaft. Die Betriebswirtschaftlichung von Hochschulen und die Forderung nach ei-



nem besseren, „effizienteren“ Management standen auf der Tagesordnung. Spiegel, Stern und Focus machen jeweils zum April und Oktober mit Uni-Rankings auf und die veröffentlichte Meinung schoß sich standortkonform auf die verbeamteten, faulen Profs als Angriffspunkte ein. Leistung, Leistung, Leistung, und immer an die Globalisierung denken. Aber: Was ist Ziel und Sinn von Hochschule? Wer soll Bildung kriegen? Und wie verteilen wir möglichst sinnvoll und gerecht? Und was heißt dann in diesem Zusammenhang „Effizienz“? Diese Fragen wurden bislang öffentlich nicht formuliert.

Warum also gerade jetzt?

Die Studienbedingungen z.B. in NRW sind nicht wirklich schlechter als in den Semestern davor. Studiengebühren drohen uns nicht, BAföG kriegt eh' keineR mehr. Die seit Sommer '96 laufende Diskussion um die HRG-Novelle ging an den Studis völlig vorbei. „Wir in NRW“ wissen, daß es uns bundesweit noch relativ gut geht, wenn der einzig konkret faßbare Angriff die Einführung von Parkgebühren ist. Und doch wurde NRW zu einer der Hochburgen des Streiks.

In Hessen, dem Ausgangspunkt des Streiks, steht zwar ein neues Landeshochschulgesetz in der Diskussion, die ständige Unterfinanzierung der Hochschulen wird durch „Überfüllung“ immer deutlicher. Auf der Bundesebene ließ die versprochene „große“ BAföG-Reform auf sich warten. Mitten im hochschulpolitischen Sommerloch Semesterferien einigte sich die SPD mit der CDU auf einen HRG-Reform-Kompromiß, der eigentlich niemanden interessierte. Auch während des Streiks wurde das nicht anders – das HRG selbst war ja nur selten Thema. Die Studi-Funktionäre beobachteten, diskutierten und kritisierten das alles. Aber die studentische Basis, „die Massen“ ließen sich deswegen nicht mobilisieren.

In Berlin und Baden-Württemberg sind Studiengebühren schon längst eingeführt, in Hildesheim und Berlin werden und wurden ganze Fachbereich abgeschafft. Die 18. BAföG-Novelle stellte '95 mit der Verzinsung zum „BankföG“ um. Doch: es konnte kaum wer aufgerüttelt werden. Das Bewußtsein, davon individuell betroffen zu sein, fehlte den Individualisiererten: mir geht es doch noch relativ gut und irgendwie schaffe ich das schon allein.

Die bundesweite Streikwelle war media-made

Es mußte schon ein Tagesthemen-Bericht sein. Plötzlich war klar, daß man dazugehören könnte. Oder schon dazugehört. Zu dem, was TV und auch meine Profs wichtig finden. Und die Studienbedingung sind schlecht, stimmt ja. Über die Uni-Vollversammlung wird abends im TV berichtet: also ist diese wichtig und es ist vor allem wichtig, dabei gewesen zu sein!

Ein Zusammenspiel von Medien und einem echten politischem Lerneffekt: Blieben früher diejenigen weg, die Vollversammlungen uninteressant fanden, oder „dagegen“ waren, war es im Streik ganz anders. Es war klar: auch die, die dagegen sind, kommen hin und stimmen eben dagegen! Ganz easy: Demokratie zum Mitmachen. Schattenseiten sind die endlosen Geschäftsordnungsdebatten derjenigen, die auch das beidarmige Melten gerade neu gelernt hatten. Wir lernen Politikmachen.

Wenn schon nicht klassenbewußte, „Solidarität“, dann war es immerhin die richtige Erkenntnis, daß sich gemeinsam, mit vielen, eher etwas erreichen läßt. Wer heute als David gegen Goliath bestehen will, braucht für seine Forderungen maximale Medienpräsenz – mit dieser greenpeace'schen Erkenntnis sind wir groß geworden. Und mediengerecht war sie, diese Welle von sich dem Streik neu anschließenden Hochschulen. Massenaufmärsche und Forderungen, verkürzt zu maximal Fünf-Wort-Slogans, passen prima sowohl auf Seite-Drei-Fotos als auch in RTL-News-Schwenks. Und: wohlgesonnen waren sie, die Medien, ungewohnt von bisherigen Studi-Themen. Inhalte kamen dabei kürzer: AGs, die Forderungen erarbeiten, lassen sich eben nicht medial verarbeiten. So hieß es nicht Unterrichtsboykott, sondern „Streik“! Die gemäßigten Aktionen, der Protest und auch ganz normale Vorlesungen liefen hinter der

Über die Uni-Vollversammlung wird abends im TV berichtet: also ist diese wichtig und es ist vor allem wichtig, dabei gewesen zu sein!

* Sonja Riedemann studiert Jura an der Ruhr-Uni Bochum, Mitglied des SHB Bochum, AStA-Vorsitzende '96/'97, stellv. Bezirksvorsitzende der Jusos Westliches Westfalen

Fassade, unter der Streik-Oberfläche mit radikalierter Sprache und Begrifflichkeit ab, mit der die Medien versorgt wurden.

3. Die Lost Generation – Vorkämpfer für Reformen?

Bis auf die Studis herrscht derzeit Stille im Wald. Ist das also nun der Aufbruch in ein Jahr, in einen Wahlkampf der außerparlamentarischen Oppositions- oder sozialen Bewegungen? Sind an dieser Stelle die Studis dann doch wieder VorreiterInnen? In Ansätzen flackerte schon in den Protesten gegen das Sparpaket 1996 und in den Kumpels-Protesten ein wenig gesellschaftlicher Protest und Unzufriedenheit auf. „Laßt tausend Kohl-mußweg-Bündnisse blühen?“ – Ist ein aus der Streik-Bewegung ein Bündnis der Studierenden mit den Arbeitslosen möglich?

Die Kinder Kohls, die keiner will

Eine Diskussion innerhalb der Studierendenschaft findet nicht mehr statt, vielmehr: die Selbstwahrnehmung, ein Bewußtsein als gemeinsame soziale Gruppe ist nicht vorhanden. Es stimmt: die Studis von heute sehen sich mehr als MieterIn, AutofahrerIn, VerbraucherIn, PartnerIn, Mutter oder Vater denn als StudentIn. Trotzdem: alle gehören sie zu der Generation, die keiner will.

Dieser Generation, die nur als KundInnen erwünscht ist, aber keine eigene Chance hat, was soll ihr auch geboten werden? Die Umbuchung vom Langzeit-, Park- und Zweitstudium zum Arbeitslosen oder Lehrstellensuchenden? Wer es sich leisten kann, studiert und ergreift damit individuell die minimale Chance, die eine prozentual geringere AkademikerInnen-Arbeitslosigkeit verspricht. Dieser Generation wird eben kein breites Integrationsangebot gemacht wie damals den [SR] '68ern!

Studentische Politik ist wie Olympiade

... nämlich alle vier Jahre und hinterher war toll, wenn man dabeigewesen ist.

Hochschulen wirken als prägende Politisierungsinstanz. Wenn Hochschulen die gesellschaftlichen Funktionseliten ausbilden, gerade, wenn 30% eines Altersjahrgangs sie durchlaufen, müssen fortschrittliche Kräfte hier ansetzen. Die Politisierung derjenigen, die später wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen treffen und tragen werden, entscheidet mit über die Zukunft und die Chance re-

formerischer Politik. Das Sich-Bewegen der Studis war politisch übernotwendig für die Zukunft linker Politik: Der Schub der '68er hat sich sowieso schon längst verbraucht, und die letzte große Studi-Bewegung ist auch einige Jahre her: es wurde mal wieder Zeit. Der Roll-Back der Entpolitisierung ist allgegenwärtig: In den letzten Jahren nahmen Studierenden und Hochschulen faktisch davon Abstand, Brutkasten linker Ideen und Reformmotor für gesellschaftlichen Fortschritt zu sein.

Die Studis wollen so gerne links sein, wissen aber nicht, wie das geht und was das ist. Aufgrund von 15 Jahren Kohl driften sie immer mehr nach unpolitisch bis rechts. Protest als Generationserfahrung? Soziale Bewegungen als Erfolgsstory? Das haben die Kinder Kohls bisher nicht erlebt. Bisher mit der Inszenierung des Scheinkonfliktes „Generationenvertrag“ (also alt gegen jung) von der Wahrnehmung der Auseinandersetzung „oben gegen unten“ abgehalten, haben schon zu viele Jugendlichen die neoliberale Ideologie von „des eigenen Glückes Schmied“ längst zu sehr verinnerlicht, um sie als nur ein mögliches Wahrnehmungsmuster zu bemerken. So fällt es schwer, Forderungen und Ansprüche zu formulieren, Bedürfnisse wahrzunehmen. Verinnerlicht ist: „der Kuchen ist eben zu klein und relativ geht es mir noch gut“.

Politisch ungeübt und handlungsunfähig: Vision impossible!

Gewöhnt an die gewollte Dissoziation politischer Einzelthemen sind sie langsam dabei, zu erkennen, daß alles mit allem zusammenhängt. Ist das die Rückkehr der Politik? Diese Kinder Kohls, die in der geistig-moralischen Wende, zuletzt mit Standort- und Globalisierungsdiskursen aufgewachsene Generation, die Politik nur kennengelernt hat als Aussitzen entlang von Sachzwangargumenten, versuchen ihren diffus begriffenen oder empfundenen Unmut nun irgendwie zu artikulieren.

Phantasievoll und unideologisch seien die Studis, diese ganz von Realpolitik geprägte Generation. Sie machen es sich wirklich nicht leicht: kein Freund-Feind-Schema, sondern sie versuchen, zu differenzieren. Von vornherein sind weder „die Profs“, „die Politiker“ noch „das System“ naturgegebene Gegner. Das Fatale ist aber: Diese Einsicht macht handlungs- und damit politikunfähig. Den '97ern fehlt politische Übung und daher die

Demo am 27.11.97 im Bonner Hofgarten



strategisch-operative Kompetenz, um die mit allen Wassern der Kader-, Gremien- und Parteipolitik gewaschenen '68er, die diversen „Enkel“ in Uni und Parteien ernsthaft in Bedrängnis zu bringen! Noch lassen sich die Kinder der '68er leicht von ihren politischen Eltern fressen.

Bündnisfähig oder ständisch?

Studentische Funktionäre tun dabei vieles, um ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren: die Aussage, man wolle nicht „für die Wirtschaft“ ausgebildet werden, wirkt als elitäres Gequatsche in einer Gesellschaft, in denen es vielen Gruppen noch viel schlechter geht. Mehr Geld und den Hochschulzugang für alle zu fordern, aber alle Modelle der Finanzierung, Studiengebühren

Ein Bewußtsein der Studierenden als gemeinsame soziale Gruppe ist nicht vorhanden. Trotzdem: alle gehören sie zu der Generation, die keiner will. Was soll ihnen auch geboten werden? Die Umbuchung vom Langzeit-, Park- oder Zweitstudium zum Arbeitslosen oder Lehrstellensuchenden?



Studentenproteste in Wiesbaden

Demo am 27.11.97 im Bonner Hofgarten



Schon zu viele der Jugendlichen haben die neoliberale Ideologie von „des eigenen Glückes Schmied“ längst zu sehr verinnerlicht, um sie als nur ein mögliches Wahrnehmungsmuster zu bemerken. So fällt es schwer, Forderungen und Ansprüche zu formulieren.

und Strukturreformen abzulehnen, wird verglichen mit der Status-Quo-Beharrung der Kohle-Kumpel. Die Studis begeben sich in die Konkurrenz im pluralistischen Wettbewerb um immer knappere staatliche Mittel. Das allein ist keine Politik, sondern Klientelismus – erfolgloser noch dazu. Dieser Streik war nicht auf politische Bündnisfähigkeit angelegt, zumal er sowieso nicht „angelegt“ war. Aber daß die gewerkschaftlich orientierten Verbände in früheren Streiks und Protesten auf gesellschaftliche Reform-Bündnisse gesetzt hatten, wußten nur wenige der Streikenden. Die vor lauter „Umarmungen“ entstandene prinzipielle Skepsis richtete sich ebenso natürlich gegen Gewerkschaften wie gegen die IHK. Der Bezug zu SchülerInnen war der einzige, der sich scheinbar logisch ergab und akzeptiert wurde.

Keine bundesweite Koordination und Organisation

Der Streik war zunächst spontaneistisch, wurde meist von Erstsemestern getragen und war in der Tendenz anti-institutionell. Nach den ersten Frustrationen über Unkoordiniertheit und fehlendes Einlenken der „Politiker“ änderte sich diese Einstellung innerhalb der Streikenden. ASten (die Allgemeinen Studierendenausschüsse, die auch die Finanzen der verfaßten Studierendenschaft verwalten) mit Logi-

stik und Geld waren gefragt. Doch: Es gab keine bundesweite Organisation der Streiks oder der ASten. Alles lief weitgehend unabgesprochen und „individuell“ ab. Nach dem Zusammenbruch der großen Verbände war niemand da, der die politische Führung übernehmen konnte und organisatorische Erfahrung aus den letzten Streiks besaß. Die einzig existenten linken, bundesweiten Strukturen (Juso-Hochschulgruppen, fzs – Freier Zusammenschluß von StudentInnen-schaften) waren weder in der Lage noch gewillt, auch nur eine organisatorische, wenn schon keine strategisch-politische Leitung zu übernehmen. Weder konnte sich der lose Dachverband fzs als „Agit-Prop“-Zentrale profilieren, noch waren die Treffen der gewählten Vertretungen, der ASten in Bonn (Mitte Dezember), noch der Basiskonferenz in Berlin (Anfang Januar [falls das genauer interessiert? Ansonsten können die Monatsnamen auch ganz weg, SR]) von irgendeinem handhabbaren Ergebnis gekrönt.

Ein Erfolg der bundesuneinheitlichen Proteste hätte die Re-Organisation der linken und studentischen Interessenvertretungsstrukturen sein können. Aber: die meisten Studi-Funktionäre lehnen jedwede Organisation als hierarchisch ab und geben damit fataerweise eine organisierte Eingriffs-

möglichkeit und die Handlungsfähigkeit der Studierenden auf. Das ist keine verantwortungsvolle Vertretung der Interessen!

Aber alles ein Lucky Streik

Die einheitliche Übernahme des Zigaretten-Marken-Logos – der Lucky-Streik-Kreis – geschah aber selbstverständlich und unhinterfragt. Der Versuch, eigenes und neues wie z.B. die grüne Bildungsschleife (analog zur roten Aids-Soli-Schleife und dem im Internet bekannten „Free-Speech“-Blue-Ribbon) durchzusetzen, verlief erfolgloser.

„Luckies“ sind bei StudentInnen die meistgerauchten, und „Strike“ drängt sich als „Streik“ ja auch nur zu einfach auf. Trotzdem: Lucky trifft auch genau diese Generation. Trotz oder gerade wegen aller Chancenlosigkeit und Resignation Spaß haben, trotz der Gewißheit, ja doch nichts ernsthaft bewegen zu können, es zumindest versuchen und dabei Fun organisieren. Auch politische Aktionen müssen wie eine große, bunte Loveparade sein. Erst in den letzten Dezembertagen des Streiks, als fehlende Ergebnisse absehbar wurden, prangte hier und da das gewandelte Motto „Angry Streik“ in dem Rund.

4. Worum ging es denn „eigentlich“?

Die Streikwelle war eine Es-stimmt-was-nicht-Bewegung. Aber das, was nicht stimmt, unterliegt einer sehr individuellen Definition.

Diffus, unklar und verschieden

Die einengende Beschreibung der Studierenden als reine Mehr-Geld-Bewegung entspricht eher der Nachfrage der Öffentlichkeit, die sich auf komplizierte Erklärungsmuster nicht einlassen will. Wer heute etwas anderes fordert als Geld, wird nicht verstanden. Die Verständnismechanismen sind durch die machtzentrierte und auf Finanzen begrenzte Politik der vergangenen Jahre vertrocknet.

Die Intentionen waren sehr unterschiedlich: Einzelne streikten – naiv, unpolitisch oder medienwirksam verkürzt – für „mehr Geld für Bücher“, andere für ihre ganz individuelle Chance, sich durch bessere Ausbildung ihre noch vorhandenen Vorteile sichern zu können und sich damit im Konkurrenzkampf behaupten zu können. Andere hatten gesamtgesellschaftliche Ungerechtigkeiten und „die Systemfrage“ im Blick. Eigentlich ging es um 540 fehlende Seminarplätze in

Gießen ebenso wie es eigentlich um die gesellschaftliche Verteilungsfrage ging, und eigentlich ging es darum, zu erkennen und zu verstehen, daß das eine eben mit dem anderen zusammenhängt.

Bizarr aber beispielhaft: an vielen Hochschulen wurde erst der Streik beschlossen und danach eine „AG Forderungen“ gegründet, die Inhalte diskutiert und überlegt, wofür man denn „eigentlich“ streike. Der Streik mußte solange fortgesetzt werden, bis klar ist: Was wollen wir?

In der späteren Phase des bröckelnden Streiks wurde der Riß durch die Studierendenschaft offensichtlich: ging es um die Verteilungsfrage und Gerechtigkeit oder darum, die individuelle Bildungschance sichern? Durfte man also für mehrere Ziele die KommilitonInnen länger als zwei Wochen von den Vorlesungen abhalten? Das ist der Wunde und nicht geklärte Punkt.

Politische Forderungen: alles ist möglich

Die unmittelbaren hochschulpolitischen Forderungen waren schnell klar und sind nicht neu: keine Studiengebühren, keine Zwangsexmatrikulation, freier Hochschulzugang und keine extra Auswahlgespräche, Anpassung des BAföG, mehr Geld für die Hochschulen usw. Die Frage nach mehr Geld für das Bildungswesen allgemein war noch leicht nachvollziehbar, aber schon bei Frauenförderung oder der Integration ausländischer KommilitonInnen wollten viele nicht mehr diskutieren und drängten auf Abstimmung. Darum ginge es doch eigentlich nicht. Auch die allererste Vollversammlung in Gießen stimmte Frauenförderung wieder aus den Forderungen heraus, es ginge doch „eigentlich“ um etwas anderes. Andererseits konnten radikale gesellschaftspolitische Forderungen in Bochumer Audimax großen Applaus einfahren. Eigentlich geht es um eine andere gesellschaftliche Logik.

„Seminarleiter statt Eurofighter“ ist zwar als Parole berühmt geworden, aber ob und warum ASten ein allgemeinpolitisches Mandat haben sollten, hatte damit eigentlich nichts zu tun. BAföG ist okay, aber für alle? Grundsicherung für alle und die Belange anderer, noch weitaus mehr benachteiligter Gruppen standen noch seltener im Mittelpunkt.

Definitions-macht

Das Einfache und Fatale an dieser Unklarheit war, daß sich die Öffentlichkeit und Politik um die Definitions-macht

stritten, was die jungen Menschen denn da nun wollten. In Ermangelung einer zentralen Organisation hatte diese Strategie zunächst Erfolg: die veröffentlichte Meinung, die Interpretation darüber, was die Studis wollten, lag zunächst nicht in deren eigenen Händen. Und: die Medien hatten ein Thema. Nett, bunt, sogar richtig rebellisch, wie süß. So wie inzwischen keine Werbung für die Zielgruppe 25 bis 35 mehr ohne ein flippiges Teenie-Image auskommt, so lieferten Lucky Studis dieser eine gute „Medien-Oberfläche“. Und sie beanspruchten noch nicht mal das Definitionsmonopol über ihre ureigenste Bewegung. So reagierten diese Medien, die sich in früheren Protesten wenig um die Belange der Studis gekümmert hatten, nun aber diese für sich vereinnahmten konnten, erstaunlich positiv und sympathisch.

Auch der sehr unterschiedliche Berichterstattung über das Eindringen des Bonner Demozuges in die Bannmeile ist beispielhaft für den Kampf um die Definitionsmacht: waren es bloß wenige autonome Spinner, die die braven, verfassungstreuen protestierenden Studis in Mißkredit brachten, oder sind eben schon alle Studis derart unzufrieden, daß sie alle zu radikaleren Methoden greifen würden?

Angenehmer Streik und Umarmungsstrategie

Es erschien, als sei allen der Streik angenehm. Eine ungeahnte Sympathiewelle rollte der Streikwelle hinterher. Wer wäre auch gegen mehr Geld für Bücher oder wollte gar eine leistungsbereite Elite bremsen? Da sich die Streikenden ihr Ansprüche nicht gegen irgendwen richteten, konnten sich alle wiederfinden.

Vorhersehbar funktionierte die Umarmungsstrategie: Sich solidarisch erklärend und Verständnis zeigend für die ärgerlichen jungen Menschen, legten die Regierenden, die für die Misere Verantwortlichen, und die Wirtschafts-bosse ungefragt wieder ihre alten Konzepte vor: Studiengebühren, Auswahlgespräche der Unis und Leistungsanreize. Weil konkreter greifbar, waren im Endeffekt die konservativen und neoliberalen „Lösungsvorschläge“ diejenigen, die als – immerhin existierende und faßbare – Reformvorschläge auf dem Tisch lagen. So diskutierte der „Presseclub“ bloß, wann und wie Studiengebühren eingeführt werden sollten, nur diese Entscheidung schien sinnvoll, möglich, und sie schien bereits gefallen. Nur die konservativen Kon-

zepte, die einfachen „Lösungen“, wurden im Laufe der Diskussion virulenter.

Linke Ansätze blieben dagegen diffus, ein eingängiges und faßbares Lösungskonzept oder eine nachvollziehbare Vision wurde nicht formuliert. Die SPD versuchte sich einerseits für den HRG-Kompromiß zu rechtfertigen, was ihr aber in der studentischen Öffentlichkeit nicht gelang und so den etablierten Parteienfrust noch mehr schürte. Andererseits glaubt der Parteivorstand der SPD, daß der Gegner „Kohlregierung“ von den Studis als der einzige erkannt wurde und sich damit die SPD als Anwältin der Studis behaupten kann. Aber die Studierenden haben gemerkt: auch die rot-grün regierten Bundesländer haben sich den früher noch bekämpften Ideologien ergeben und sparen selbst auf Kosten der Bildung und anderen Sozialleistungen den Haushalt kaputt.

Was ist das erreichte Etwas?

Die Medien schießen sich im Januar – aus der Weihnachtspause kommend – auf eine „Nichts passiert“ bis „gescheitert“ Bewertung ein. Die vierzig extra bewilligten Millionen DM sind ein laches Zugeständnis und entsprechen einem Tamagotchi für jedeN Studi. Aber was haben sie erwartet? Daß sich wirklich etwas ändert und „die Politik“ einlenkt? So naiv sollten wir nicht sein. Die FR, die Streiks lange mit sozialliberalem Unverständnis beobachtend, hat zumindest in diesem Punkt Recht: Es wird niemand der Anti-Castor-Bewegung, amnesty international oder Greenpeace vorwerfen, sie seien gescheitert, nur weil doch Castoren rollten, weiterhin Wale sterben oder Menschen gefoltert werden.

Die Schlagzeilen und der Medienrummel sagen noch nichts über die Wirkung. Doch: die Politisierung der Studis ist geschehen – es hat sich in den Köpfen etwas bewegt: Sozusagen durch „Monitoring“ (per TV) beginnt nach der Fremd- langsam wieder eine

Eigentlich ging es um 540 fehlende Seminarplätze in Gießen ebenso wie es eigentlich um die gesellschaftliche Verteilungsfrage ging, und eigentlich ging es darum, zu erkennen und zu verstehen, daß das eine eben mit dem anderen zusammenhängt.



Studentenproteste in Wiesbaden

Neu bei ISP



Albert Sterr (Hrsg.)
Die Linke in Lateinamerika
 Analysen und Berichte
 1997, 318 Seiten
 DM 38,00 / öS 278,00
 ISBN 3-929008-37-8

Ein aktueller Überblick über wichtige Kräfte der Linken – Länder- und Themenbeiträge, verfaßt von bekannten Politikern, WissenschaftlerInnen und Mitgliedern der Basis- und Solidaritätsbewegung in Lateinamerika und Europa.



REDaktion (Hg.)
Chiapas
 und die
 Internationale der Hoffnung
 1997, 250 Seiten, Bildteil
 DM/sFr 29,80 / öS 218,00
 ISBN 3-929008-34-3

Das Buch zum „Ersten Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus“.

Mit Beiträgen von Joachim Hirsch, Anne Hufschmid, Gerold Schmidt, Winfried Wolf u.a.

Neuer ISP Verlag

Marienstr. 15
 63617 Karlsruhe
 Telefon (0721) 31183
 Fax (0721) 31250

Selbstwahrnehmung als gemeinsame Gruppe, wenn auch unklar ist, welche gemeinsamen Interessen bestehen oder gar, warum das so ist.

Dem Frust, „nichts“ erreicht zu haben, steht der Erfolg entgegen, quasi „aus dem Stand“ eine Bewegung inszeniert zu haben, die die Öffentlichkeit bewegt hat. Die kleine Erfolgserfahrung, „etwas“ bewegen zu können, ist da. Um aber Parteien und insbesondere die regierenden Aussitzer zu bewegen, braucht es kontinuierlich viel, sehr viel Druck von außen, und es funktioniert nur langsam: Ob und wie „die Studis von '97“ weiter politisch eingreifen werden hängt davon ab, ob und was sie mit dieser Erkenntnis machen. Dies ist die Chance der organisierten Linken, Unzufriedenheit(en) aufzugreifen, zu bündeln und konkrete Lösungsvorschläge und Eingriffsmöglichkeiten aufzuzeigen.

5. Und nun? Forderungen und Strategien

Mehr Geld für die Hochschulen ist nicht alles. Aber ohne Geld ist alles nichts. Über eine Aufstockung des Bildungsetats hinaus muß die nun entfachte Diskussion in den Hochschulen weitergeführt werden. Die bisherige innere Reformunfähigkeit der Hochschulen darf dabei nicht als Argument gegen Demokratie benutzt werden, um externe Hochschulräte als Steuerungsorgane zu installieren. Die durch ein 25 Jahre altes Verfassungsgerichtsurteil festgelegte professorale Mehrheit in den Gremien ist lediglich eine Scheindemokratie, die offensichtlich weder die „Freiheit der Wissenschaft“ noch ihre Organisationsform Hochschule gut behütet hat. Nur durch eine wirksame Beteiligung aller Gruppen an Hochschule kann überhaupt etwas bewegt werden. Es wird Zeit, nach 25 Jahren diese Bilanz zu ziehen und neue Entscheidungen zu treffen. Und auch hier soll ein Bezug zu '68 nicht fehlen: auch damals war die ach so revolutionäre Bewegung diejenige, die im Endeffekt gegen die alten Ordinarier auch kapitaldienliche Reformen durchsetzte. Ohne die protestierenden Studierenden hätte das niemand jemals gewagt oder geschafft. Wird nun die Abschaffung der Verbeamtung der Hochschulangestellten zum zweifelhaften Erfolg der Studis und Gewerkschaften von '97?

Bildung ist wieder Thema

Ein Erfolg ist, daß die Bildungsmisere jetzt Thema ist und Bund und Länder,

also politische Entscheidungen, dafür verantwortlich gemacht werden. Bildung ist jetzt wieder ein Thema, und nicht nur im Sinne der „Effizienz“ von Hochschulen: die Frage, wer Bildung bekommt, ist wieder formuliert worden. Chancengleichheit wird dabei als Ziel grundsätzlich akzeptiert, unklar ist bloß, wie sich das konkret umsetzen läßt, wenn doch kein Geld da sei? Hier können und müssen fortschrittliche Ideen greifbar präsentiert werden.

Politierte Studis!

Ein zweiter Erfolg: die StudentInnen sind bewegt und politisiert, nicht alle, und auch nicht alle nach links. Jetzt ist aber die Chance da, an Hochschulen und darüber hinaus mit und als StudentInnen linke Politik zu machen. Jetzt, da die Studierenden selbst und die Öffentlichkeit für die Studierenden sensibilisiert sind, beginnt die harte Arbeit. Die Show muß aufhören. An ihre Stelle sollte knochenharte politische Arbeit treten. Entscheidender über den Erfolg der '97er als die medienwirksam-subversiven Einzelaktionen wird langfristig sein, ob sie bereit sind, sich überhaupt auf das schwierige Geschäft der Politik einzulassen. Nur wenn die '97er begreifen, daß sie ihre Anliegen nicht an andere delegieren können, schon gar nicht an die arrivierten '68er, können sie politisch wirksam werden.

Wir brauchen jetzt eine Radikalisierung und eine Polarisierung – nicht der Mittel, sondern der Inhalte. Es geht um eine Re-Politisierung der Hochschulen wie der Gesellschaft: die gesellschaftlichen und gesamtpolitischen Bedingungen von Bildung müssen diskutiert werden. An Hochschulen muß Politik wieder stattfinden. StudentInnen müssen jetzt politische Eingriffsmöglichkeiten wieder wahrnehmbar gemacht werden, und nicht nur hoffend und wartend auf einen Regierungswechsel verträutet werden

Eine organisierte Linke an den Hochschulen, die sich in gesellschaftliche Reformbündnisse einreicht und diese vorantreibt, die gesellschaftlichen und politischen Druck auf die Parteien – besonders die SPD – erzeugt, ist der ferne Traum. Die organisierte sozialistische Linke muß dies, muß die Studis und muß Politik an Hochschulen zu ihrem Projekt machen und in den noch laufenden Prozeß eingreifen. Die jetzige Chance wurde uns geschenkt – wir dürfen sie uns nicht wieder nehmen lassen.

spw

Viel Lärm um nichts. Oder war das, was in Luxemburg beschlossen wurde, nicht nichts? Die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union stellten Ende November in Luxemburg die Ergebnisse des Beschäftigungsgipfels vor. Demnach sollen Jugendliche in Zukunft die Möglichkeit haben, eine Beschäftigung, eine Ausbildung, eine Umschulung oder sonstige beschäftigungsfördernde Maßnahme in Anspruch nehmen zu können, ehe sie sechs Monate arbeitslos sind. Gleiches gilt für erwachsene Langzeitarbeitslose, ehe sie zwölf Monate ohne Job sind. Erst auf Druck der Bundesregierung ist durchgesetzt worden, daß zu den beschäftigungsfördernden Maßnahmen bereits „individuelle Beratung“ zählt, sprich wenig bringende, aber kostengünstige „Berufsberatungsgespräche“. Der Handlungszwang für die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der beschlossenen Vorgaben wurde durch Einräumung einer Frist von fünf Jahren deutlich abgeschwächt. Fünf Jahre – ein Hohn für alle, die keine Arbeit haben.

Desweiteren hat der Europäische Rat beschlossen, für 20% aller Arbeitslosen sogenannte Wiedereingliederungsmaßnahmen bereitzustellen. Der ursprüngliche Vorschlag von Ratspräsident Juncker lag bei 25%, der aber wurde von der Bundesregierung strikt abgelehnt. Die gegenwärtige Wiedereingliederungsquote liegt in Deutschland bei 22%. Daher sieht die Bundesregierung aufgrund des jetzt gültigen Ratsbeschlusses keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich verpflichtet, die im Vertrag aufgestellten Beschäftigungsmaßnahmen in langfristige nationale Aktionspläne einzufügen. Ähnlich wie bei der Überprüfung der währungspolitischen Konvergenzkriterien erstellen die jeweiligen Regierungen jährlich einen nationalen Beschäftigungsbericht, der von dem Rat hinsichtlich des Erfolgs oder Mißerfolgs bewertet werden soll. Dieses Verfahren ist nicht neu. Die Kommission erstellt nämlich seit dem Essener Gipfel 1994 Jahr für Jahr einen Bericht zur Beschäftigungslage in der Union, außerdem gibt es einen gemeinsamen jährlichen Bericht von Kommission und Rat. In Luxemburg gab es alten Wein in neuen Schläuchen.

Jospin gegen den Rest der EU?

Die französische Regierung unter Lionel Jospin war mit den „Ergebnissen“ des Gipfels nicht zufrieden. Jospin sollte es nicht gelingen, genügend Ver-

bündete für seine Politik der klaren Ziele unter den anderen sozialdemokratischen Regierungen zu gewinnen. Tony Blair führt die neoliberale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Thatcher-Ära fort. „Beschäftigungsfähigkeit“ ist sein neues Zauberwort. Die Labour-Politik versucht, die Arbeitslosen durch das Anziehen der sozialpolitischen Daumenschrauben in die Niedriglohnsektoren zu zwingen. New Labour steht „für die Privatisierung sozialer Risiken, ohnmächtige Gewerkschaften und einen Niedriglohnbereich zusätzlicher Arbeitsplätze, der Menschen zwar beschäftigt, aber nicht aus der Armut führen kann.“¹ Blair lehnte zusammen mit der deutschen und der spanischen Regierung konkrete Beschäftigungsverpflichtungen auf europäischer Ebene strikt ab.

Die Europäische Kommission, das fünfte Rad am Wagen der illustren Gipfelrunde, versuchte, ähnlich wie Ratspräsident Juncker, zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln. Vergebens. Gegen Deutschland läßt sich in Europa nunmal keine Politik machen. Der europäische Wirtschaftshegemon diktiert den anderen Mitgliedstaaten neoliberale Strategien ins Stammbuch. Der Widerstand gegen Kohl ist erstaunlich gering. Viele der mittlerweile zwölf sozialdemokratischen Regierungen verstecken sich sogar hinter den deutschen Positionen und unterstützen insgeheim die neuen EU-Beschlüsse.

Der Grund dafür ist klar: Die Spirale der angebotsorientierten Anpassungsmechanismen wirkt seit Durchsetzung der Konvergenzkriterien in allen Mitgliedstaaten gleich. Kreditfinanzierte öffentliche Beschäftigungsprogramme verbietet seit Maastricht der (politisch inszenierte) Zwang zum Sparen, u. a. weil die Nettoneuverschuldung die drei Prozentmarke nicht deutlich überschreiten darf. Daher sehen sich die meisten Regierungen gezwungen, sich zwischen einer Teilnahme am Euro oder einer wirksamen Beschäftigungspolitik zu entscheiden. Beides scheint derzeit nicht mehr möglich. Dafür müßte der Mechanismus der Konvergenzkriterien und des Stabilitätspakts außer Kraft gesetzt oder zumindest abgeschwächt werden.

Die Hoffnungen liegen bei der SPD. Ein Politikwechsel in Deutschland wäre zwingende Voraussetzung für einen beschäftigungspolitischen Kurs auf europäischer Ebene. Mit einem Kanzler Schröder ist aber ein Politikwechsel à la Frankreich grundsätzlich

Gipfel der Beschäftigungsblockade

von Rainer Zugehör*

auszuschließen. Blair würde lediglich einen neuen Verbündeten für seine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik finden. Der neoliberale Sparmechanismus der u. a. durch die Einführung des gemeinsamen Binnenmarktes und der Konvergenzkriterien hergestellt wurde, kann jedoch nur durch Konsens der Mitgliedstaaten wieder aufgehoben werden. Schröder wäre Teil des Problems und nicht der Lösung und Jospin weiterhin der Sisyphus.

Auswirkungen des Gipfels auf den deutschen Arbeitsmarkt

Für die mittlerweile knapp 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland wird der Beschäftigungsgipfel kaum etwas ändern. Die neoliberalen Politikinstrumente Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung, die im Vertrag von Luxemburg besonders gewürdigt wurden, führen zu einer geographischen Ausweitung des Marktes in Europa. Kohl antwortet mit einer Nationalisierung der Beschäftigungspolitik. Das Resultat dieser Politik ist, daß der immer mobiler werdende Faktor Kapital den in den jeweiligen nationalen Grenzen verharrenden Faktor Arbeit gegeneinander ausspielt. Das Kapital wird durch diesen Mechanismus aus seiner sozialen Verantwortung bewußt entlassen, was zwangsläufig dazu führt, daß der Faktor Arbeit ständig mehr belastet werden muß, weil die Aufgaben und damit die Ausgaben des Staates nicht sinken. In Deutschland haben die Großunternehmen, wie zum Beispiel Siemens, demonstriert, wie Vermögen, Zinserträge und Gewinne der Steuerpflicht entzogen werden können. Der Elektrokonzern zahlt trotz in Deutschland erwirtschafteter Gewinne in Milliardenhöhe keine Steuern.² Die Großunternehmen nutzen die national unterschiedlichen Abschreibungsvorschriften für geleaste Anlagen so aus, daß sich die Anschaffungskosten für

Der Widerstand gegen Kohl ist erstaunlich gering. Viele der mittlerweile zwölf sozialdemokratischen Regierungen verstecken sich sogar hinter den deutschen Positionen und unterstützen insgeheim die neuen EU-Beschlüsse.

* Rainer Zugehör, geb. 1970, wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD Abgeordneten Dr. Werner Schuster, freier Journalist

Der Tanz der Gewerkschaften auf dem Drahtseil, das zwischen Bonn und Brüssel gespannt ist, lähmt die innerverbandliche Diskussion und Auseinandersetzung über eine europäische Währungs- und Beschäftigungspolitik.

maschinelle Produktionsfaktoren gleich in zwei Ländern steuermindernd niederschlagen.

Der Europäische Rat hat in der Schlußerklärung angemahnt, den „schädlichen Steuerwettbewerb, der sich negativ auf die Beschäftigungen auswirken kann“ zu beenden. Konkrete Maßnahmen wurden aber auch in diesem Punkt nicht getroffen – mit gefährlichen Folgen: Dem Staat geht ein Kernbereich nationaler Souveränität verloren: die Steuerhoheit. Nicht die demokratisch gewählten Regierungen

entscheiden mehr über die Höhe der Besteuerung, sondern die Steuerexperten der Unternehmen können den Beitrag unterschreiten, den sie zur Erfüllung staatlicher Aufgaben eigentlich leisten müßten.

Legale und illegale Steuervermeidung der Unternehmen akzeptiert die Bundesregierung als „Standortvorteil“. Die Versprechungen der Wirtschaft und der Politik, daß eine steuerliche Entlastung der Betriebe zu mehr Beschäftigung führe, hat sich in der Wirklichkeit nicht bestätigt. Vielmehr werden die Konjunktur und der Arbeitsmarkt direkt durch die Schwächung der öffentlichen Nachfrage und indirekt über die Eindämmung der Massenkaufkraft beschädigt. Der Grund dafür ist einfach: Wenn die Kapital- und Vermögenssteuer sinkt bzw. wegfällt, ist der Staat gezwungen, Sozialleistungen bzw. öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen zu kürzen und den Faktor Arbeit zu belasten.

Der Euro kommt, die Arbeitsplätze gehen – und zwar nach Deutschland

Gegenwärtig profitiert Deutschland durch den Handel mit seinen Nachbarn. Handelsbilanzüberschüsse in Rekordhöhe werden am laufenden Band in der Jahresbilanz der Deutschen Bundesbank vermeldet. Dies hat in der Vergangenheit stets zu DM-Aufwertungen geführt, die den Wettbewerbsvorsprung einigermaßen ausgleichen konnten. Kommt der Euro, entfällt damit auch das marktwirtschaftliche Korrektiv der Währungsparitäten. Die Folge wird sein, daß Deutschland auf Kosten der anderen EU-Mitgliedstaaten das ungleiche Export-Import-Verhältnis weiter ausbauen wird.³ Diesen eigennützigen Vorteil – zu Lasten der Beschäftigten der anderen EU-Staaten – erhoffen sich insgeheim nicht nur die deutschen Arbeitgeber, sondern auch der DGB. Deshalb halten insbesondere die deutschen Gewerkschaften an dem Euro fest, obwohl die Kriterien die Regierungen zwingen, Stabilität auf Kosten von Beschäftigung zu erreichen.

Der Tanz der Gewerkschaften auf dem Drahtseil, das zwischen Bonn und Brüssel gespannt ist, lähmt die innerverbandliche Diskussion und Auseinandersetzung über eine europäische Währungs- und Beschäftigungspolitik. Darum ist es kaum verwunderlich, daß der DBG für den „Beschäftigungsmarsch“ in Luxemburg nur klägliche 1.000 Mitglieder mobilisieren konnte. Im Bonner Hofgarten hat-

ten vor einem Jahr immerhin 350.000 Menschen das Sparpaket der Bundesregierung zu verhindern versucht. Kein Wunder, daß die neoliberalen Interessen der Unternehmer und Vermögenden auf europäischer Ebene ohne merklichen Widerstand umgesetzt werden können.

Die negativen Effekte einer gemeinsamen Währungsunion für Gesamteuropa müssen erneut diskutiert werden (vgl. spw-AutorInnengruppe, spw Heft 95, Juni/Juli 1997). Wie wird ein Produktivitätsausgleich zwischen den Euro-Ländern organisiert, wenn die Währungsparität als wirksames Instrument ausfällt und Ausgleichszahlungen begrenzt bleiben? Inwieweit fördert der Euro eine Entdemokratisierung der nationalen Wirtschaftspolitiken? Die sozialen Kosten des Euros sind hoch, besonders bei den schwächeren EU-Staaten. Ein erneutes Nachdenken über Sinn und Unsinn einer gemeinsamen Währung in Europa ist angesagt.

Europäische Beschäftigungspolitik im Geburtsjahr des Euro

Wie wird es mit der europäischen Beschäftigungspolitik weitergehen? Auf dem nächsten Gipfel in Cardiff im Juni 1998 sollen unter der Ratspräsidentschaft Tony Blairs die nationalen Aktionsprogramme der Mitgliedstaaten zur Debatte stehen. Priorität während des Gipfels wird aber die weitere Ausgestaltung und Organisation der europäischen Währungspolitik haben. Die Staats- und Regierungschefs entscheiden in der ersten Hälfte dieses Jahres, wer zur ersten Teilnehmerrunde gehören wird.

Im Dezember 1998 sollen in Wien die ersten Bewertungen der nationalen Beschäftigungspolitiken vorgenommen werden. Überdies wird in der österreichischen Hauptstadt erstens die Festlegung der endgültigen Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den nationalen Währungen und zweitens die Erweiterung der Union im Vordergrund stehen. In Deutschland sind Ende September 1998 Bundestagswahlen. Bis zu diesem Stichtag sind die Aussichten auf eine aktive europäische Beschäftigungspolitik gering. Danach, mit einem Kanzler Schröder, nicht viel besser. spw

¹ Wolf, Frieder O./ Nitsche, Robert: Jospin's Gipfel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/98, S. 22f.

² Piper, Nikolaus: Flüchtige Unternehmer, in: Die Zeit vom 20.12.1996.

³ Vgl. Flassbeck, Heiner: Und die Spielregeln für die Lohnpolitik in einer Währungsunion, in: Frankfurter Rundschau vom 31.10.1997.



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

**8. Jahrgang, Nr. 32,
Dezember 1997, 264 Seiten**

**Europäische Union und die
Linke**
Huffschmid – Risse im Gebäk /
Bieling / Steinhilber – EU-Integra-
tionstheorien / Boccara – Frankreich:
Währungspolitische Alternative /
Carchedi – Italienische Linke und
EU / Cezanne – England: New
Labour / Michelsen – Schweden:
Wohlfahrtsstaat gerettet? / Klöer –
Modernisierung auf Finnisch / Fuhr-
mann – Transformation des dänischen
Wohlfahrtsstaats / Holst –
Norwegen: Modernisieren in Spen-
dierhosen?

Globalisierung und Dritte Welt
Neelsen – Globalisierung und Ent-
wicklung / Pont – Volkspartizipation /
Hiedl – Kuba-Analysen / Schmidt-
Soltau – Entwicklungshilfekritik

Und:
Düe – Automobilindustrie / Helms –
Cyberspace / Domke – Klassen-
theorie und Geschlechterverhältnis /
Braun – Reproduktionsarbeit /
Schweicher – Postmoderne

**Berichte: Deutsch-Französischer
Dialog / Actuel Marx / Marx-Engels-
Stiftung / Lukács-Veröffentlichungen**

**Rezensionen / Annotationen
Gesellschaftstheorie, Geschichte u.a.**

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im
Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers).
Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über
den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder
direkt: **Z-Vertrieb, Kölner Str. 66,
60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934**

Weit ältere Generationen rufen den jungen kaum hörbar mehr zu, wie kurz doch das Leben sei. Weil der Rückweg kürzer wirkt, als der Hinweg. Vom baldigen Aufgebrauch der Ölvorräte ist die Rede. Brecht hält einer Geliebten vor, sein Schwur, „ohne Dich kann er nicht leben“, sage kaum mehr als „Wenn Du ihn wieder triffst/erkennt er Dich wieder“.

Beim „Alles fließt“ des Heraklit geht es um Endlichkeit. Wer in sein Auto mit dem Gedanken begrenzter Besitz- und Besessenszeit investiert, tut anderes als der gedankenlose Käufer. Wer in der Widerlegbarkeit des Erlernen gelernt hat zu lernen, ist dem Zweifel zugänglicher. Das häufige Vergessen ist günstiger als das unbemerkte seltene: man notiert sich mehr!

Im Wissen um die von fremden Strömen im Geröll der Geschichte bewegten Flüsse und Launen im eigenen Körperbett würde manch heute liebendes Paar nur Verträge schließen, die den nächsten Haß überdauern. Im Wahnwitz einander unendlich vertraut zu sein, doch liefern sie sich in eine rechtlich-lebenslange Hülle aus, die nicht mal das erste beste Dritte aushält – den seitwärts gewandten Blick, und sei's denn ein Kind. Brecht dagegen empfahl die Stärkung des Verhältnisses von Zweien in einer „Dritten sache“; weder Extern- noch Internalisierung gesellschaftlicher Widersprüche, sondern Entsorgung durch dialektische Aufhebung des engen Kreises.

1 Zivilisation beginnt mit der Verneinung des Zurufs von der Endlichkeit und vom Zerfall von allem, was auf Dauer vorgibt, fixiert zu sein. Brecht widerspricht aber auch einer Linken, die – denken wir an die verführte Vorfrende im Begriff „Spätkapitalismus“ – auf solcherlei Naturgesetzen reiten will: „Auf Grund der ‘Großen Methode’, die Meister Hüh-Jeh und Ka-Meh (Hegel u. Marx) gelehrt haben, wird zuviel dahergeredet von der Vergänglichkeit aller Dinge, sagte Me-Ti seufzend. Viele halten das schon für sehr umstürzend. Sie drohen den Herrschenden mit dieser Vergänglichkeit. Aber das heißt, die ‘Große Methode’ schlecht angewendet. Sie verlangt, daß man davon spricht, wie gewisse Dinge zum Vergehen gebracht werden können.“ (Brecht: Gesammelte Werke XII, S. 469) Und anderswo heißt es: „Begnüge Dich nie mit der Rede von der Notwendigkeit, sondern stelle klar, welche Klasse gerade diese Notwendigkeit festlegt.“ (GW XX, S. 68)

Wekwerth vermerkt die Häufigkeit, mit der Brecht „Freude“ zum „Umgang mit den Welträtseln“ (Mittenzwei) notiert: „Es heißt immer:... *Spaß* an den Umschwüngen der Dialektik, die *Genüsse* der Entdecker und Erfinder, das *Vergnügen* an der Unstetigkeit der Dinge.“ (Argument Sonderheft 50, S. 101f.)

2 Insofern hat Adorno eine Gegenrede zur political correctness früh pointiert: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen.“ Keine Dichtung hat sich so tief eingelassen auf das Falsche wie die Brechts. (Ausgenommen gelegentliche Flirts mit „richtigen Endzuständen“ in der Sowjetunion, als er naiv konstatieren zu können meinte, André Gide habe dort nach der Sozialisierung nicht mehr Tolstois große Charaktere, die Lukács pries, vorgefunden.)

Brechts Denken greift ein, nicht nur in den, sondern im Kapitalismus, also innerhalb seiner radikalen Lebens-, Arbeits-, Denk-, Fühl- und Sprachbeschränkungen. Es ging nicht darum, das rigide Auswechselln von Paradiesen, sondern das extreme Erkennen zu betreiben – von Gefahren durch Kapitalverwertung. Bis an den Punkt, „schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod“ (Resolution der Kommunarden). Oder bis zur „Maßnahme“.

Also zog er das Falsche in die Länge, pumpte das Hohle auf und begrenzte die bestehenden (An-)Sichten so zum Zeigen ihrer Umgrenzung. (Nach dem Absturz des Schneiders von Ulm proklamierte das Gedicht ein durchgängiges Schulterzucken: „es wird nie ein Mensch fliegen“. Nach allem Schlimmen, was daraus schon für sie erwachsen war, will die Marketerin Courage am Ende des Stücks „wieder ins Geschäft kommen“.)

3 Auch wenn Gramscis strategische Schlußfolgerung aus der Niederlage des roten Jahres 1920, der Staat sei „nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Festungen und Kasematten lag“ (auch gegen den Aufstieg Mussolinis war die deutsche Linke vermessen zentristisch-blind im vermeintlichen Bund mit der sowjetischen) bei ihm nicht vorkommt, verwendet Brecht doch den Führungs-, Macht-, Herrschafts- und Diktaturbegriff in jener Vorläufigkeit, wie Gramsci die „Hegemonie“. (Brecht differenzierte es deutlich vorm „Ausschuß für unamerikanische Angelegenheiten“, halb als Finte, halb zum Aufschluß.)

100 Jahre Brecht – 80 Jahre Taktik der Niederlage

von Diether Dehm*

Me Ti, das Buch der großen Wendungen, ist auch eine Preisung Lenins, was schon Mittenzwei feststellte. Der erste revolutionäre Schub der Bolschewiki war 1918, vor 80 Jahren, in Deutschland vererbt, die Weltbewegung ausgeblieben. Gerade die „Neue ökonomische Politik“, vor allem die Reprivatisierung kleiner und mittlerer Unternehmen, war eine Angleichung an die internationalen Kampfbedingungen des Proletariats, eine Eingrenzung der ökonomischen und kulturellen (!) Angriffsflächen. Angesichts der bestehenden internationalen Großkapitalmacht zielte die NÖP allenfalls auf Hegemonie, war der Sozialismus in einem Land noch Teil einer Bewegung der Proletarier *aller* Länder.

Keine einzige Börsenstadt war rot. „Über das Fleisch, das in der Küche fehlte, wurde nicht in der Küche entschieden“, sondern dort, wo Rohstoffpreise, Zinshöhen und Währungsparitäten ausgehandelt werden. „Diktatur der Arbeiterklasse“ konnte seit 1918 keine juristische Sekunde oder Quadratmeter genannt sein. Ergo: staatliches „Leben im Falschen“! Und das erforderte die gleiche Improvisation Lenins wie die überraschenden Wendungen zur Oktoberrevolution, die groß war, weil improvisatorisch, hatte doch der junge Gramsci sie im „Avanti“ noch doppeldeutig Revolution gegen „Das Kapital“ gepriesen. Daß aus dem Provisorium ein Leninismus wurde, geschah logisch gegen Lenin.

Brecht und Gramsci verbanden abstrakte Hegemoniestudien mit Lenin, von denen zum eingreifenden Denken in jedem konkreten „Falschen“ aufgestiegen werden sollte. Stalins ökonomisches Linkssektierertum, im Enteignungs-Kinderglauben, es gebe jene feinabgestimmt staatli-

Bertolt Brecht wird am 10. Februar 1898 in Augsburg geboren. 1917 zieht er nach München, wo seine ersten Theaterstücke erscheinen. Bis 1933 entsteht ein knappes Dutzend Stücke, darunter die „Dreigroschenoper“ (1928).

Dr. Diether Dehm, Großtaft, Theater- und Lieder-Autor, 2. Bundesvorsitzender der AG Selbständige und Unternehmer in der SPD, Mitherausgeber der spw (veröffentlicht gerade mit Sabine Kebir das Stück „Deutschland gegen Brecht“).

Brecht 1927 in Berlin



chen Instrumente, kleine Konsumläden zu dirigieren, fiel zurück auf einen Anfang vom Ende. Die Basis der Klassenherrschaft verkleinerte sich, die staatlichen Schikanen nahmen entsprechend gewalttätig zu.

4 Auf die Gemeinsamkeiten der *Hegemoniestudien* bei Brecht und Gramsci haben zahlreiche Philosophinnen hingewiesen, W.F. Haug, Karen Ruoff, Josef Schleifstein, Detlev Albers und besonders beeindruckend ausgiebig Sabine Kebir. Lobpreisungen einer neuen kommunistischen Welt, revolutionär-paradiesischer Abschaltungen bestehender Gewohnheiten von Mensch, Proletariat und Gesellschaft kamen bei Gramsci und Brecht kaum vor.

Es geht um den Umgang mit dem Bestehenden, also um Hegemonie, stark eingeschränkte Führung und Optionen, statt naivem Diktaturbegriff:

A.: Gramscis Begriff des *organischen Intellektuellen*, der wie in eine innere Organisation (einer Klasse, Schicht, Region, Gesellschaft usw.) in die Kultur eingreift, heißt bei Brecht: der Weise (als Echo von vielen, warum der Zöllner Lob erfährt, der dem Lao Tse so eindringlich das Buch Taoteking abfragt). Und in „Turandot oder der Kongreß der Weißwäscher“ spiegelt Brecht den Weisen negierend im Tui, dem käuflichen „Vermieter des Intellekts“.

B.: So dachten beide simultan im Bezug auf den *Alltagsverstand* („*sensu comune*“), der gleichsam homöopathisch therapiert statt allopathisch unterdrückt oder chirurgisch beschnitten werden sollte. Gramsci: „Die Philo-

sophie der Praxis setzt diese ganze kulturelle Vergangenheit voraus... in dialektischer Spannung zwischen Volkskultur und Hochkultur.“ Brecht ging von der „Philosophie der Straße“ aus. Me Ti: „Wir wollen die Philosophie außer acht lassen und vom Philosophieren sprechen. Das ist etwas, was man Leute tun sieht. Und wir wollen vom Volk ausgehen... Wirkliche Philosophie ermöglicht ... ein nützliches Tun“ (GW XII, S. 443).

C.: Oder im Umgang mit *Kunsttraditionen*, den klassischen und folkloristischen, waren beide ähnlich aufwendig und akribisch. Dialektisch wie Rosa Luxemburg und Lenin, die Tolstoi „Narr in Christo“ und doch auch „Spiegel der russischen Revolution“ nannten, verfuhr Gramsci: „Ich kann ästhetisch 'Krieg und Frieden' von Tolstoi bewundern und die ideologische Substanz des Buchs nicht gutheißen... Dasselbe kann man sagen für Shakespeare, für Goethe und auch für Dante.“ (Gefängnisbriefe, 1968, S. 670)

Der Autor Brecht *handelte* entsprechend. J. Kuczynski beschrieb, wie aus Shakespeares Tragödie DES Coriolan bei Brecht eine Tragödie GEGEN Coriolan wurde (Essay „Plutarch – Shakespeare – Brecht“). Und Hans Mayer: „Es kommt dem Stückeschreiber nicht darauf an, Heldengestalten anzukratzen, sondern die Aktion des Helden in das Gesamtbild der gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Verhältnisse einzuordnen. Jedemal sollen Cäsar, Lukullus, Coriolan vom Plebejer her gesehen werden.“ (Bert Brecht und die Tradition, dtv S. 91).

D.: „Vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse“, von denen Brecht einst fragte: „Können wir in der Form des Jambus über Geld sprechen?... Schon zur Dramatisierung einer simplen Presenotiz reicht die dramatische Technik der Hebbel und Ibsen bei weitem nicht aus...“ (Bertolt Brecht und die Tradition, Hans Mayer, S. 50/51)

Eine auf Emanzipation zielende Literaturarbeit muß sich also heute auch formal an Börsengeschehen und anderem Wirtschaftsmaterial schärfen. In der Gramsci-Renaissance der 80er Jahre wurde seine Hegemoniekonzeption oft auf bloße *Meinungsführerschaft* in ethischen Werte-Diskursen eingeschrumpft. Wer kann aber ein anderes – heute energie- und stoffsparendes – Glück propagieren, wenn er nur Meinungen und kein Wissen anführt? Und so fragte auch Gramsci rhetorisch:

“Kann es eine kulturelle Reform und d.h. eine zivilisatorische Anhebung der unterdrückten Schichten der Gesellschaft geben, ohne eine vorangegangene ökonomische Reform und einen Wandel im gesellschaftlichen Gefüge sowie in der Wirtschaft? Daher kann eine intellektuell-moralische Reform nur an ein ökonomisches Reformprogramm gebunden sein; vielmehr ist das ökonomische Reformprogramm sogar die konkrete Art, auf die sich jede intellektuell-moralische Reform durchsetzt.“ Und Brecht: „In Wirklichkeit denkt der von der Wirtschaft Geknebelte ... nur dann frei, wenn er sich in Gedanken befreit. Und zwar von der Wirtschaft.“ (GW, 20, S. 158)

E.: Auch die Affinität der beiden westlichen Marxisten in Bezug auf die *Unterhaltung* ist spannend. Gramsci wünschte sich von linken Schriftstellern Abenteuerromane, beschrieb in seinen Studien zu Alexandre Dumas' „Graf von Monte Christo“ detailfreudig, wie Depressionen gesellschaftlicher Emanzipationsbestrebungen jeweils zu einem Auflagenschub des Rache-des-Entrechteten-Romans führten. Schließlich empfahl Gramsci mit seinem „andate al popolo“ den italienischen Literaten die Volkskultur gleichsam als kathartischen Jungbrunnen.

Brecht wurde dagegen eine Feindlichkeit gegenüber trivialeren Produktionen nachgesagt. Sein flapsiges „Das Volk ist nicht tümlisch.“ sollte jedoch nicht überbewertet werden. Er operationalisierte die *Volkstümllichkeit* sogar: „Volkstümlisch heißt: den breiten Massen verständlich, ihre Ausdrucksformen aufnehmend und bereichernd/ihren Standpunkt einnehmend, festigend und korrigierend/den fortschrittlichsten Teil des Volkes so vertretend, daß er die Führung übernehmen kann, also auch den anderen Teilen des Volkes verständlich/anknüpfend an die Traditionen, sie weiterführend/dem zur Führung strebenden Teil des Volks Errungenschaften des jetzt führenden Teils übermittelnd.“ (GW XIX S. 325).

F.: Auch daß Brecht mit seiner Skepsis gegen rührselige Einfühlung abseits aller Gefühle operiert hätte, darf – nicht nur mit seiner Kunstpraxis – als falsch bezeichnet werden. Sabine Kebir hat die Richtigstellung mittels eines Sartre-Zitats auf den Punkt gebracht: „Er wünschte nur, daß die Emotion des Zuschauers nicht blind ist.“ Aus dem „Messingkauf“ stammt der Satz

Im Juni 1933 emigriert Brecht nach Dänemark, wo er unter anderem mit Walter Benjamin zusammentrifft und weitere literarische Texte verfaßt. Nach einjährigem Aufenthalt in Schweden siedelt er 1940 nach Finnland über („Flüchtlingsgespräche“), dann 1941 nach Moskau und über Wladiwostok nach Los Angeles, wo Brecht mit Lion Feuchtwanger zusammenarbeitet und eine Reihe von erfolglosen Filmdrehbüchern schreibt.

an die Schauspieler: „Ihr könnt Eure Kritik keineswegs auf das Verstandesmäßige begrenzen. Auch die Gefühle nehmen an der Kritik teil, vielleicht ist es gerade Eure Aufgabe, die Kritik durch Gefühle zu organisieren. Die Kritik, erinnert Euch, entsteht aus den Krisen und verstärkt sie.“ (Werner Mittenzwei: Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács, Leipzig 1975, S. 198)

G.: Gerade im so beschriebenen Umgang mit der Volkstümlichkeit kämte Brecht viel *triviales Sprachmaterial* gegen den Strich. Es war mehr ein Spiel an der Oberfläche und mit der Augenscheinlichkeit als das Wühlen in vermeintlich individualautonomen Seelenabgründen. Von Oscar Wilde stammt die Erkenntnis: „Nur oberflächliche Menschen urteilen nicht nach dem äußeren Schein. Das wahre Geheimnis der Welt liegt im Sichtbaren, nicht im Unsichtbaren.“ Dazu auch Werner Mittenzwei: „Brecht ging es darum, das *Alltägliche* auffällig zu machen, damit es in den Blickpunkt des Betrachters rückte, damit dieser sich wunderte und sich fragte, ob es nicht auch anders sein könnte. Sich zur Wirklichkeit so zu verhalten, als kenne man sie bereits, schien Brecht ein verhängnisvoller Irrtum zu sein.“

(Als Fußnote soll hier der häufige Vorwurf gegen Georg Lukács eingeschränkt werden, er habe abgehobene Klassik und Avantgardekunst als einzigen emanzipativen Umschlagplatz verabsolutiert. Wie das Adorno, Horkheimer & Co. (die Brecht „zum Tui-Roman inspirierten“, Arbeitsjournal S. 447) taten. Bei Tolstois (z.B. „Auferstehung“, übrigens Rosa Luxemburgs Lieblingsroman), Thomas Manns und Goethes Meisterwerken arbeitete Lukács gesellschaftskritische Ansätze in durchaus populären, auflagenstarken und sogar volkstümlichen Werken heraus. Brechts frühes Anrempeln gegen den damaligen roten Literaturpapst hatte mitunter eifersüchtige Züge.)

5 Sabine Kebir nannte den sozialistischen Strategen Gramsci einen „*Taktiker der Niederlage*“ (Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft, VSA 1991, S. 17-37). Dies hat seine Ursache in rotem Glanz und Elend des Jahres 1920, hat seine Nuance in Gramscis Gefängnissprache, fand seinen Ausdruck in den flexiblen Improvisationen seiner Entwürfe vom „*Stellungs- und Bewegungskrieg*“ und seinem klugen Ausloten aller bündnispolitischen Einbeziehbarkeiten zunächst fremden Terrains in Literatur, Traditio-

nen und Volk, die später von Togliatti und Berlinguer zum „historischen Block und Kompromiß“ programmatisch verdichtet wurden.

Brecht schrieb in die „5 Regeln beim Sagen der Wahrheit“ die List. Und er benutzte auch Gefangenen-sprache, die Wendungen der List, in „*Furcht und Elend des Dritten Reichs*“, im „*Schweijk im 2. Weltkrieg*“ und in „*Die Mutter*“. Und vor dem McCarthy-Ausschuß, wo er vom Vorsitzenden sein „*Lob des Lernens*“ als Aufruf zur kommunistischen „*Machtübernahme*“ in den USA vorgehalten bekam. Er entwand sich der Konfrontation, obgleich schon das Rückfahrticket in seinem Gepäck war. Um den Unterschied zu Macht und Diktatur überdeutlich zu machen, nutzt er das Wort „*take the lead*“ („Du mußt die (An-) Leitung übernehmen“), weil Führungsübernehmen im Englischen zu nahe an Macht-Übernahme, Sturz („*take over, overthrow*“) gerückt werden könnte. Brechts Gauck McCarthy hatte aber Witterung aufgenommen. Eigentlich „*zurecht*“ bürgerte er mit grobem Feinsinn den listigen Brecht (wie dessen Gefährten Chaplin) als Umstürzler aus: „*Lead and overthrow*“ korrespondieren halt doch miteinander! Gramsci: „Eine soziale Gruppe muß führend sein noch vor der Eroberung der Regierungsgewalt (und dies ist eine der Grundvoraussetzungen der Eroberung der Macht)“. Dann wird sie herrschend („*dominante*“), doch muß sie auch weiter führend sein.“ Mit „*herrschend und führend*“ habe Gramsci das Verhältnis zwischen Diktatur und Hegemonie erfaßt, kommentiert Sabine Kebir das Zitat („*Die Kulturkonzeption Gramscis*“, S.K., Akademieverlag d. DDR 1979!).

6 Raum in der Geschichte nimmt eine Kraft ein, die genug Höhe der Intelligenz, Tiefe der Empfindungen und Breite von Bündnis und Basis organisiert.

So wie die Gramscis waren Brechts Vorschläge – bei aller Solidarität mit sozialistischen Staaten – zunächst für die Umstände des Klassenkampfes, gleichsam als „*Partisanenkrieg*“, im Westen geschrieben, für Operationen unter feindlicher Übermacht. Wie wir heute wissen, begnügte sich die KPdSU mit dem Irrtum schon erlangter (Welt-)Macht. Sie dagegen begreifend als dauerhafter Teil in Weltbewegung gegen das Kapital, improvisierend, provisorisch, vorläufig, listig und sorgsam alles prüfend, was zur Führung befähigt und fremdes Terrain er-

An den Schwankenden

Du sagst:
Es steht schlecht um unsere Sache.
Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.
Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben
Sind wir in einer schwierigeren Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.
Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein unbesiegliches Aussehen angenommen.
Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht zu leugnen.
Unsere Zahl schwindet hin.
Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer Wörter
Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist jetzt falsch von dem, was wir gesagt haben
Einiges oder alles?
Auf wen rechnen wir noch? Sind wir Übriggebliebene herausgeschleudert
Aus dem lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben
Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?

Müssen wir Glück haben ?

So fragst du. Erwarte
Keine andere Antwort als die deine!

Bert Brecht

obern hilft, hätte sie 1990 die Niederlage von 1918 überleben können. Aus der Not des „*einen Lands*“ wurde Tugend. Nicht Improvisation, sondern gesetzmäßiges Handeln wurde für überlebensnotwendig empfunden.

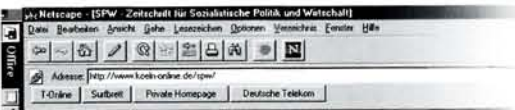
Lenin wollte erstens die Spaltung der 2. Internationalen (wegen Kriegskrediten etc.) und zweitens viel später die Wiedervereinigung „*auf höherem Niveau*“. Wie so oft in der Linken klappte nur Teil 1.

Zwei wichtige Philosophen der revolutionären Improvisation unter Diktaturbedingungen des Weltkapitals, Brecht und Gramsci, blieben dem Provisorium der KPdSU stets fremd. spw

Literatur

- Bertolt Brecht: „*Gesammelte Werke 1-20*“, Suhrkamp-Verlag 1967, Frankfurt
Werner Mittenzwei: „*Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln*“, Aufbau-Verlag 1988, Berlin/Weimar, 2 Bände
Sabine Kebir: „*Gramscis Zivilgesellschaft*“, VSA 1991, Hamburg
Wolfgang Fritz Haug: „*Philosophieren mit Brecht und Gramsci*“, Argument-Verlag 1996, Hamburg
Sabine Kebir: „*Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis*“, Damnitz-Verlag 1980, München
„*Aktualisierung Brechts*“, Argument-Sonderband 50, Berlin 1980
Hans Mayer: „*Bertolt Brecht und die Tradition*“, DTV 1965, München
Sabine Kebir: „*Ich fragte nicht nach meinem Anteil – Elisabeth Hauptmanns Arbeit mit Bertolt Brecht*“, Aufbau-Verlag 1997
Walter Benjamin: „*Versuche über Brecht*“, Suhrkamp-Verlag 1966, Frankfurt

1947 wird er vor den „*Ausschuß für unamerikanische Betätigungen*“ geladen; 1948 verläßt Brecht über Paris und die Schweiz die USA. Im Frühjahr 1949 kehrt Brecht nach Deutschland zurück, und zwar nach Ost-Berlin, wo noch im selben Jahr das Berliner Ensemble mit dem Stück „*Herr Puntila und sein Knecht Matti*“ eröffnet wird. Am 14. August 1956 stirbt Bertolt Brecht an den Folgen eines Herzinfarktes.



spw

verschenkt

**2 Bücher
für 1 neues
spw-Abo**

MULTI MEDIA
MULTI MEDIA
MULTI MEDIA
MULTI MEDIA
MULTI MEDIA

Bitte zwei Kennziffern auf der **spw**-Abokarte für **spw**-Buchprämien angeben.



1

Jürgen Ritsert
Gerechtigkeit und Gleichheit
Einstiege, Band 1,
189 S.,
Ladenpreis DM 29,80



4

Jane Knowles
Facetten der Liebe
Eine Reise durch die Welt der Gefühle,
182 S.,
Ladenpreis DM 26,-



2

Eun-Jeung Lee
Konfuzianismus und Kapitalismus
Aktuelle Kontroversen,
Einsprüche Band 6,
159 S.,
Ladenpreis DM 24,80



5

Hermannus Pfeiffer
Der Kapitalismus frißt seine Kinder
Der Standort Deutschland, seine Gegner und seine glorreiche Zukunft, 218 S.,
Ladenpreis DM 28,-



3

Reinhard Köbler
Entwicklung
Einstiege, Band 3,
190 S.,
Ladenpreis DM 29,80



6

Hrsg.: Johannes Klotz und Ulrich Schneider
Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild
Faschismus, Holocaust, Wehrmacht, 182 S.,
Ladenpreis DM 28,-